



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

09 | 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Außenhandel: Brexit

Unternehmensdemografie

Migrationshintergrund 2021



Fotonachweis

Titelfoto: © tostphoto – stock.adobe.com

Die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs endete am 31. Januar 2020. Die Bedeutung des Vereinigten Königreichs als rheinland-pfälzischer Außenhandelspartner nahm in Folge dieser Entwicklung ab. Das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA), welches am 1. Januar 2021 in Kraft trat, konnte diesen Abwärtstrend im ersten Jahr seiner Gültigkeit nicht stoppen.

09 | 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

75. Jahrgang

kurz + aktuell	585
Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Einzelhandel Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Bevölkerung ■ Soziales Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Umwelt ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	607
Verbraucherpreise	609
Rheinland-Pfalz in Karten: Freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte 2021	610
Ein Jahr Brexit-Abkommen – Eine erste Außenhandelsbilanz	611
Unternehmensdemografie in Rheinland-Pfalz – Neue Daten des Unternehmensregisters zu Gründungen und Schließungen	621
Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021 – Jünger, häufi- ger ohne Bildungsabschluss und stärker von Armut bedroht	631
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	647
Neuerscheinungen	663

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Industrieproduktion im Juni leicht rückläufig

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie ging im Juni 2022 leicht zurück. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,3 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Die drei industriellen Hauptgruppen entwickelten sich uneinheitlich: Der Output der Konsumgüterproduzenten stieg im Juni um 3,5 Prozent. Die Produktion der Investitionsgüterhersteller verharrte auf dem Niveau des Vormonats. Die Vorleistungsgüterhersteller mussten hingegen einen Rückgang der Güterausbringung um zwei Prozent hinnehmen.

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen konnte nur eine den Güterausstoß steigern: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zu den Investitionsgüterherstellern gehört und nach den Umsätzen die zweitgrößte Branche ist, stieg die Produktion im Juni um 3,5 Prozent. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie gehört und die drittgrößte Industriebranche ist, sank der Output dagegen um 2,1 Prozent. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist, verzeichnete einen Rückgang der Güterausbringung um fünf Prozent gegenüber dem Vormonat.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Juni 2022		Jan bis Jun 2022
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Mai 2022	Jun 2021	Jan bis Jun 2021
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-0,3 %	-3,3 %	1,3 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,0 %	-8,8 %	-2,5 %
Investitionsgüterproduzenten	0 %	10,8 %	0,1 %
Konsumgüterproduzenten	3,5 %	-5,9 %	13,4 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-5,0 %	-14,5 %	-3,6 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3,5 %	32,2 %	1,5 %
Maschinenbau	-2,1 %	1,5 %	-0,4 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	3,2 %	-20,0 %	-1,7 %
Inland	4,8 %	-22,8 %	7,3 %
Ausland	2,2 %	-18,0 %	-7,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten	-2,8 %	-7,4 %	-6,5 %
Investitionsgüterproduzenten	-3,8 %	-24,3 %	-6,8 %
Konsumgüterproduzenten	37,1 %	-31,6 %	30,0 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-6,6 %	-9,7 %	-9,9 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	0,5 %	-22,9 %	-6,4 %
Maschinenbau	-8,6 %	-28,1 %	-8,9 %
1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.			

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die Industrieproduktion lag in Rheinland-Pfalz im Juni 2022 um 3,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war der Output geringer als im Juni 2021.

Die kräftigsten Einbußen gab es in der Vorleistungsgüterindustrie (-8,8 Prozent), was insbesondere mit dem Produktionsrückgang in der Chemieindustrie zusammenhängt (-14 Prozent). Die Ausbringung der

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





Investitionsgüterproduzenten stieg hingegen deutlich um elf Prozent, wozu vor allem die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie beitrug, die ihre Produktion um fast ein Drittel steigerte.

Auftragseingänge in der Industrie steigen im Juni

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Juni 2022 höher als im Vormonat. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragsingangindex um 3,2 Prozent über dem Niveau von Mai 2022. Sowohl das Inlandsgeschäft als auch das Auslandsgeschäft legten zu: Während das Ordervolumen aus dem Inland im Juni um 4,8 Prozent wuchs, gingen aus dem Ausland 2,2 Prozent mehr Bestellungen ein.

Die Zunahme der bereinigten Auftragseingänge ist auf die kräftig gestiegene Nachfrage nach Konsumgütern zurückzuführen. Bei den Konsumgüterherstellern, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, gingen 37 Prozent mehr Aufträge ein als im Monat zuvor. In den beiden anderen industriellen Hauptgruppen nahmen die Bestellungen ab. Die Investitionsgüterproduzenten mussten Einbußen von 3,8 Prozent hinnehmen. In der Vorleistungsgüterindustrie ergab sich ein Minus von 2,8 Prozent.

Der Nachfragerückgang in der Vorleistungsgüterindustrie ist unter anderem auf die schwache Entwick-

lung der Chemiebranche zurückzuführen. In der Chemieindustrie verringerten sich die Auftragseingänge um 6,6 Prozent. Die beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie entwickelten sich gegenläufig: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie nahmen die Bestellungen leicht zu (+0,5 Prozent). Im Maschinenbau sank das Ordervolumen um 8,6 Prozent.

Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Juni 2022 um 20 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Inlands- und Auslands-geschäft liefen deutlich schlechter als im Juni 2021. In allen drei Güterhauptgruppen schrumpfte das Ordervolumen. Die Nachfrage nach Konsumgütern ging am stärksten zurück (-32 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie sanken die Auftragseingänge ebenfalls mit zweistelliger Rate (-24 Prozent). Die drei größten Industriebranchen mussten allesamt Einbußen hinnehmen. Besonders stark war das Minus im Maschinenbau – dort nahmen die Bestellungen um 28 Prozent ab.

Industrieumsätze im Juni deutlich im Plus

Die rheinland-pfälzische Industrie setzte auch im Juni mehr um. Die Entwicklung steht dabei unter Einfluss der spürbaren Preisanstiege. Das Umsatzplus betrug im Juni 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat 21 Prozent (Deutschland: +16 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 0,8 Prozent (Deutschland: ebenfalls +0,8 Prozent).

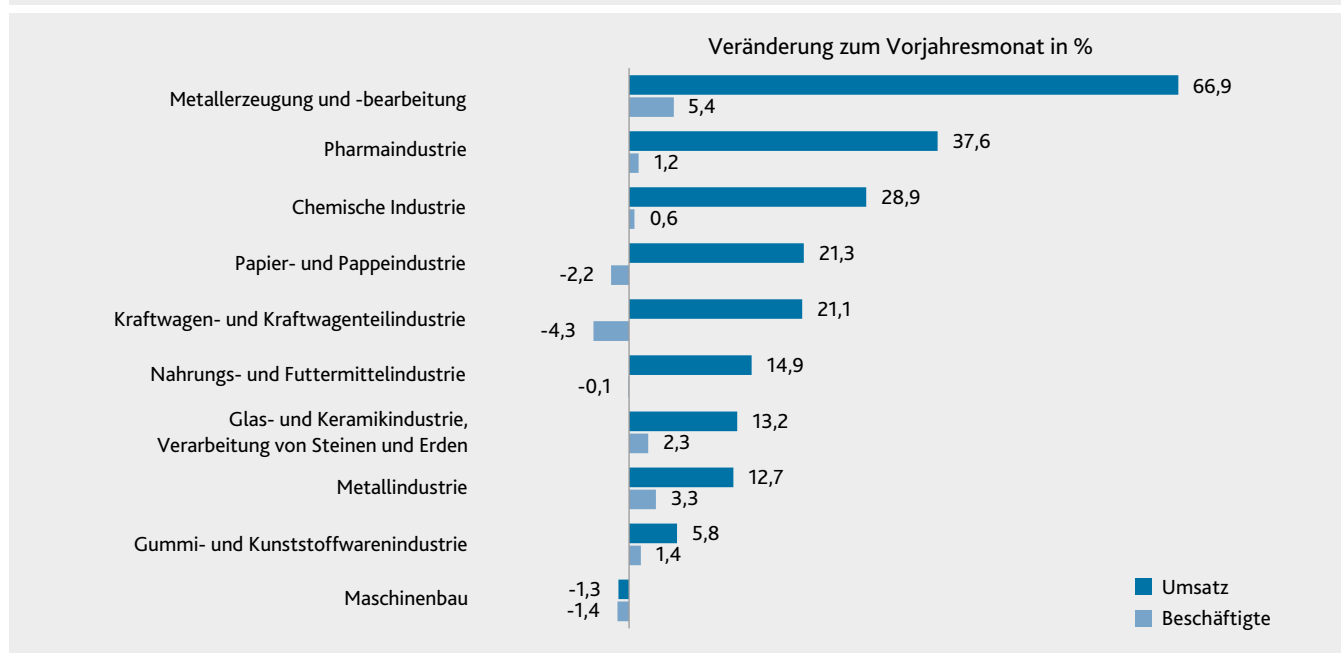
Insgesamt wurden im Juni 2022 Waren im Wert von 10,7 Milliarden Euro umgesetzt. Die Umsätze im Inland stiegen um 20 Prozent, die Auslandsumsätze um 22 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahm der Umsatz aus dem Ausland um 15 Prozent und die Erlöse aus dem Inland um 18 Prozent zu. Die Exportquote lag bei 56,2 Prozent (+0,5 Prozentpunkte).

Neun der zehn umsatzstärksten Wirtschaftszweige verbuchten Erlösanstiege. Die umsatzstärksten Zweige „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ sowie „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ generierten 29 bzw. 21 Prozent mehr Umsatz. Auch in der Pharmaindustrie stiegen die Einnahmen deutlich (+38 Prozent). Die höchsten Zuwachsraten gab es im Juni in der „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+67 Prozent). Der Maschinenbau erzielte als einzige Branche weniger Erlöse (-1,3 Prozent).

Im Juni 2022 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 2 000 auf 258 000 (+0,8 Prozent). Sechs der umsatzstärksten Wirtschaftszweige stockten die Belegschaft auf. Die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ erhöhte den Mitarbeiterstamm um 5,4 Prozent; in der Herstellung von Metallerzeugnissen waren es 3,3 Prozent. Den höchsten Personalabbau gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-4,3 Prozent).



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Juni 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Im ersten Halbjahr 2022 setzte die rheinland-pfälzische Industrie knapp 61 Milliarden Euro um. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war dies ein Plus von 26 Prozent. Der Zuwachs der Auslandsumsätze betrug 25 Prozent; die Umsätze aus dem Inland nahmen um 27 Prozent zu.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe sinken im Juni

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte im Juni 2022 weniger Bestellungen und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge verringerten sich kalender- und saisonbereinigt um 28 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz sank um 1,9 Prozent. Jedoch lag das Ordervolumen leicht über dem Niveau des Vorjahresmonats (+1,7 Prozent). Die Umsätze fielen

um 2,6 Prozent höher aus als im Juni des Vorjahres.

Der Tiefbau musste im Juni 2022 gegenüber dem Vormonat deutliche Einbußen hinnehmen (–49 Prozent). Alle drei Teilbereiche wiesen ein Minus aus. Im Straßenbau war der Rückgang mit 68 Prozent am stärksten. Allerdings hatten im Monat zuvor Großaufträge für einen besonders kräftigen Anstieg gesorgt. Auch im gewerblichen Tiefbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau gingen weniger Aufträge ein als im Mai (–18 bzw. –5,3 Prozent). Den Hochbau erreichten insgesamt 1,7 Prozent mehr Bestellungen als im Vormonat. Die drei Segmente des Hochbaus entwickelten sich sehr unterschiedlich. Im gewerblichen Hochbau ergab sich ein kräftiges Plus von 17 Prozent. Die Nachfrage im Wohnungsbau legte um 3,7 Prozent zu. Im öffentlichen Hoch-

bau nahmen die Auftragseingänge hingegen um 37 Prozent ab.

Im Vergleich zum Juni 2021 stieg das Ordervolumen im Hochbau kräftig (+25 Prozent). Es ist allerdings davon auszugehen, dass dabei auch Preissteigerungen bei Vorprodukten eine Rolle spielen, die die Unternehmen über Preiserhöhungen an die Abnehmer weitergaben. Im Tiefbau liefen die Geschäfte schlechter als im Vorjahresmonat. Die Auftragseingänge verringerten sich um 19 Prozent.

Der Hochbau erzielte im Juni 2022 geringere baugewerbliche Umsätze als im Vormonat. Kalender- und saisonbereinigt sanken die Erlöse um 3,6 Prozent. In allen drei Segmenten lagen die Umsätze unter den jeweiligen Maiwerten. Im gewerblichen Hochbau schrumpften sie um 8,2 Prozent. Deutlich schwächer war

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jun 2022		Jan bis Jun 2022	
	Veränderung des Wertes ¹ zu			
	Mai 2022	Jun 2021	Jan bis Jun 2021	
Auftragseingang	-28,4 %	1,7 %	11,7 %	
Hochbau insgesamt	1,7 %	25,4 %	9,1 %	
Wohnungsbau	3,7 %	45,1 %	9,5 %	
gewerblicher Hochbau	17,2 %	38,0 %	6,2 %	
öffentlicher Hochbau	-36,8 %	-32,0 %	17,2 %	
Tiefbau insgesamt	-48,9 %	-19,1 %	14,3 %	
gewerblicher Tiefbau	-18,0 %	-10,7 %	5,1 %	
Straßenbau	-68,1 %	-31,7 %	30,2 %	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-5,3 %	-3,6 %	-2,2 %	
Baugewerblicher Umsatz	-1,9 %	2,6 %	5,8 %	
Hochbau insgesamt	-3,6 %	-4,2 %	1,2 %	
Wohnungsbau	-0,3 %	18,4 %	26,0 %	
gewerblicher Hochbau	-8,2 %	-21,3 %	-17,8 %	
öffentlicher Hochbau	-0,9 %	-5,6 %	7,0 %	
Tiefbau insgesamt	-0,1 %	10,0 %	10,6 %	
gewerblicher Tiefbau	4,2 %	15,6 %	8,5 %	
Straßenbau	-6,7 %	2,1 %	10,1 %	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	7,5 %	18,9 %	13,5 %	
1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.				

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

der Rückgang im öffentlichen Hochbau und im Wohnungsbau. Die Erlöse im Tiefbau blieben nahezu unverändert. Einem Umsatzrückgang im Straßenbau (-6,7 Prozent) stand ein Wachstum in den beiden anderen Teilbereichen gegenüber. Die baugewerblichen Umsätze stiegen im sonstigen öffentlichen Tiefbau um 7,5 Prozent und im gewerblichen Tiefbau um 4,2 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Bilanz im Tiefbau positiv aus. Die Erlöse lagen um zehn Prozent über dem Niveau von Juni 2021. Derweil verbuchte der Hochbau ein Minus von 4,2 Prozent.

Weniger Baugenehmigungen für neue Wohngebäude im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Genehmigungen für neue Wohngebäude erteilt als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Neubau von 3 520 Wohngebäuden, das waren rund 15 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2021. Die Anzahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, stieg um rund zwei Prozent auf 8 570.

Während bei den Einfamilienhäusern ein deutlicher Rückgang der

Baugenehmigungen um 21 Prozent auf 2 438 registriert wurde, lag die Zahl der genehmigten Zweifamilienhäuser mit 532 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Der Anstieg der Anzahl der genehmigten Wohnungen resultiert aus der deutlichen Steigerung bei den Mehrfamilienhäusern um knapp zehn Prozent auf 550. Die Anzahl der darin enthaltenen Wohnungen stieg um 19 Prozent auf 5 068.

Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von insgesamt rund 2,04 Milliarden Euro veranschlagt – sechs Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2021.

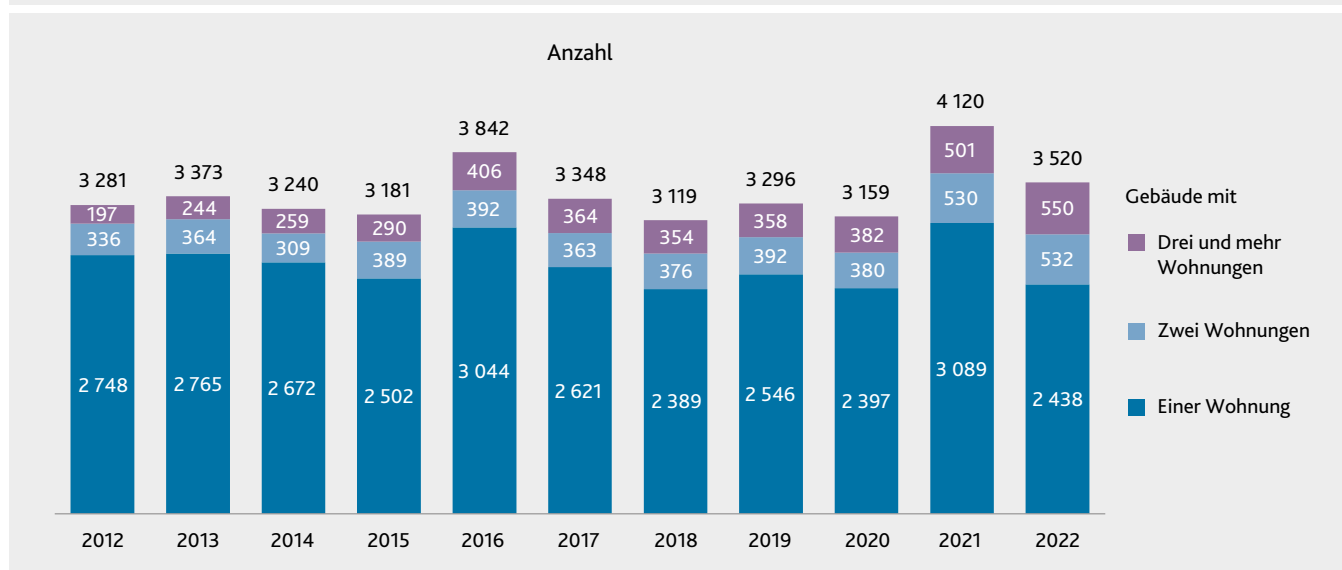
Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch rund 21 Wohnungen in genehmigten neuen Wohngebäuden. In den kreisfreien Städten wurden im ersten Halbjahr dieses Jahres 314 Wohngebäude mit 1 825 Wohnungen genehmigt; das sind rund 17 Wohnungen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Auf die Landkreise entfielen 3 206 genehmigte Wohngebäude mit insgesamt 6 745 Wohnungen; das entspricht rund 22 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Mehr Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude im ersten Halbjahr

Die Zahl der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude ist im ersten Halbjahr 2022 weiter gestiegen. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 763 neuen Nicht-



Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 1. Halbjahr 2012–2022 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude

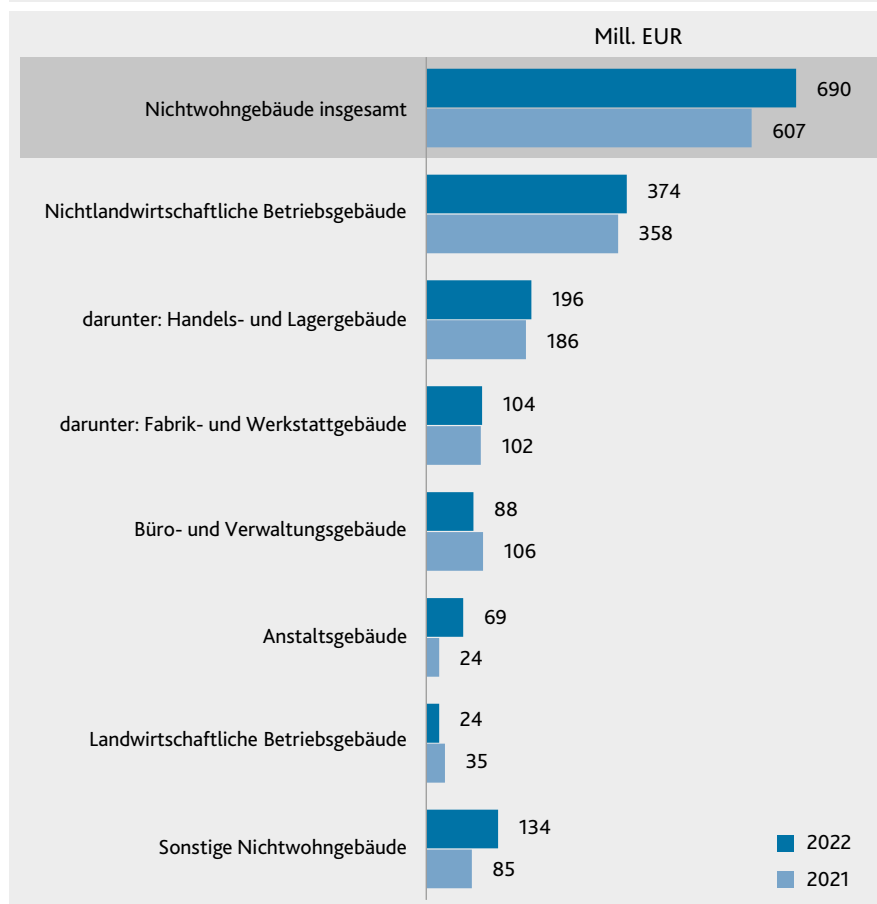


wohngebäuden, neun Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Damit stieg die Zahl der Genehmigungen im Nichtwohnbau das zweite Jahr in Folge, nach den Rückgängen der Jahre 2018 bis 2020.

Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben stiegen um fünf Prozent auf rund 904 000 Euro; die Summe der Baukosten aller Bauvorhaben erhöhte sich auf rund 690 Millionen Euro (+14 Prozent). Der umbaute Raum lag um zwei Prozent höher als im ersten Halbjahr 2021, die Nutzfläche um sechs Prozent niedriger.

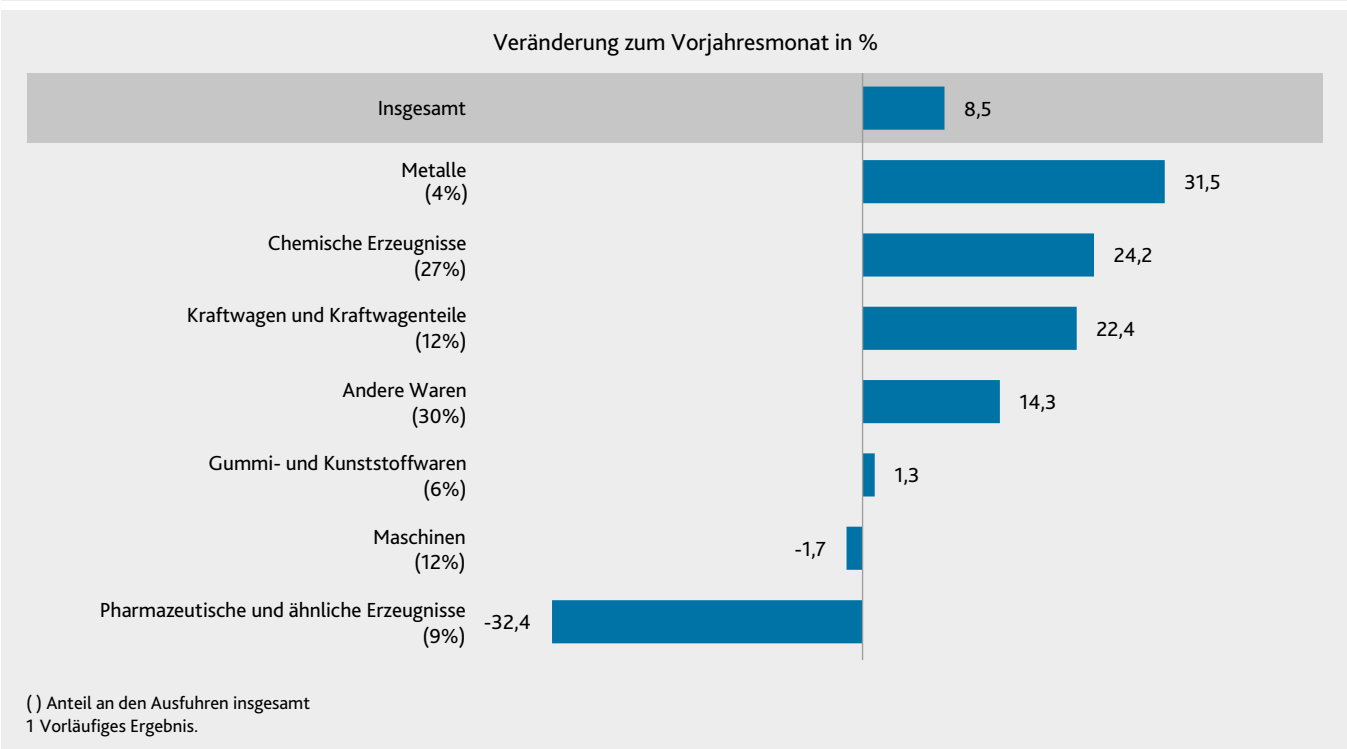
Gut zwei Drittel der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2021 und 2022 nach Gebäudearten





Ausfuhren im Juni 2022¹ nach Güterabteilungen



Zahl der Genehmigungen für nicht-landwirtschaftliche Betriebsgebäude stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um acht Prozent auf 510.

Rund 56 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Anzahl der Baugenehmigungen für diese Bauherren sank um 9,3 Prozent auf 430. Die zweitstärkste Gruppe bildeten mit rund 32 Prozent die privaten Haushalte; hier war ein erneut deutlicher Anstieg um 50 Prozent auf 248 Genehmigungen festzustellen.

Mehr Ausfuhren und Einfuhren im Juni 2022

Der Außenhandel der rheinland-pfälzischen Wirtschaft fiel auch im Juni 2022 höher aus als im Vorjahresmonat. Nach vorläufigen Anga-

ben legten die Exporte um 8,5 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro zu. Der Warenwert der Importe stieg um 19 Prozent an und betrug 4,3 Milliarden Euro. Deutschlandweit wurde 15 Prozent mehr exportiert und 25 Prozent mehr importiert.

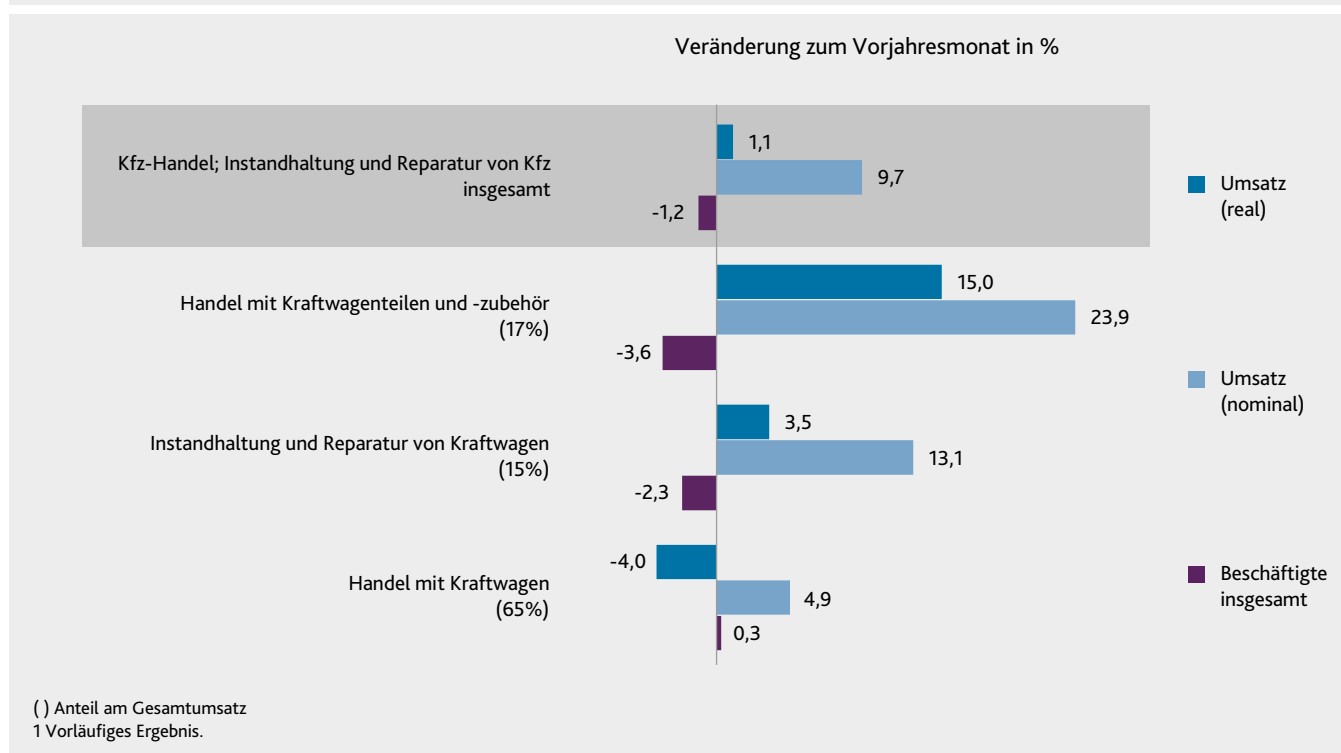
Knapp 60 Prozent der Warenausfuhren gingen in EU-Staaten. Die Zunahmen im Vergleich zum Juni 2021 fielen hier wie auch mit den Euroländern überdurchschnittlich aus (+16 bzw. +17 Prozent). Deutliche Anstiege zeigten sich bei den Ausfuhren in die bedeutendsten europäischen Handelspartner: Frankreich (+14 Prozent); Niederlande (+38 Prozent), Italien (+15 Prozent) und Belgien (+25 Prozent). Der Wert der Ausfuhren in die Mitgliedsstaaten

der Nicht-Eurozone stieg um zehn Prozent. Entgegen dieser Entwicklungen wurde in die Ländergruppe des übrigen Europas mehr als ein Viertel weniger exportiert (-26 Prozent). Grund hierfür waren vor allem die deutlichen Exportrückgänge in die Türkei und Russland (-74 bzw. -46 Prozent).

Der klare Exportanstieg in die USA (+32 Prozent) führte zu einem deutlichen Ausfuhrplus mit dem amerikanischen Kontinent (+29 Prozent). Der Handel mit dem asiatischen Raum stagnierte dagegen (-0,1 Prozent). Vor allem nach Japan reduzierten sich die Ausfuhren (-27 Prozent); nach China wurden 7,2 Prozent weniger exportiert.



Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im Mai 2022



Der Absatz der chemischen Erzeugnisse ins Ausland, gemessen am Umsatz die bedeutendste Güterabteilung, legte um ein Viertel zu. In ähnlicher Größenordnung stiegen die Exporte der ebenfalls umsatzstarken Sparte der Kraftwagen und Kraftwagenteile (+22 Prozent). Rückläufig war die Nachfrage aus dem Ausland nach pharmazeutischen Erzeugnissen (-32 Prozent). Auch die Ausfuhr von Maschinen ging zurück (-1,7 Prozent).

Das Importvolumen nahm im Juni 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 19 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro zu. Der Importschwerpunkt konzentrierte sich mit 61 Prozent auf den Raum der EU-Länder. Die Zunahmen der Einfuhren aus der EU sowie aus den Mitgliedern der Eurozone und

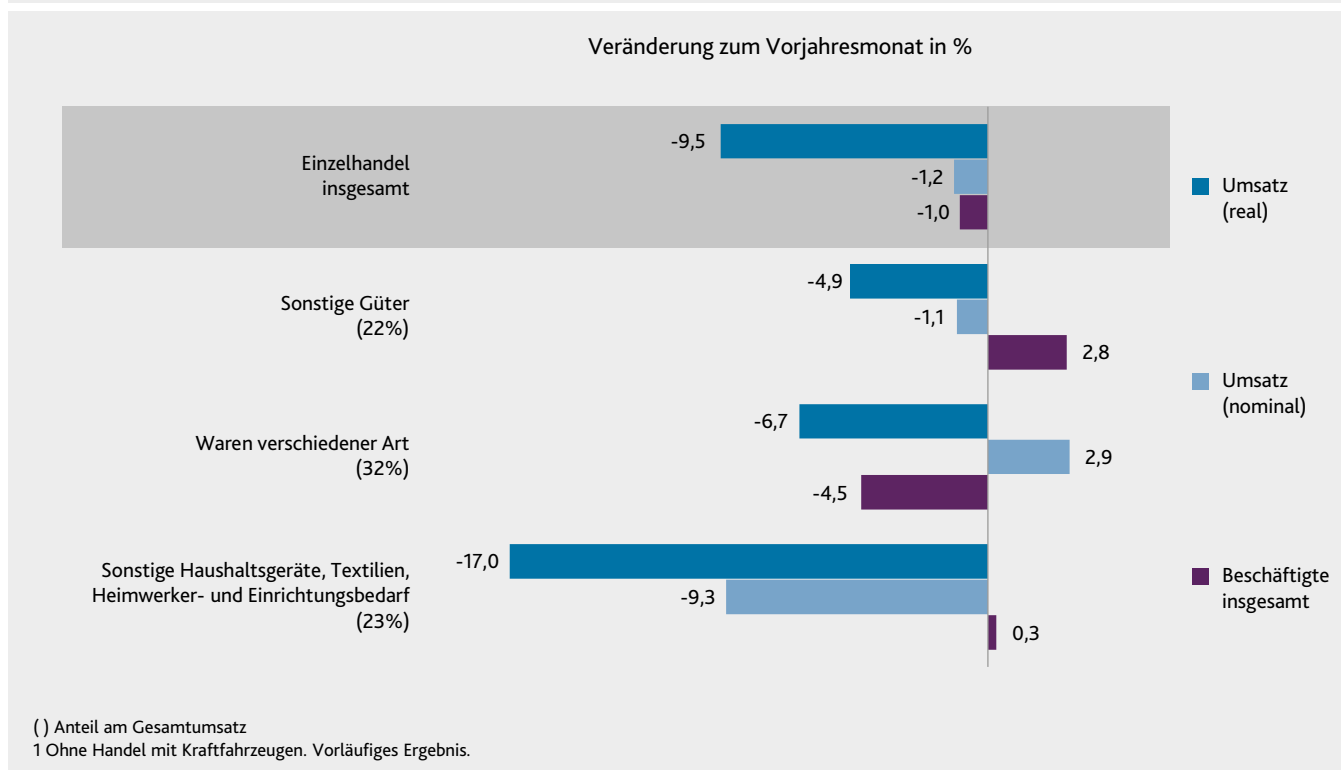
denen der Nicht-Eurozone lagen bei jeweils 16 Prozent. Weniger Importe aus der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (-23 bzw. -18 Prozent) sowie aus Russland (-52 Prozent) führten zu einem Einfuhrückgang aus dem übrigen Europa von insgesamt 9,4 Prozent.

Im Gegensatz zu den Exporten nahmen die Importe aus Asien zu (+30 Prozent). Spitzenreiter waren hier die Einfuhren aus China (+37 Prozent). Die Einfuhren aus Amerika und den USA stiegen um 36 bzw. 18 Prozent.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine schlägt sich in den Außenhandelszahlen nieder. Im Warenaustausch mit Russland zeigten die Maßnahmen Wirkung, die als Reaktion

auf die militärische Aggression Russlands ergriffen wurden: Die Exporte nach Russland nahmen im Vorjahresvergleich um 46 Prozent auf 32 Millionen Euro ab. Der Wert der eingeführten Waren sank um 52 Prozent auf 15,5 Millionen Euro. Ein deutliches Plus zeigte sich bei den Ausfuhren in die Ukraine: Der Warenwert verdoppelte sich hier (+103 Prozent) und lag bei 35,8 Millionen Euro. Die Importe stiegen um zwölf Prozent auf 3,6 Millionen Euro.

Im ersten Halbjahr stieg der Wert der ausgeführten Waren um 15 Prozent auf 30,9 Milliarden Euro. Der Wert der Importe lag mit 24,4 Milliarden Euro um 19 Prozent über dem des ersten Halbjahres 2021.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Juni 2022**Preissteigerungen im Kfz-Handel dämpfen reale Umsatzentwicklung im Mai**

Preissteigerungen sowie Produktionsausfälle schmäleren im Mai 2022 die realen Erlöse im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz). Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also ohne Einbeziehung der inflationären Entwicklungen, um 1,1 Prozent über denen des Vorjahresmonats (Deutschland: +3,8 Prozent).

Aufgrund des stark gestiegenen Preisniveaus lagen die Umsätze nominal, also einschließlich Preisänderungen, um 9,7 Prozent im Plus (Deutschland: +13 Prozent). Die Zahl der Beschäftig-

ten sank um 1,2 Prozent gegenüber Mai 2021 (Deutschland: -0,3 Prozent).

Der umsatzstarke Kfz-Handel erwirtschaftete gegenüber dem Vorjahresmonat weniger reale Umsätze (-4 Prozent; nominal: +4,9 Prozent). Der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör sowie die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen erzielten ein Umsatzplus von 15 bzw. 3,5 Prozent (nominal: +24 bzw. +13 Prozent).

In den ersten fünf Monaten 2022 nahmen die realen Umsätze gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 2,5 Prozent ab (nominal: +4,8 Prozent). Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die schlechte

Geschäftslage im Handel mit Kraftfahrzeugen (-5,6 Prozent). Die Belegschaft reduzierte sich um 1,4 Prozent.

Verschlechterte Ertragslage im Einzelhandel

Im Vergleich zum Vorjahresmonat erzielte der rheinland-pfälzische Einzelhandel weniger Umsätze. Aufgrund der hohen Preissteigerungsraten fiel die reale Ertragslage deutlich schlechter aus. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 9,5 Prozent unter denen des Vorjahresmonats. Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen, betrug das Umsatzminus 1,2 Prozent.



Im Einzelhandel mit Lebensmitteln fielen die Preissteigerungen deutlich höher aus als das nominale Ertragsplus von 3,2 Prozent. In der Folge wurden 6,4 Prozent weniger reale Umsätze erzielt. Im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel war sowohl die reale als auch nominale Umsatzentwicklung negativ (–12 bzw. –4,3 Prozent).

Die höchsten realen Umsatzeinbußen hatte der Handel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (–17 Prozent). Im ebenfalls umsatzstarken Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Schwerpunkt im Lebensmittelhandel, betrug der Rückgang 6,7 Prozent. Umsatzeinbußen von 4,9 Prozent gab es bei den sonstigen Gütern, zu denen z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen.

Im Vergleich zum Juni 2021 lag die Beschäftigtenzahl im Einzelhandel um ein Prozent niedriger. Zurückführen lässt sich dies auf den Personalabbau im Handel mit Waren verschiedener Art (–4,5 Prozent). In den übrigen Sparten wurde die Zahl der Belegschaft erhöht. Die größten Veränderungen gab es hier im Bereich der Verlagsprodukte, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie der sonstigen Güter (+5,2 bzw. +2,8 Prozent).

In der ersten Jahreshälfte dämpfte die inflationäre Entwicklung den realen Umsatzanstieg im rheinland-pfälzischen Einzelhandel im Vergleich zum Vorjahreszeitraum: Gegenüber dem nominalen Umsatzplus von 7,2 Prozent konnten die realen Einnahmen nur

um 0,7 Prozent zulegen. Der Lebensmittel-Einzelhandel erwirtschaftete 6,6 Prozent weniger reale Umsätze; der Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel lag mit 6,7 Prozent im Plus.

Spürbare Auswirkungen der stark gestiegenen Preise im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im Juni 2022 weniger um als im entsprechenden Monat des Vor-Corona-Jahres 2019. Dabei wirkten sich die Preissteigerungen deutlich auf die Umsatzentwicklung aus: Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 14 Prozent niedriger als im Juni 2019. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen betrug das Minus 3,2 Prozent.

Gegenüber Juni 2021 stiegen die Umsätze real um 40 Prozent, nominal um 50 Prozent. Im Juni 2021 waren Gastronomiebesuche erstmalig nach dem langen Lockdown wieder für negativ auf das Corona-Virus getestete Personen möglich.

Im Beherbergungsgewerbe lagen die realen Umsätze im Vergleich zum Juni 2019 um zwölf Prozent niedriger. Ohne Berücksichtigung der Preiseinflüsse, also nominal, wurde 2,8 Prozent weniger erwirtschaftet. Die Betreiber der Gastronomiebetriebe, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, erzielten 16 Prozent weniger Erlöse (nominal: –3,7 Prozent). Deutlich höher fielen die Umsatzeinbußen

mit –18 Prozent bei den Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben aus; bei den Caterern und Erbringern von sonstigen Verpflegungsleistungen waren es 6,2 Prozent. Nominal wurde hier sogar ein Plus von 4,1 Prozent erzielt.

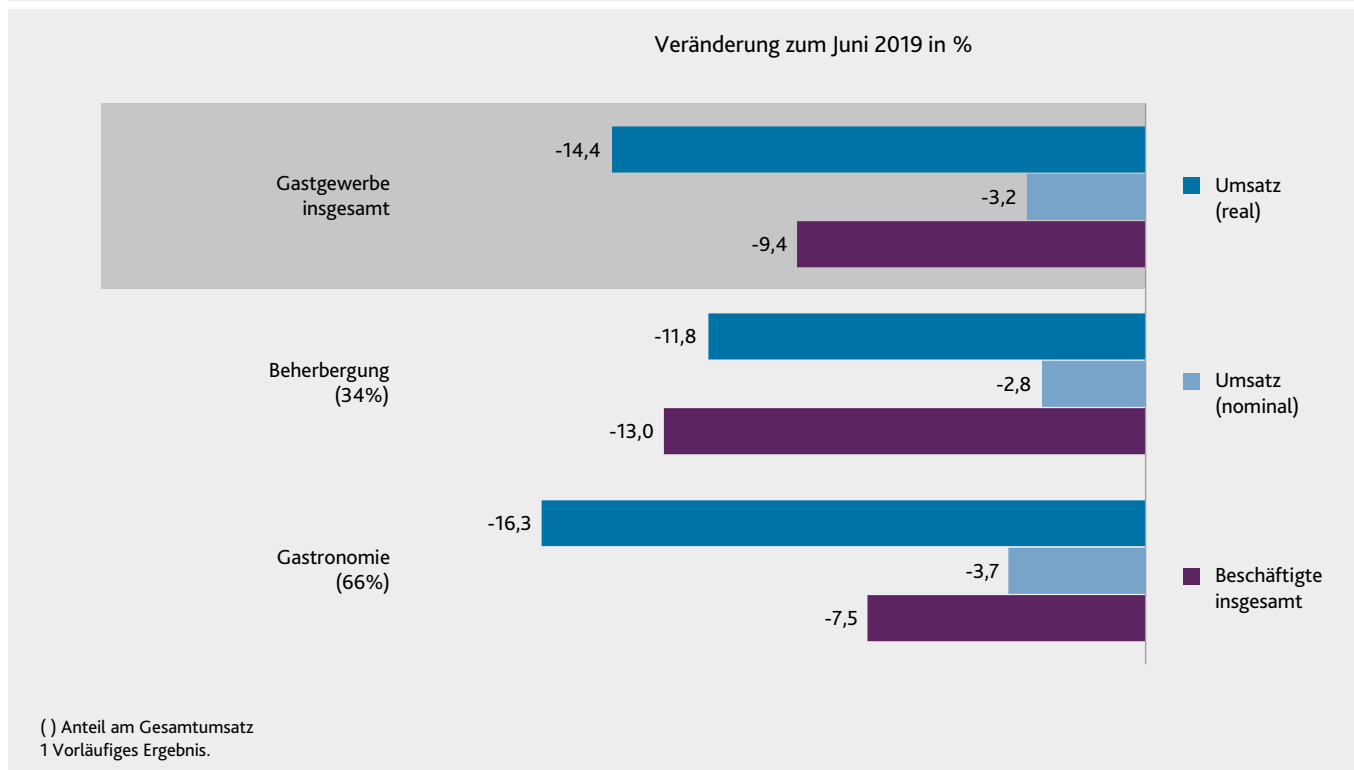
Die Zahl der Beschäftigten unterschritt das Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie im Juni 2019 um 9,4 Prozent.

Auch im Juni noch keine Vor-Corona-Normalität im Tourismus

Trotz deutlich gelockerter Corona-Maßnahmen lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen im rheinland-pfälzischen Tourismus im Juni 2022 noch immer unter dem Vorkrisen-Niveau. Auch das erste Halbjahr insgesamt reichte noch nicht an die Zeit vor der Pandemie heran.

Rund 902 500 Gäste besuchten im Juni 2022 die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe, zehn Prozent weniger als im Juni 2019. Die gebuchten 2,3 Millionen Übernachtungen unterschritten den Vor-Corona-Vergleichswert um 8,9 Prozent. Gegenüber Juni 2021 wurden deutlich mehr Gäste und Übernachtungen registriert (+72 bzw. +55 Prozent).

Im ersten halben Jahr 2022 buchten 3,3 Millionen Gäste insgesamt 8,7 Millionen Übernachtungen. Gegenüber dem Vor-Corona-Vergleichszeitraum 2019 waren dies 18 Prozent weniger Gäste und 13 Prozent weniger Übernachtun-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im Juni 2022

gen. Im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2021 legten die Gäste und Übernachtungszahlen im dreistelligen Prozentbereich zu.

Die gemessen am Gäste- und Übernachtungsaufkommen beliebteste Region Mosel-Saar bewegte sich im ersten Halbjahr 2022 am dichtesten am Vor-Corona-Niveau: Die Gästezahl lag um 5,4 Prozent unter der des ersten Halbjahr 2019, die Übernachtungszahl um 3,2 Prozent. Deutlich schlechter entwickelte sich die Situation in der ebenfalls tourismusstarken Pfalz (Gäste: –20 Prozent; Übernachtungen: –14 Prozent). Noch schwieriger verläuft der Aufholprozess in der Region Westerwald-Lahn. Dort

lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen um 23 bzw. 17 Prozent unter den Werten von 2019. Die hohen Rückgänge in der Ahrregion sind insbesondere auf die Folgen der Flutkatastrophe im Juli 2021 zurückzuführen (Gäste: –71 Prozent; Übernachtungen: –70 Prozent).

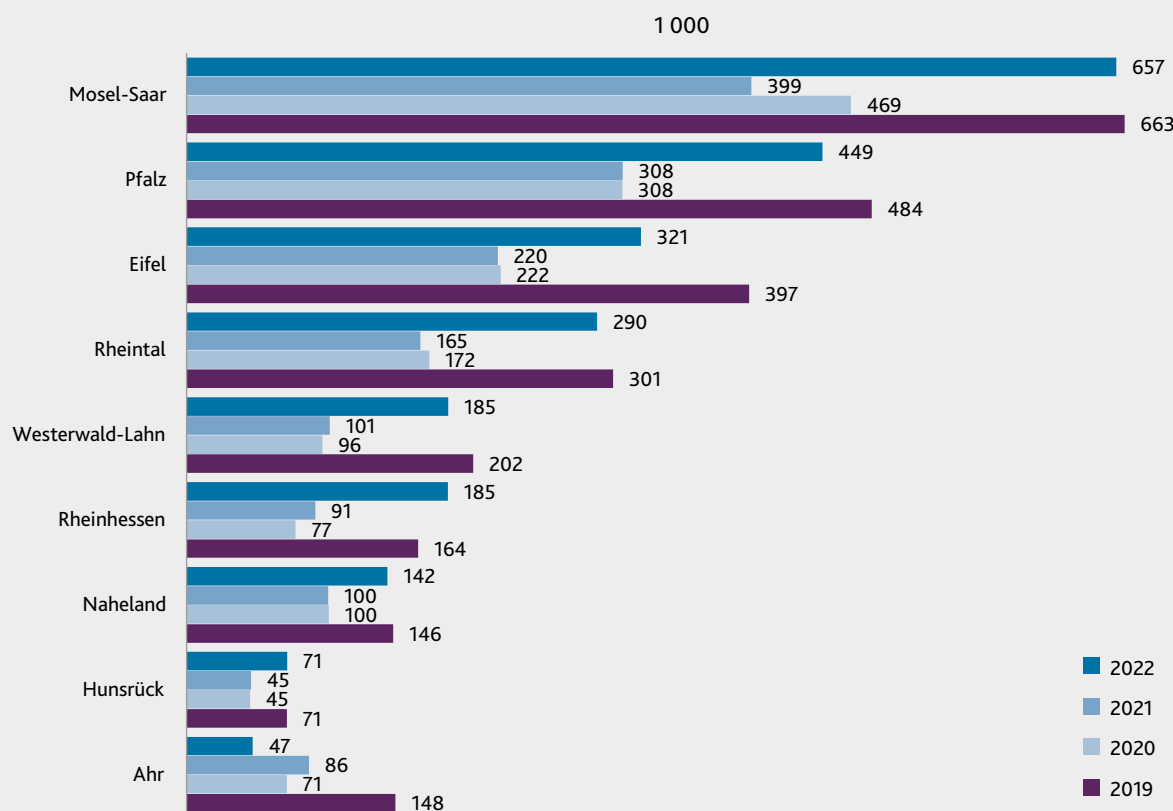
Vier der zehn Betriebsarten registrierten im ersten Halbjahr 2022 mehr Übernachtungen als im Vor-Corona-Zeitraum 2019: Das größte Übernachtungsplus gab es bei den Ferienhäusern und Ferienwohnungen sowie den Hotel garnis (+16 bzw. +10 Prozent). Campingplätze verbuchten 5,4 Prozent mehr Übernachtungen, Feriencentren 1,3 Prozent. In Hotels, der an der Übernach-

tungszahl gemessenen beliebtesten Sparte, wurde knapp ein Fünftel weniger übernachtet (–19 Prozent). Noch größer fielen die Rückgänge in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (–23 Prozent), in Jugendherbergen und Hütten sowie in Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen aus (jeweils –28 Prozent).

Aus dem Inland kamen 15 Prozent weniger Gäste, die Zahl ihrer Übernachtungen lag 9,3 Prozent unter der des ersten Halbjahrs 2019. Der Anteil inländischer Gäste betrug 84 Prozent. Die Nachfrage aus dem Ausland lag im ersten Halbjahr 2022 noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau: Die Zahl der Gäste war gegenüber dem ersten Halbjahr



Übernachtungen im Juni 2019–2022¹ nach Tourismusregionen



¹ 1. Juni 2022 vorläufiges Ergebnis.

2019 um 32 Prozent niedriger, die Zahl der Übernachtungen war um rund ein Viertel geringer.

Acht Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben Schwerbehindertenausweis

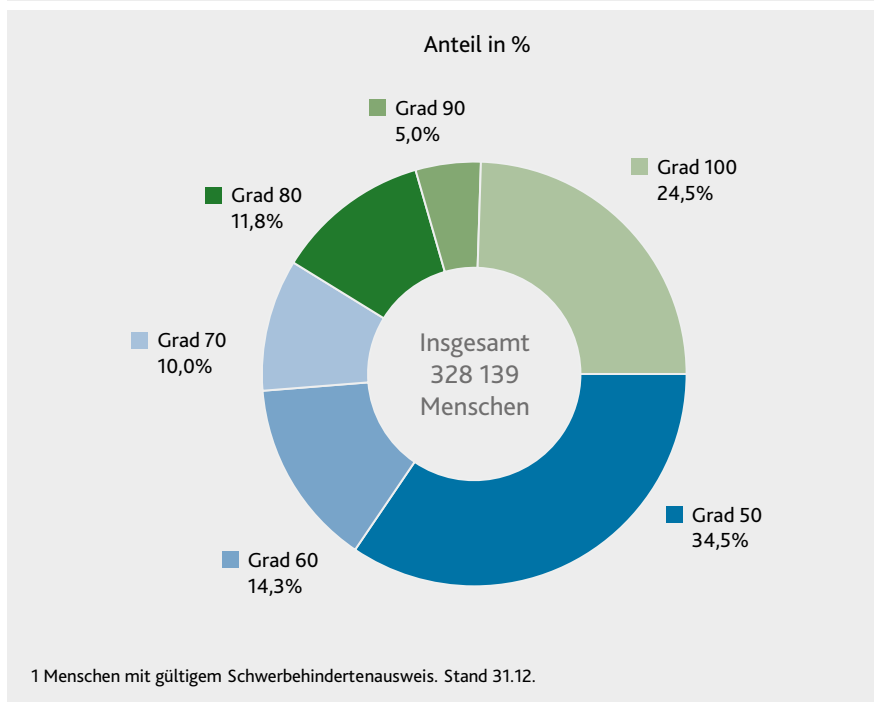
In Rheinland-Pfalz lebten Ende 2021 rund 328 000 Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis. Das entsprach einem Anteil von acht Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der so erfassten Personen ist gegenüber der vorherigen Erhebung im Jahr 2019 um knapp 25 000 Personen bzw. 8,2 Prozent gestiegen.

Nach dem Sozialgesetzbuch gelten Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 oder mehr als schwerbehindert. Bei einem Drittel der erfassten schwerbehinderten Personen stellte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen Grad der Behinderung von genau 50 fest; rund ein Viertel wies den höchsten Behinderungsgrad von 100 auf.

Der Anteil schwerbehinderter Menschen steigt mit zunehmendem Lebensalter: Weniger als fünf Prozent waren jünger als 25 Jahre; das entsprach einem Anteil von

1,5 Prozent aller Personen dieser Altersgruppe in der Bevölkerung. Fast 65 Prozent der registrierten Personen hatten zum Stichtag das 65. Lebensjahr vollendet. In Relation zur Gesamtbevölkerung dieses Alters hatte damit fast jede fünfte Person einen Schwerbehindertensstatus.

Während bei den jüngeren Jahrgängen eine nur geringfügige geschlechterspezifische Differenz der Anteile schwerbehinderter Menschen an der Gesamtbevölkerung zu beobachten ist, weitet sich dieser Unterschied im Alter zunehmend: Der Anteil betrof-

**Schwerbehinderte Menschen¹ 2021 nach Grad der Behinderung**

fener Männer im Alter von über 65 Jahren lag bei knapp einem Viertel (23 Prozent); bei Frauen waren es nur 17 Prozent.

In über 88 Prozent aller Fälle wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht; zwei Prozent der Behinderungen waren angeboren. Die restlichen knapp zehn Prozent der Fälle entfielen unter anderem auf Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle, anerkannte Kriegs- und Wehrdienstbeschädigungen oder hatten sonstige bzw. mehrere Ursachen.

Mit einem Anteil von rund 28 Prozent waren Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen die häufigste Behinderungsart. Auf Störungen des Nervensystems wie Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geis-

tig-seelische Behinderungen oder Suchtkrankheiten entfielen 18 Prozent aller Fälle. Ein nahezu gleich großer Anteil litt unter Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes oder Deformationen des Brustkorbes. Von Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen waren etwa zehn Prozent, von Blindheit und Sehbehinderung knapp fünf Prozent betroffen.

Zahl der Ehescheidungen im fünften Jahr in Folge rückläufig

Im Jahr 2021 wurden 7 416 Ehen vor rheinland-pfälzischen Familiengerichten geschieden – 64 davon zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern. Dies waren rund 380 Scheidungen bzw. fünf Prozent weniger als im Vorjahr. Die Anzahl der Ehescheidungen ist in Rheinland-

Pfalz damit bereits das fünfte Jahr in Folge rückläufig.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Scheidungsverhalten in der Bevölkerung sind bisher nicht zu beobachten. Mögliche Effekte würden vermutlich erst in den Folgejahren sichtbar, da einer Scheidung in der Regel eine Trennungszeit von mindestens einem Jahr vorausgeht.

Lediglich 0,7 Prozent der 2021 geschiedenen Ehen wurde bereits vor Erreichen der Jahresfrist geschieden; mehrheitlich (81 Prozent) erfolgte die Scheidung nach einjähriger Trennung. Darüber hinaus wurden 18,5 Prozent der betroffenen Ehen erst nach einer Trennungsphase von drei Jahren beendet.

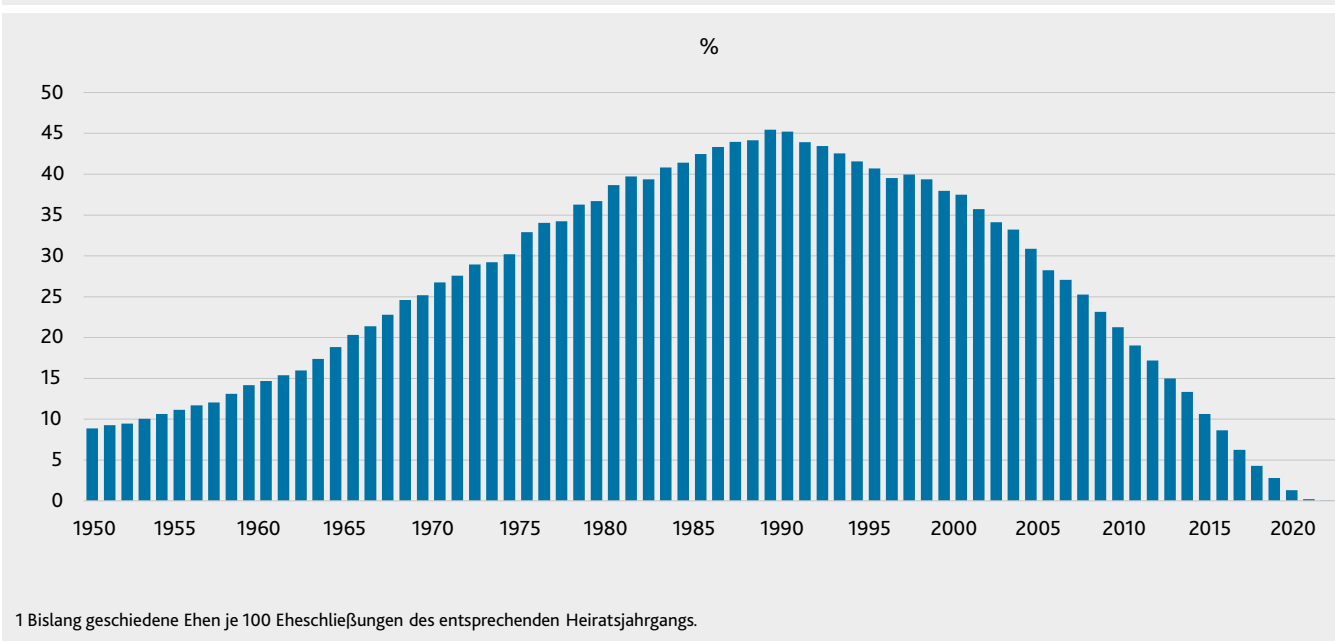
Etwas weniger als die Hälfte (48 Prozent) der im Jahr 2021 geschiedenen Paare hatte zu diesem Zeitpunkt minderjährige Kinder. Ein Kind hatten 24,5 Prozent der Paare, 19 Prozent hatten zwei Kinder und 4,6 Prozent drei oder mehr Kinder. Insgesamt waren 5 700 Minderjährige von der Trennung ihrer Eltern betroffen.

Die Scheidungsquote, also der Anteil eines Heiratsjahrgangs, der bis einschließlich 2021 geschieden wurde, lag für den Jahrgang 1989 mit 45,5 Prozent am höchsten. Es folgen die Heiratsjahrgänge 1990 (45 Prozent) und 1988 (44 Prozent).

Von 1 000 im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 bestehenden Ehen wurden im Jahr 2021 in Rheinland-Pfalz 8,6 geschieden. Diese sogenannte



Gesamtscheidungsquoten¹ der Heiratsjahrgänge 1950–2021



Scheidungszyiffer lag in den kreisfreien Städten mit einem Wert von 8,2 unter der der Landkreise (8,7). Die höchste Scheidungszyiffer verzeichnete die kreisfreie Stadt Zweibrücken (12,2 Scheidungen je 1 000 bestehenden Ehen), der niedrigste Wert (6,0) war im Landkreis Kusel festzustellen.

Bezug von Grundsicherung: Anstieg auf rund 50 000 Personen

Ende 2021 erhielten in Rheinland-Pfalz insgesamt 49 955 Personen staatliche Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch. Die Zahl der Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher stieg gegenüber dem Vorjahr um 1 245 bzw. 2,6 Prozent.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Empfängerkreis nahezu kon-

tinuierlich um mehr als 12 200 Personen bzw. 32 Prozent ausgedehnt. Der Anteil der Personen mit Grundsicherungsbezug an der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren lag zuletzt bei knapp 1,5 Prozent.

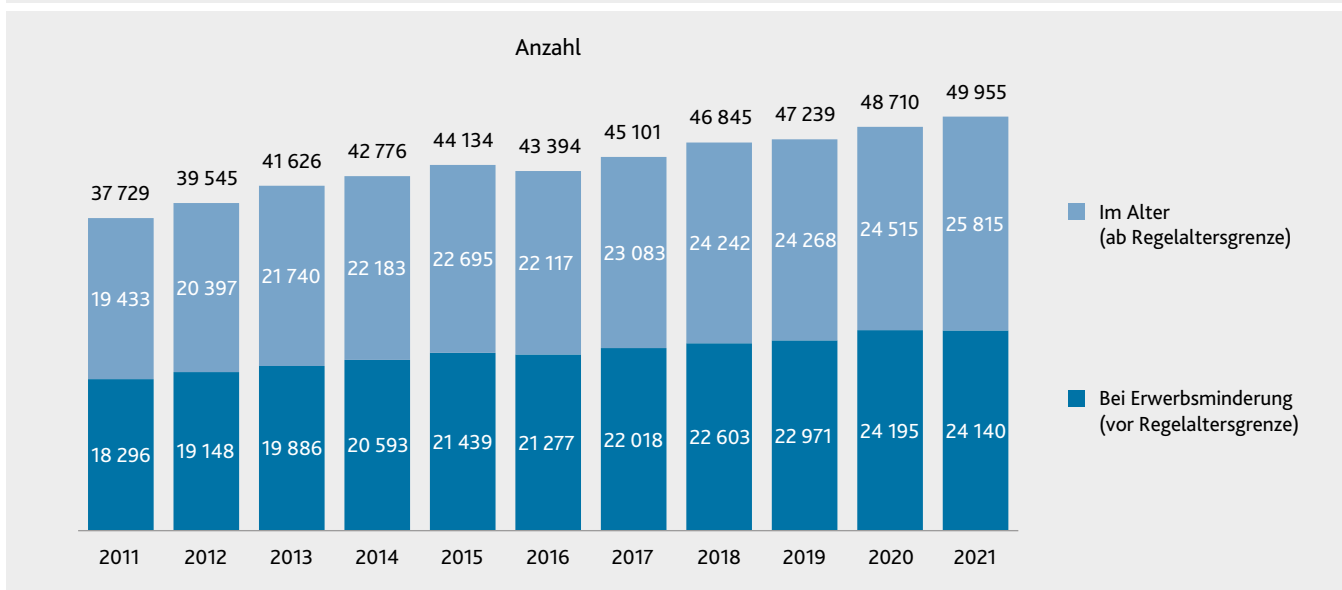
In etwas weniger als der Hälfte aller Fälle (24 140 Personen bzw. 48 Prozent) handelte es sich um Personen, die dem Arbeitsmarkt wegen einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr zur Verfügung stehen. Knapp ein Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 18 Jahren und der Regelaltersgrenze wurden zum Stichtag durch entsprechende Leistungen unterstützt; rund 56 Prozent davon waren Männer. Seit 2011 sind die Fallzahlen um insgesamt 5 844 Personen bzw. 32 Prozent gestiegen. Zwischen 2020 und 2021 sind nur unwesentliche Veränderungen

festzustellen (–55 Personen bzw. 0,2 Prozent).

Weitere 25 800 Personen oberhalb der Regelaltersgrenze erhielten die sogenannte Grundsicherung im Alter; das waren 1 300 Personen bzw. 5,3 Prozent mehr als im Dezember 2020. Frauen (Anteil: 57 Prozent) nahmen diese Leistungen häufiger in Anspruch als Männer. Diese Relation verschiebt sich langfristig: Gegenüber 2011 stieg die Fallzahl der Männer um 4 400 Personen bzw. 67 Prozent – ein wesentlich stärkerer Anstieg als bei den Frauen (+1 968 Personen bzw. 15 Prozent). Zwischen 2020 und 2021 wurde bei Männern ein Zuwachs um 610 Personen bzw. 5,9 Prozent beobachtet, während dieser bei den Frauen mit +685 Personen bzw. 4,8 Prozent – zumindest in der relativen Betrachtung – geringer ausfiel.



Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2011–2021



Regional zeigen sich große Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Grundsicherung. So kamen in den kreisfreien Städten auf 1 000 volljährige Einwohnerinnen und Einwohner im Durchschnitt 21 Leistungsempfängerinnen und -empfänger, in den Landkreisen waren es dagegen nur zwölf. Werden ausschließlich Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter betrachtet, so fallen die regionalen Unterschiede noch größer aus: Während in der Südwestpfalz lediglich rund zwölf Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner oberhalb der Regelaltersgrenze die staatliche Leistung in Anspruch nahmen, waren es in der Stadt Kaiserslautern 74 Personen. Im Mittel aller Landkreise lag dieser Wert bei 22; in den kreisfreien Städten bezogen hingegen rund 53 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner oberhalb der Regelaltersgrenze Grundsicherungsleistungen.

Zahl der Wohngeldhaushalte sinkt auf rund 24 500

Ende 2021 bezogen in Rheinland-Pfalz 24 540 Haushalte Wohngeld. Das waren rund 2 000 bzw. 7,6 Prozent weniger Fälle als im Vorjahr. Im Jahr 2020 war infolge der Wohngeldreform ein deutlicher Anstieg von rund 5 100 Haushalten bzw. 24 Prozent zu beobachten gewesen.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag im Dezember 2021 bei 190 Euro – nach 178 Euro im Jahr 2020. Während Einzelpersonen im Mittel Wohngeldleistungen in Höhe von 130 Euro empfangen, erhielten Haushalte mit sechs und mehr Personen durchschnittlich 417 Euro.

Der überwiegenden Mehrheit der betroffenen Haushalte (91 Prozent) wurde Wohngeld als Zuschuss zur Miete ausbezahlt; den übrigen Emp-

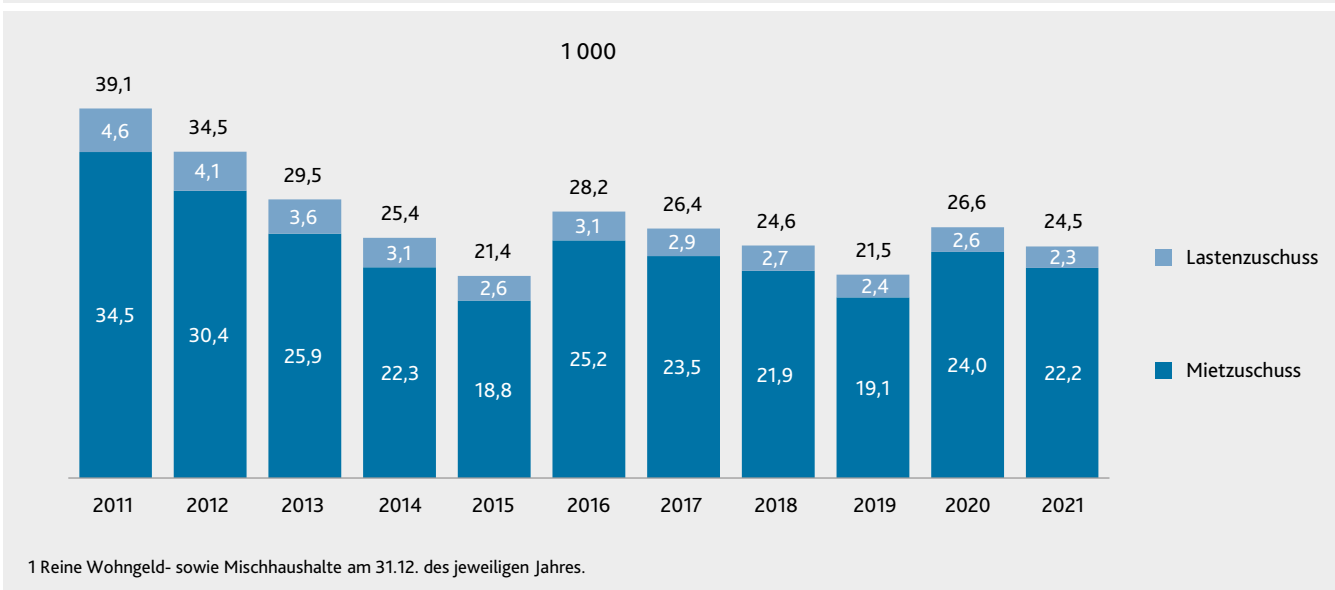
fängerhaushalten wurde ein Lastenzuschuss zu den Kosten eines selbst genutzten Wohneigentums gewährt.

In fast 97 Prozent aller Fälle handelte es sich um sogenannte reine Wohngeldhaushalte, in denen alle Mitglieder einen Leistungsanspruch hatten. Die durchschnittliche Wohnkostenbelastung dieser Haushalte wurde durch das Wohngeld von knapp 44 auf rund 27 Prozent des Haushaltseinkommens gesenkt. In den restlichen Fällen wohnten Personen mit und ohne Wohngeldanspruch in sogenannten wohngeldrechtlichen Teilhaushalten zusammen. In diesen Fällen konnte die Wohnkostenbelastung nahezu halbiert werden - von circa 40 Prozent auf etwas mehr als 20 Prozent.

Die höchsten Zuschüsse je Haushalt und Monat wurden mit durchschnittlich 252 Euro je Monat im Rhein-



Empfängerhaushalte von Wohngeld 2011–2021¹



Pfalz-Kreis gewährt, gefolgt von den kreisfreien Städten Ludwigshafen (243 Euro) und Mainz (237 Euro). Am niedrigsten fielen die Beträge in der kreisfreien Stadt Pirmasens (142 Euro) aus.

Zahl der Menschen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt steigt auf knapp 9 000

Zum Jahresende 2021 erhielten knapp 9 000 Menschen in Rheinland-Pfalz Hilfe zum Lebensunterhalt als Leistung der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Dies waren insgesamt 290 Personen bzw. 3,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Frauen und Männer fanden sich mit Anteilen von 51 bzw. 49 Prozent – wie schon in den Vorjahren – nahezu gleich häufig im Leistungsbezug.

Gut die Hälfte (51 Prozent) der Empfängerinnen und Empfänger lebte zum Stichtag der Erhebung in einer Einrichtung. Gegenüber dem Jahr

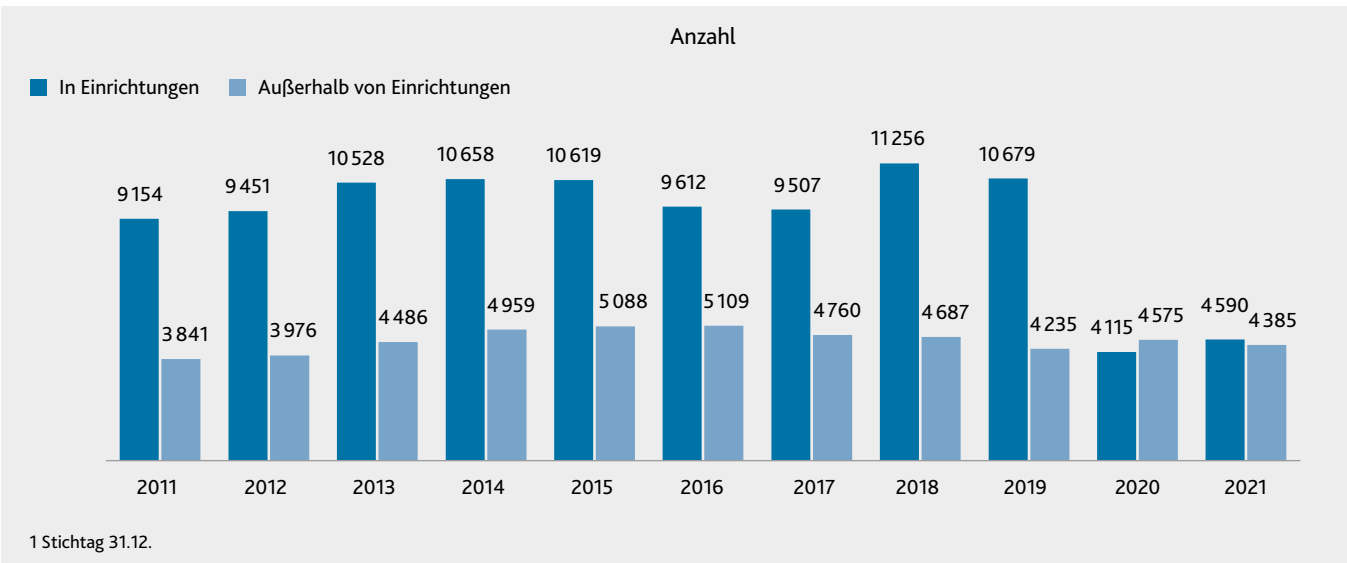
2020 ist deren Zahl um 475 bzw. rund zwölf Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum gab es einen Rückgang der Hilfebedürftigen außerhalb von Einrichtungen um 190 Personen bzw. 4,2 Prozent.

Das Durchschnittsalter aller Empfängerinnen und Empfänger betrug 57 Jahre, wobei Personen in Einrichtungen (72 Jahre) im Durchschnitt deutlich älter waren als solche, die außerhalb von Einrichtungen lebten (42 Jahre). Auch zwischen den Geschlechtern waren Unterschiede in der Altersstruktur feststellbar: Weibliche Hilfebedürftige (62 Jahre) waren im Mittel zehn Jahre älter als männliche (52 Jahre).

Ende 2021 kamen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2,2 Menschen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt. In den kreisfreien Städten fiel dieser Wert mit 2,7 Per-

sonen höher aus als in den Landkreisen (2,0). Die Spannweite reicht dabei von 0,8 Empfängerinnen oder Empfänger im Rhein-Pfalz-Kreis bis 4,6 in der Stadt Kaiserslautern.

Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Personen, für die kein Vorrang anderer Grundsicherungsleistungen besteht und umfasst im Wesentlichen befristet Erwerbsunfähige, Vorruhestandler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte, aber auch pflegebedürftige Personen, die in Einrichtungen leben und die Hilfe zum Lebensunterhalt als Taschengeld erhalten. Für in Einrichtungen lebende Menschen mit Behinderung existiert dieses Taschengeld seit dem 1. Januar 2020 nicht mehr; sie erhalten bei Bedarf einen Regelsatz der Grundsicherung. Infolgedessen ist die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Empfänger in Einrichtungen 2020 deutlich gesunken.

Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt 2011–2021¹**Steigende Zahl der Doktoran-
dinnen und Doktoranden in der
Medizin**

Im Jahr 2021 arbeiteten in Rheinland-Pfalz knapp 8 100 Akademikerinnen und Akademiker an ihrer Doktorarbeit, darunter mehr als 1 100 in der Allgemeinmedizin. Die Zahl der Doktorandinnen und Doktoranden stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Prozent, die der promovierenden Ärztinnen und Ärzte um 37 Prozent.

Die meisten Akademikerinnen und Akademiker meldeten ihre Promotion in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ (2 500) an, gefolgt von „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (1 700) sowie „Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften“ (1 500). Am häufigsten wurde in der Medizin, Chemie und Biologie promoviert. Obwohl der Frauen- und Männeranteil (49 bzw. 51 Prozent) unter den

Promovierenden weitestgehend ausgewogen war, bestanden nach wie vor deutliche Geschlechterunterschiede in einzelnen Promotionsfächern: Beispielsweise lag der Frauenanteil in der Zahnmedizin bei 72 Prozent, während in der Informatik nur 16 Prozent der Promovierenden weiblich waren.

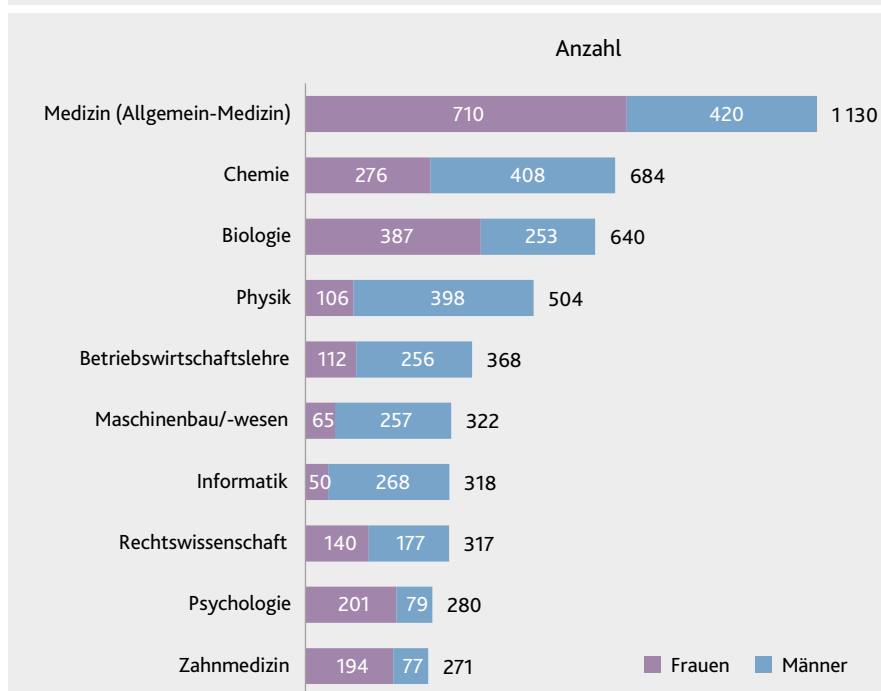
In Rheinland-Pfalz haben acht wissenschaftliche Hochschulen das Promotionsrecht. Die meisten Promovierenden waren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (4 600) angemeldet, gefolgt von der Technischen Universität Kaiserslautern (1 500). Im Rahmen der Promotion wird der akademische Grad eines Dokortitels in einer bestimmten Fächergruppe verliehen. Durch den Nachweis besonderer wissenschaftlicher Fähigkeiten gilt der Titel in Deutschland als höchster akademischer Grad. Die Promotion wird über eine Monografie oder kumulativ über

mehrere wissenschaftliche Publikationen sowie eine Prüfung (Rigorosum) oder eine mündliche Verteidigung der Arbeit (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Anmeldung als Doktorandin bzw. Doktorand ist in der Regel ein abgeschlossenes Masterstudium, das Staatsexamen oder ein universitäres Magister- bzw. Diplomstudium.

Die Rahmenbedingungen für Doktorandinnen und Doktoranden sind häufig sehr unterschiedlich. Nicht alle Akademikerinnen und Akademiker haben die Möglichkeit, eine Doktorarbeit im Rahmen einer Anstellung an einer Hochschule zu erstellen: Nur 40 Prozent der Promovierenden waren 2021 an einer Hochschule beschäftigt. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Fachbereichen. Während in der Mathematik sowie den Ingenieur-, Natur- und Sportwissenschaften



Promovierende¹ 2021 nach den zehn häufigsten Fächern und Geschlecht



¹ Mit schriftlicher Betreuungszusage nach § 34 des Landeshochschulgesetzes.

mehr als die Hälfte der Doktorandinnen und Doktoranden ein Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule hatten, waren es in der Medizin und den Gesundheitswissenschaften (13 Prozent), der Kunst (26 Prozent) und den Geisteswissenschaften (31 Prozent) deutlich weniger.

Weniger nichtbestandene Hochschulprüfungen und mehr „Einser-Abschlüsse“

Im Jahr 2021 haben in Rheinland-Pfalz rund 29 Prozent der knapp 25 000 Teilnehmenden an einer Hochschulprüfung ihre Abschlussprüfung mit der Note „sehr gut“ bzw. „ausgezeichnet“ bestanden. Der Anteil der „Einser-Abschlüsse“ stieg

gegenüber 2011 um etwa elf Prozentpunkte; gegenüber dem Vorjahr war es ein Zuwachs von knapp einem Prozentpunkt.

Demgegenüber sank der Anteil der Prüfungsteilnehmenden, die ihre Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden haben, von neun Prozent 2011 auf 3,6 im Jahr 2021. Insbesondere zwischen 2019 und 2021 wurde ein deutlicher Rückgang der nicht bestandenen Abschlussprüfungen verzeichnet (–65 Prozent). Es ist zu vermuten, dass dies auf kulante Regelungen im Rahmen der Coronamaßnahmen zurückzuführen ist.

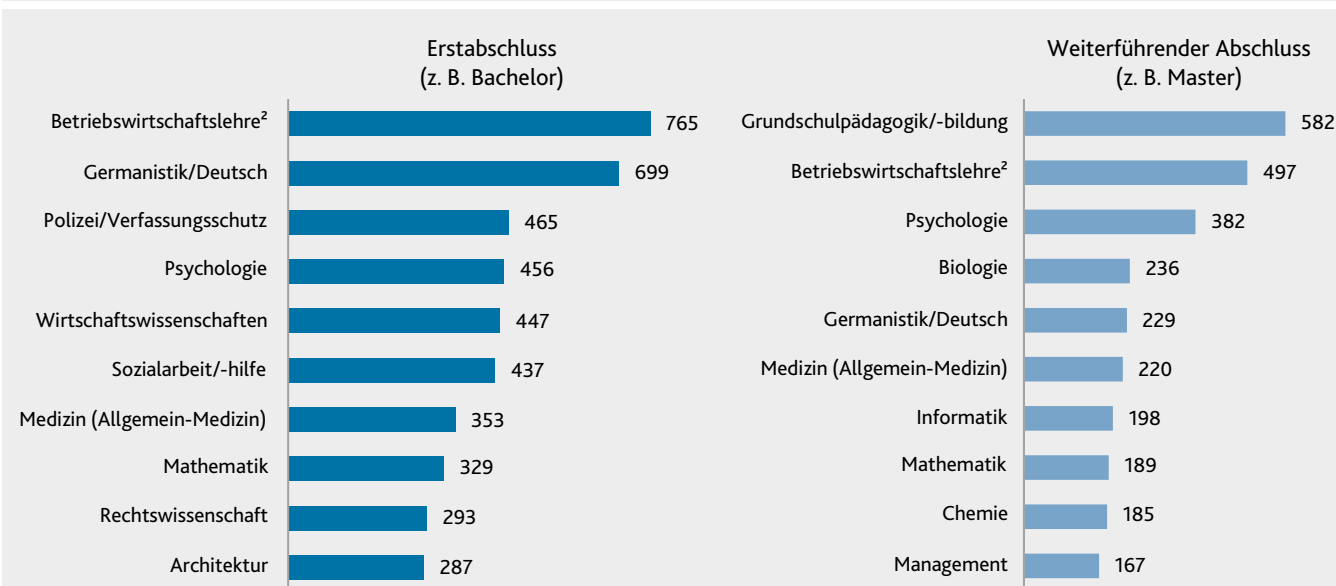
Die Mehrzahl der Hochschulen verzeichnete im Sommersemester 2021

höhere Absolventenzahlen als im Vorjahressommersemester. Insgesamt 17 der 22 rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen meldeten einen Zuwachs erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen. Insbesondere an den Universitäten Koblenz-Landau (+400) und Trier (+200) sowie an der Hochschule Koblenz (+180) stieg die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Hochschulprüfungen deutlich. Der Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass viele Studierende im Kontext der Coronamaßnahmen ihren Studienabschluss verschoben haben bzw. verschieben mussten.

Die meisten Erstabschlüsse gab es in der Betriebswirtschaftslehre (765), gefolgt von Germanistik/Deutsch (699) und dem Verwaltungshochschulabschluss „Polizei/Verfassungsschutz“ (465), der zum Polizeidienst qualifiziert. Ein weiterführender Hochschulabschluss wie z. B. der Masterabschluss wurde am häufigsten in der Grundschulpädagogik/-bildung (582) erworben. Auf die Folgeplätze fielen die Betriebswirtschaftslehre (497) und die Psychologie (382).

Niedrigste Empfängerzahl von BAföG seit dem Jahr 2000

In 2021 wurden in Rheinland-Pfalz rund 24 800 Personen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) finanziell unterstützt, darunter 19 200 Studierende. Das war die niedrigste Zahl der BAföG-Geförderten seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr sank ihre Zahl um sechs Prozent.

**Bestandene Abschlussprüfungen im Prüfungsjahr 2021 nach Studienform und den zehn häufigsten Studienfächern¹**

¹ Nur erstes Studienfach. – ² Einschließlich duale Studienformen bzw. Teilzeitstudiengänge.

Seit dem Jahr 1971 werden auf der Grundlage des BAföG Jugendliche und junge Erwachsene finanziell in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung unterstützt, im Wesentlichen um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Die Förderberechtigung, die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab. Der bürokratische Aufwand, zu niedrige Elternfreibeträge sowie zu hohe Darlehensanteile werden häufig als Ursache des Rückgangs der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger genannt.

Mit insgesamt 111 Millionen Euro wurden Jugendliche und junge Erwachsene 2021 in Rheinland-Pfalz im Rahmen des BAföG in ihrer Schul-,

Hochschul- oder Berufsbildung finanziell gefördert. Mit 77 Prozent stellten die Studierenden die größte Empfängergruppe dar, gefolgt von Schülerinnen und Schülern an berufsbildenden Schulen (16 Prozent). Die Förderung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen (zwei Prozent) und an Abendschulen bzw. Kollegs (fünf Prozent) machten hingegen nur einen geringen Anteil der Gesamtausgaben aus.

Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag, den die Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhielten, ist gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent gestiegen. Mit durchschnittlich 559 Euro empfangen die Geförderten neun Euro pro Monat mehr als im Vorjahr. Dabei bekamen Schülerinnen und Schüler (491 Euro) 86 Euro weniger als Studierende (577 Euro).

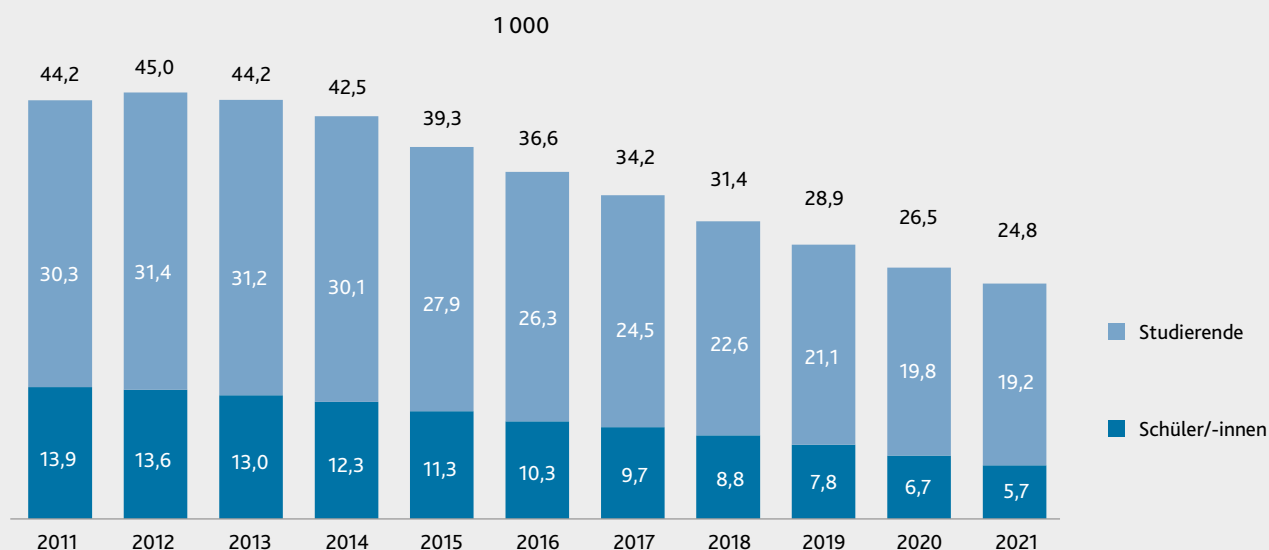
Mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den MINT-Fächern

Die rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen beschäftigten zum Ende des Jahres 2021 rund 10 100 hauptberufliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, darunter etwa 3 700 in den Fächergruppen Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die Zahl des wissenschaftlichen Personals in den sogenannten MINT-Fächern stieg zwischen 2011 und 2021 um 20 Prozent.

Der Anstieg des MINT-Personals ist insbesondere auf den Zuwachs der Zahl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Ingenieurwissenschaften zurückzuführen. Mit einer Steigerung von 27 Prozent lag die Veränderung acht Prozentpunkte



Empfänger/-innen von Leistungen nach dem BAföG¹ 2011–2021 nach Empfängergruppen²



¹ BAföG: Bundesausbildungsförderungsgesetz. – ² Ab 2015 einschließlich Geförderte an Fernunterrichtsinstituten, die den Schüler/-innen zugeordnet werden.

über der anderer Fächergruppen (+19 Prozent). Demgegenüber fiel die Zunahme des wissenschaftlichen Personals in der Mathematik und den Naturwissenschaften mit 15 Prozent vergleichsweise gering aus.

Unter dem wissenschaftlichen Personal waren Ende 2021 rund 2 000 Professorinnen und Professoren sowie etwa 110 Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren. Im Durchschnitt betreute jede Professorin bzw. jeder Professor 57 Studierende. Das beste Betreuungsverhältnis wiesen die eher kleineren Hochschulen wie die Theologische Fakultät Trier (1:13), die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (1:17) sowie die Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar und die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (jeweils 1:28) auf.

Eine vergleichsweise hohe Studierendenzahl je Professur verzeichneten die Universitäten Koblenz-Landau (1:121), Trier (1:76) und Kaiserslautern (1:72).

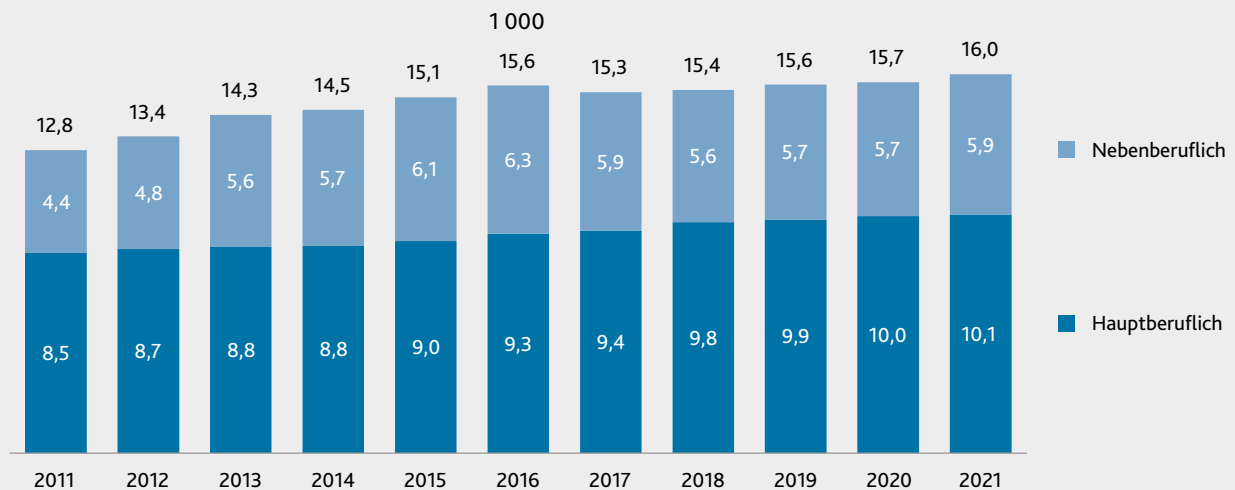
Nach wie vor bestehen in den statushohen Positionen an Hochschulen Geschlechterunterschiede: Die Zahl der Professoren war mit rund 1 600 knapp drei Mal höher als die der Professorinnen. Während bei den Männern 17 Prozent des wissenschaftlichen Personals Inhaber einer Professur oder eines Lehrstuhls waren, hatten nur acht Prozent der Wissenschaftlerinnen die Stellung einer Professorin.

Im Rahmen der Kultusministerkonferenz haben Bund und Länder 2013 eine Strategie für die Internationalisierung der Hochschulen vereinbart.

Ein Ziel war es, verstärkt wissenschaftliche Nachwuchskräfte sowie etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland zu gewinnen. In Rheinland-Pfalz hatten 2021 rund 2 100 wissenschaftlich Beschäftigte eine ausländische Staatsangehörigkeit (13 Prozent). Die meisten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stammten – wie im Vorjahr – aus Indien, Italien und China.

Leichter Beschäftigungszuwachs im Gesundheitswesen

Die Beschäftigtenzahl im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen erhöhte sich 2020 trotz der Herausforderungen, die der Ausbruch der Corona-Pandemie mit sich brachte, nur leicht. Auf Basis der Gesundheitspersonalrechnung ermittelt

Wissenschaftliches Hochschulpersonal¹ 2011–2021 nach Tätigkeit

¹ Ohne studentische wissenschaftliche Hilfskräfte; einschließlich künstlerisches Personal.

waren am 31. Dezember 2020 insgesamt rund 267 800 Beschäftigte im Gesundheitswesen tätig, was einem Zuwachs um 1 100 Beschäftigungsverhältnisse bzw. 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht (Deutschland: +1,3 Prozent).

Ein Großteil des Gesundheitspersonals (41 Prozent) arbeitete 2020 in ambulanten Einrichtungen sowie in stationären und teilstationären Einrichtungen (35 Prozent). Jede bzw. jeder zehnte Beschäftigte ist in sogenannten Vorleistungseinrichtungen wie beispielsweise der pharmazeutischen Industrie tätig. Das übrige rheinland-pfälzische Gesundheitspersonal verteilt sich auf die Verwaltung, die Rettungsdienste, den Gesundheitsschutz und die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Im Vergleich zu 2019 stieg die Beschäftigtenzahl in sechs der sieben

Einrichtungsarten. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden in stationären und teilstationären Einrichtungen (+500). In den Vorleistungseinrichtungen kamen 400 Beschäftigungsverhältnisse hinzu. Hingegen waren in den ambulanten Einrichtungen 100 Beschäftigte weniger tätig als noch im Jahr zuvor.

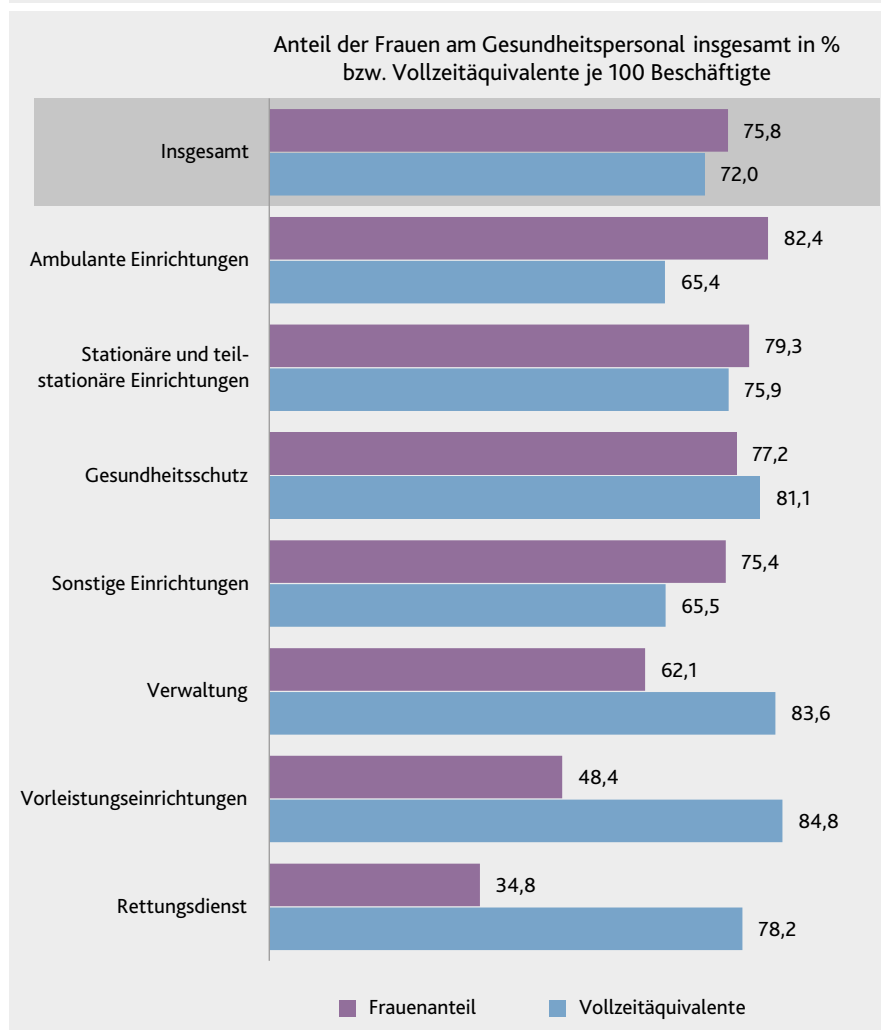
Längerfristig erhöhte sich der Personalbestand im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen deutlich. Von 2010 bis 2020 stieg die Zahl der Beschäftigten um 30 500 bzw. 13 Prozent (Deutschland: +19 Prozent). Die meisten zusätzlichen Arbeitsplätze entstanden in ambulanten Einrichtungen (+14 200). Einen großen Anteil daran hatten die Praxen sonstiger medizinischer Berufe, deren Beschäftigtenzahl um 6 500 wuchs. Dazu gehören z. B. physio- und ergotherapeutische Praxen sowie die Praxen von Psychotherapeutinnen und

-therapeuten oder Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern. In den stationären und teilstationären Einrichtungen stieg die Zahl der Beschäftigten um insgesamt 7 800. Der Großteil der zusätzlich entstandenen Arbeitsplätze entfiel dabei auf die stationäre und teilstationäre Pflege (+5 400). Auch in den sonstigen Einrichtungen, in den Vorleistungseinrichtungen, in der Verwaltung und im Rettungsdienst wurde der Personalbestand ausgebaut. Nur im Gesundheitsschutz stagnierte die Beschäftigtenzahl.

Charakteristisch für das Gesundheitswesen ist der hohe Frauenanteil. Gut drei Viertel des Gesundheitspersonals in Rheinland-Pfalz sind Frauen. Die höchsten Frauenanteile weisen 2020 die ambulanten Einrichtungen (82 Prozent) sowie die stationären und teilstationären Einrichtungen (79 Prozent) auf. Anteilig am wenig-



Weibliches Gesundheitspersonal und Vollzeitäquivalente 2020 nach Art der Einrichtung



ten Frauen arbeiten beim Rettungsdienst (35 Prozent) und in Vorleistungseinrichtungen (48 Prozent).

Teilzeitarbeit ist im Gesundheitswesen weit verbreitet, was in der Relation zwischen Vollzeitäquivalenten und Beschäftigtenzahlen zum Ausdruck kommt. Vollzeitäquivalente geben die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Je geringer die Zahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte ist, desto größer

ist die Bedeutung der Teilzeitarbeit. In Rheinland-Pfalz kamen 2020 im Gesundheitswesen auf 100 Beschäftigte rechnerisch 72 Vollzeitäquivalente. Damit liegt die Teilzeitbeschäftigung in etwa im Bundesdurchschnitt – in Deutschland lag das Verhältnis bei 72,3 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte. Besonders häufig arbeiten Beschäftigte in ambulanten Einrichtungen in Teilzeit (65,4 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte). In den Vorleistungseinrichtungen spielt

Teilzeitarbeit nur eine geringe Rolle (84,8 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte).

32 Millionen Kubikmeter Klärgasgewinnung in 2021

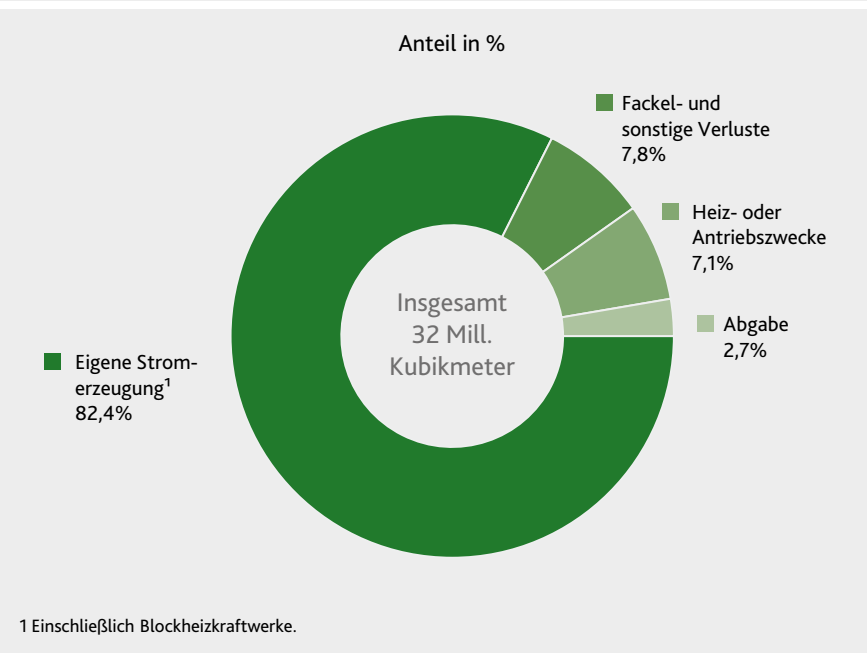
Im Jahr 2021 gewannen 91 rheinland-pfälzische Kläranlagen knapp 32 Millionen Kubikmeter Klärgas. Damit nahm das Klärgasvolumen gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent ab. Der Rückgang hing unter anderem mit der Flutkatastrophe von 2021 in Rheinland-Pfalz zusammen.

Mit über 82 Prozent des gewonnenen Gases, rund 26 Millionen Kubikmeter, setzten die Kläranlagen den größten Anteil direkt in den eigenen Stromerzeugungsanlagen ein, dies entsprach einem Minus von vier Prozent im Vergleich zu 2020. Rund sieben Prozent des Klärgases diente dem Einsatz zu reinen Heiz- und Antriebszwecken wie beispielsweise Heizkessel zur Faulturmerwärmung und Gebläse zur Druckluftherzeugung. Damit nahm das Volumen mit knapp 2,3 Millionen Kubikmetern um fast zehn Prozent ab (Rückgang um circa 242 000 Kubikmeter). Auf Fackel- und sonstige Verluste entfielen 2,5 Millionen Kubikmeter, 7,8 Prozent, des gewonnenen Klärgases (-1,1 Prozent). Die Kläranlagen gaben in 2021 knapp 2,7 Prozent des gewonnenen Klärgases ab. Dies entsprach einer Zunahme von neun Prozent.

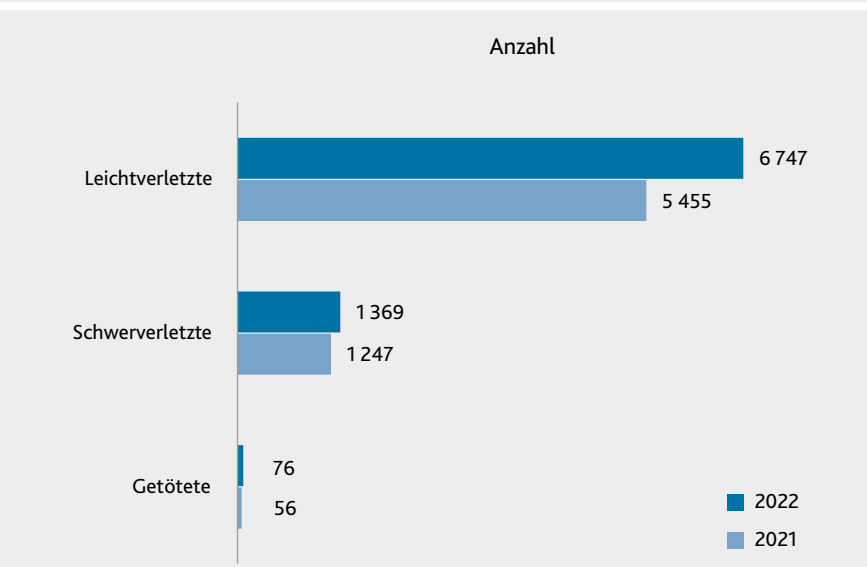
Aus dem eingesetzten Klärgas wurden insgesamt rund 72 Millionen Kilowattstunden Wärme erzeugt. Diese kam vollständig in den eigenen



Verwendung von Klärgas 2021



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juni 2021 und 2022



Kläranlagen zum Einsatz. Gegenüber 2020 war dies ein Minus von knapp fünf Prozent.

Zusätzlich konnten aus dem Klärgas rund 51 Millionen Kilowattstunden

Strom gewonnen werden, 2,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Mit 49 Millionen Kilowattstunden des so erzeugten Stroms verbrauchten die Kläranlagen den Großteil selbst

(97 Prozent). Folglich speisten sie in das Stromnetz zur allgemeinen Versorgung gut 2,2 Millionen Kilowattstunden Strom ein, das waren 100 000 Kilowattstunden mehr als 2020 (+5 Prozent).

Zahl der Getöteten im Straßenverkehr steigt im Juni deutlich

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle ist im Juni 2022 leicht gesunken. Es wurden 11 173 Unfälle gezählt; das waren 1,1 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Getöteten stieg auf 23, das waren neun mehr als vor einem Jahr und der höchste Stand für den Monat Juni seit 2015.

Die Polizei registrierte im ersten Halbjahr 2022 insgesamt 64 360 Verkehrsunfälle, davon 6 433 Unfälle mit Personenschaden und 57 927 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle lag von Januar bis Juni um 7 057 bzw. rund zwölf Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, als das Unfallgeschehen noch stärker von den Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geprägt war. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg um 1 115 bzw. 21 Prozent. Insgesamt verloren 76 Personen ihr Leben, das waren 20 mehr als von Januar bis Juni 2021. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 1 369, die der Leichtverletzten bei 6 747.

Aus der amtlichen Statistik

Gas wichtigster Energieträger zur Beheizung von Wohnungen

Mehr als die Hälfte (52 Prozent) aller bewohnten Wohnungen in Deutschland wird überwiegend mit Gas beheizt. Wie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in einem deutschlandweiten Vergleich auf Basis des Mikrozensus 2018 zeigen, gibt es regional deutliche Unterschiede: Im Nordwesten Deutschlands wird Erdgas vergleichsweise häufig genutzt, im Süden sind die Anteile von Gas als Heizenergieart in Wohnungen geringer.

Den bundesweit geringsten Anteil hat Gas als primäre Heizenergie mit 23,5 Prozent in der Statistikregion Trier (früherer Regierungsbezirk) und in der Region Niederbayern (24,5 Prozent). Die Region Weser-Ems (85 Prozent) und der Regierungsbezirk Arnsberg (69 Prozent) weisen die höchsten Anteile an mit Gas beheizten Wohnungen auf.

Auch in Neubauten ist Gas noch immer die am häufigsten eingesetzte primäre Heizenergie. Die Baufertigstellungstatistik weist für neue Wohngebäude der Jahre 2016 bis 2020 einen Anteil von 45 Prozent an Gasheizungen aus. An zweiter Stelle liegt mit 32 Prozent die Umweltthermie, also Luft/Wasser-Wärmepumpen. Auch bei den Neubauten zeigen sich regionale Unterschiede: Im Nordwesten Deutschlands wird Gas häufiger als primäre Heizenergie eingesetzt als in anderen Regionen. Am höchsten ist der Anteil im

Landkreis Aurich mit 92 Prozent, gefolgt vom Landkreis Leer mit 91 Prozent und dem Landkreis Wittmund mit 90 Prozent. In Rheinland-Pfalz hat die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße mit 74 Prozent den höchsten Anteil. Den geringsten Anteil an den von 2016 bis 2020 fertiggestellten Wohngebäuden hat Gas deutschlandweit in der kreisfreien Stadt Flensburg mit 2,5 Prozent. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil in dem Landkreis Bernkastel-Wittlich mit zehn Prozent am geringsten.

Der Anteil der Umweltthermie als primäre Heizungsart bei Neubauten nimmt jedoch von Jahr zu Jahr zu und lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 bei 54 Prozent. Rechnet man die Erdwärme hinzu, die im vergangenen Jahr einen Anteil von elf Prozent hatte, werden rund zwei Drittel der Neubauten 2021 mit Wärmepumpen beheizt. Gasheizungen wurden in knapp einem Viertel der neuen Wohnungen eingebaut.

Auf einer Themenseite „Wie heizt Deutschland?“ im Statistikportal stellen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in interaktiven Karten Ergebnisse für bewohnte Wohnungen auf Basis des Mikrozensus 2018, für die von 2016 bis 2020 fertiggestellten Neubauten von Wohn- und Nichtwohngebäuden und für den Energieverbrauch der Industrie dar: www.statistikportal.de/heizen

STATISTISCHE ÄMTER
DES BUNDES UND DER LÄNDER
GEMEINSAMES STATISTIKPORTAL

Suche

DATEN UND FAKTEN PRODUKTE MELDEN UND VERSTEHEN ÜBER UNS

Startseite > Heizen

Wie heizt Deutschland?

Daten zur Beheizung von Wohnungen, Nichtwohngebäuden und zum Energieverbrauch in der Industrie

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine steht die Gasversorgung in Deutschland im Fokus der Aufmerksamkeit. Erdgas wird insbesondere zum Heizen von Gebäuden und Wohnungen und in der Industrie zu hohen Anteilen genutzt. Vor diesem Hintergrund geben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen Überblick über Daten und Fakten zum Heizen von Wohnungen, Nichtwohngebäuden und zum Energieverbrauch der Industrie in Deutschland und stellen dabei regionale Unterschiede dar.



Zensus 2022: Wiederholungsbefragung zur Qualitätsbewertung läuft

Seit rund drei Monaten laufen die Befragungen für den Zensus 2022. Die persönlichen Befragungen der Haushalte und an Wohnheimen sind größtenteils abgeschlossen. Ein kleiner Teil der bereits Befragten wird erneut für ein kurzes persönliches Interview kontaktiert. Diese Wiederholungsbefragung dauert nur etwa fünf Minuten. Landesweit betrifft dies etwa 15 600 zufällig ausgewählte Personen. Das entspricht rund vier Prozent der Befragten der Haushaltebefragung und der Wohnheimbefragung.

Die Wiederholungsbefragung ist EU-weit vorgeschrieben und dient der nachträglichen Qualitätsbewertung der Ergebnisse beim Zensus 2022 im Hinblick auf die ermittelten Bevölkerungszahlen. Die Angaben aus der Wiederholungsbefragung werden mit den vorher gemachten Angaben abgeglichen. Auf diese Weise wird geprüft, ob alle Personen an den zufällig ausgewählten Anschriften erfasst wurden. Die Wiederholungsbefragung läuft etwa bis Anfang November.

Die Interviewerinnen und Interviewer erfragen Namen und Vornamen, Geschlecht, Geburtsdatum und ob neben der Hauptwohnung eine weitere Wohnung in Deutschland bewohnt wird. Wie bei der ersten Befragung besteht auch bei der Wiederholungsbefragung eine gesetzliche Auskunftspflicht. Die Auskunftspflicht ist nicht durch die bereits erfolgte Auskunft in der ersten Befragung erfüllt.

Der Ablauf der Wiederholungsbefragung gleicht dem der ersten Befragung. Die Interviewerinnen und Interviewer des Zensus kündigen den ausgewählten Haushalten den Termin für die Wiederholungsbefragung schriftlich an. Es handelt sich dabei nicht um dieselben Interviewerinnen und Interviewer wie beim Erstinterview. Zum persönlichen Termin weisen sich die Interviewerinnen und Interviewer mit einem Ausweis für Erhebungsbeauftragte in Kombination mit einem amtlichen Lichtbildausweis aus, z. B. einem Personalausweis oder einem Reisepass. Die kurze Befragung kann ebenfalls an oder vor der Tür erledigt werden.





Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im August 2022

Der Verbraucherpreisindex lag im August 2022 acht Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das ist der höchste Wert seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1995.

Der Krieg in der Ukraine sowie die Folgen vor allem für die Energieversorgung wirken preistreibend. Auch Engpässe durch unterbrochene Lieferketten sowie deutliche Erhöhungen der Großhandels- und Erzeugerpreise schlagen auf die Entwicklung der Verbraucherpreise durch. Leicht dämpfend wirkten dagegen seit Juni die Einführung des 9-Euro-Tickets im Öffentlichen Personennahverkehr und die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe („Tankrabbat“) sowie ab Juli die Abschaffung der EEG-Umlage.

Energie war im August 37 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Die Preiserhöhung bei Mineralölprodukten belief sich auf 38 Prozent. Dabei fiel insbesondere der starke Preisanstieg bei Heizöl (einschließlich Umlage) ins Gewicht (+107 Prozent). Kraftstoffe wurden um

20 Prozent teurer. Im Vergleich zum August des Vorjahres verteuerten sich Nahrungsmittel um 16 Prozent. Vor allem die Preise für Speisefette und Speiseöle sowie Molkereiprodukte und Eier stiegen deutlich (+47 bzw. +26 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, erhöhte sich im August leicht auf +3,5 Prozent.

In elf der zwölf Abteilungen stieg das Preisniveau binnen Jahresfrist. Die höchsten Steigerungen waren im Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ zu beobachten (+15 Prozent). Eine Preissenkung gab es lediglich in der Abteilung „Post und Telekommunikation“ (–0,4 Prozent).

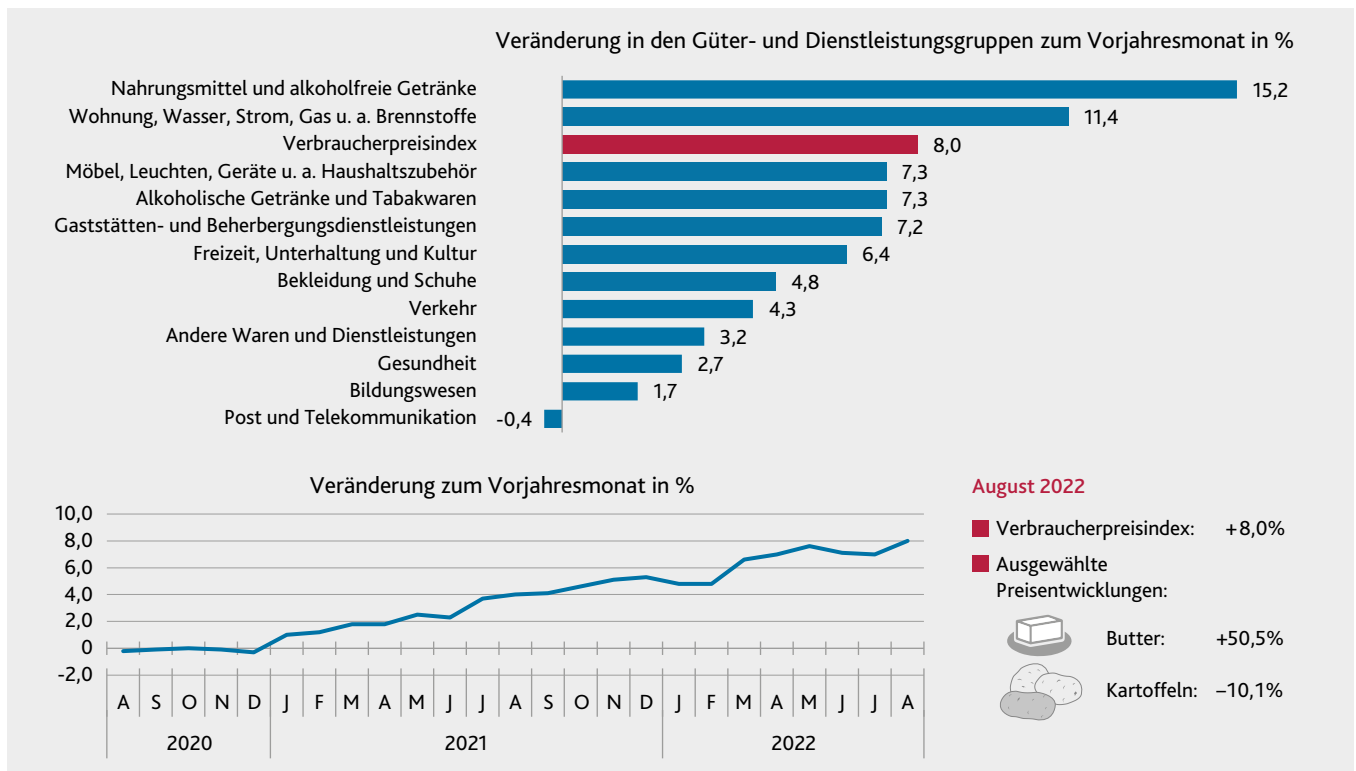
Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im August um ein Prozent. Am stärksten nahmen die Preise für Waren und Dienstleistungen in der Abteilung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ zu (+2,1 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2022



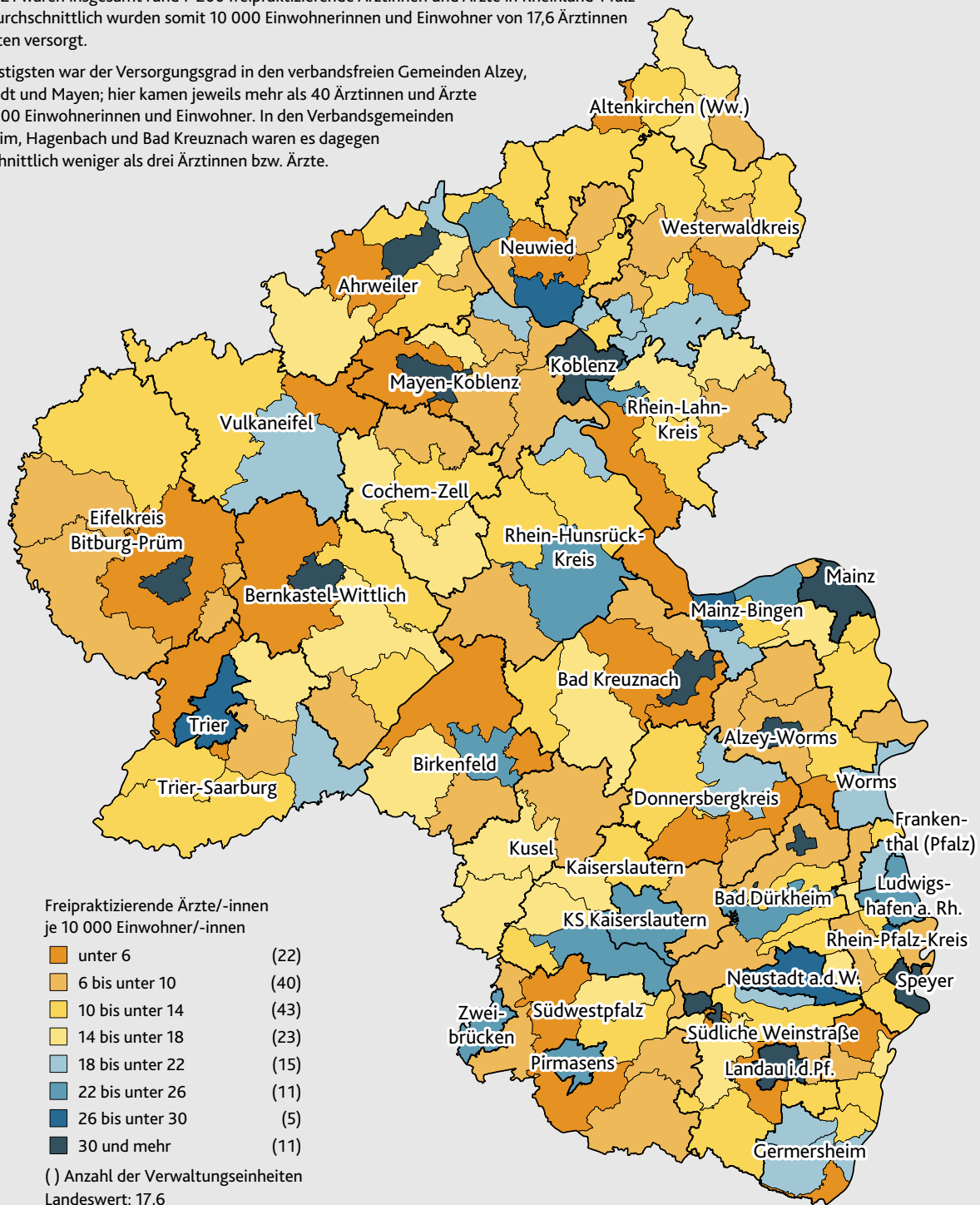


Freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte 2021

Deutliche Unterschiede in der Versorgung

Ende 2021 waren insgesamt rund 7 200 freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte in Rheinland-Pfalz tätig. Durchschnittlich wurden somit 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner von 17,6 Ärztinnen und Ärzten versorgt.

Am günstigsten war der Versorgungsgrad in den verbandsfreien Gemeinden Alzey, Grünstadt und Mayen; hier kamen jeweils mehr als 40 Ärztinnen und Ärzte auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. In den Verbandsgemeinden Monsheim, Hagenbach und Bad Kreuznach waren es dagegen durchschnittlich weniger als drei Ärztinnen bzw. Ärzte.



Ein Jahr Brexit-Abkommen

Eine erste Außenhandelsbilanz

Von Petra Wohnus und Inga Haferstock

Das Vereinigte Königreich zählte in den vergangenen Jahrzehnten zu den wichtigsten rheinland-pfälzischen Handelspartnern innerhalb der EU. Mit dem aus Sicht der Brexit-Befürworter positiven Ausgang des Austrittsreferendums am 23. Juni 2016 erlitten diese guten Handelsbeziehungen eine Zäsur. Im Jahr 2021 wurden nur noch Waren im Wert von 2,3 Milliarden Waren ausgeführt, was einen Rückgang im Vergleich zu 2016 um über ein Drittel bedeutet. Die Einfuhren sanken um rund ein Viertel auf einen Gesamtwert von 885 Millionen Euro. Das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA), welches am 1. Januar 2021 in Kraft trat, und unter dem Einfluss der Auswirkungen der Corona-Pandemie stand, konnte diesen Abwärtstrend im ersten Jahr seiner Gültigkeit nicht stoppen.

Großbritannien und die EU – ein Rückblick

Beitritt erst
1973

Die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs endete am 31. Januar 2020 und damit 47 Jahre nach dem Beitritt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), einer Vorläuferorganisation der Europäischen Union (EU). So „holprig“ wie der Austritt erscheint, war auch der Beginn der britischen Mitgliedschaft. Nach zwei gescheiterten Beitrittsanträgen (1961 und 1967) unterzeichnete der damalige Premierminister Edward Heath 1973 den Mitgliedsvertrag. Unabhängig von der EWG gründete das Vereinigte Königreich bereits 1960 mit sechs weiteren Mitgliedern die European Free Trade Association (EFTA). Dieses Bündnis sah sich eher als handelspolitische Kooperation, die weniger föderative Ziele verfolgte wie die spätere EU. Letztendlich überzeugte die durch die europäische Inte-

gration ausgelöste Wachstumsdynamik die britischen Entscheidungsträger und es wurden die erforderlichen Schritte zum Beitritt in die EWG unternommen. Bei den Interessen der Briten standen vor allem handelspolitische Vorteile im Vordergrund.

Die Skepsis gegenüber den über den Handel hinausgehenden Integrationsschritten äußerte sich häufig in „Sonderrollen“, die Großbritannien einnahm. Ein Beispiel hierfür ist die sogenannte „Rabatt-Regelung“, die die damalige Premierministerin Margaret Thatcher 1984 durchsetzte.¹ Um den EU-Kritikern in eigenen Politreihen entgegenzukommen, erreichte die damalige Regierung unter Leitung von David Cameron ein „Opt-out“-Recht im EU-Vertrag von Lissabon. Danach wurde es der britischen

Sonderstellung
Großbritanni-
ens innerhalb
der EU

¹ Nach dieser bis zum Austritt geltenden Regelung erhielt Großbritannien 66 Prozent seiner Beitragszahlungen zurück.



Regierung erlaubt, bis 2014 aus zahlreichen europäischen Rechtsregeln auszusteigen und diese wieder in Eigenregie zu regeln.

Referendum
im Juni 2016

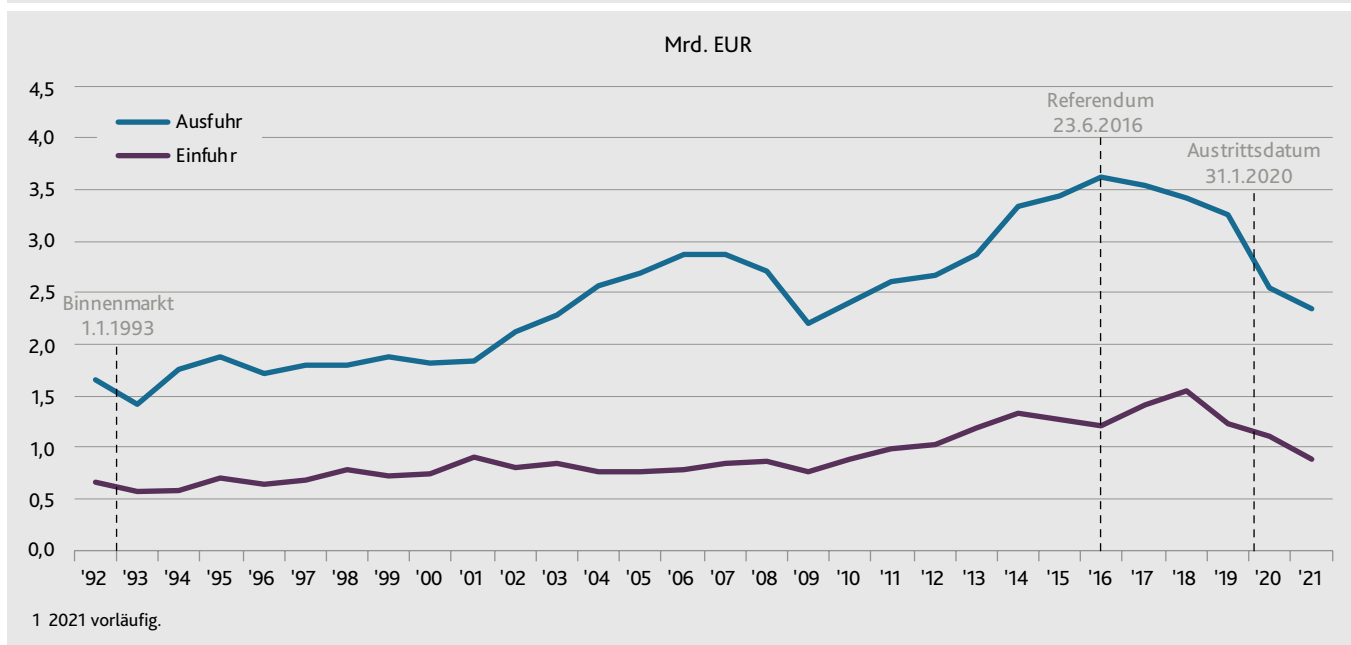
Eingeläutet wurde der Brexit mit dem Referendum am 23. Juni 2016. Damit löste der damalige Premierminister, David Cameron, ein bereits 2013 mit der erfolgreichen Wahl im britischen Unterhaus gegebenes Versprechen ein. Mit dem rund 52 prozentigen Anteil der Ja-Stimmen fiel das Ergebnis knapp aus. Aufgrund schwieriger Verhandlungen konnte der ursprünglich anvisierte Austrittstermin zum 29. März 2019 nicht gehalten werden. Nach mehrmaligen Verschiebungen kam es am 31. Januar 2020 zum endgültigen Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Während dem einjährigen weiteren Verbleib des Vereinigten Königreichs im Binnenmarkt sollte ein Handelsabkommen geschlossen werden, in dem die zukünftigen Handelsbeziehungen geregelt werden. Wie schon im bisherigen Prozess und erschwert durch das Auftreten der Corona-Pandemie zogen sich auch hier die Verhand-

lungen hin. Erst am 24. Dezember 2020, also kurz vor Fristablauf, konnte eine Einigung erzielt werden und es wurde ein vorläufiges Handelsabkommen, das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA), beschlossen.

Trotz der Regelungen zeigten sich auf dem britischen Markt rasch die negativen Konsequenzen des Ausstiegs: In den Medien häuften sich die Berichte über einen herrschenden Fachkräftemangel sowie gestörte Lieferketten aufgrund der neuen Regelungen zum Außenhandel. Diese Verzögerungen sind auch auf mangelnde Vorbereitungen der Unternehmen auf die Zeit nach dem Austritt zurück zu führen. Unklarheiten des politischen Kurses erzeugten bei den Unternehmen viel zusätzliche Bürokratie und Grenzformalitäten, welche entsprechende Lieferverzögerungen nach sich zogen. Inwieweit der Brexit zu wirtschaftlichen Einbußen im Vereinigten Königreich geführt hat, kann infolge der zeitgleich auftretenden Corona-Pandemie ohne weitergehende Analysen nicht beziffert werden.

Neues
Handels-
abkommen ab
Januar 2021

G1 Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich 1992–2021¹



Mit Beginn des Binnenmarktes wachsende Außenhandelsbeziehung

Exporte:
Phasen mit
enormer
Entwicklungs-
dynamik

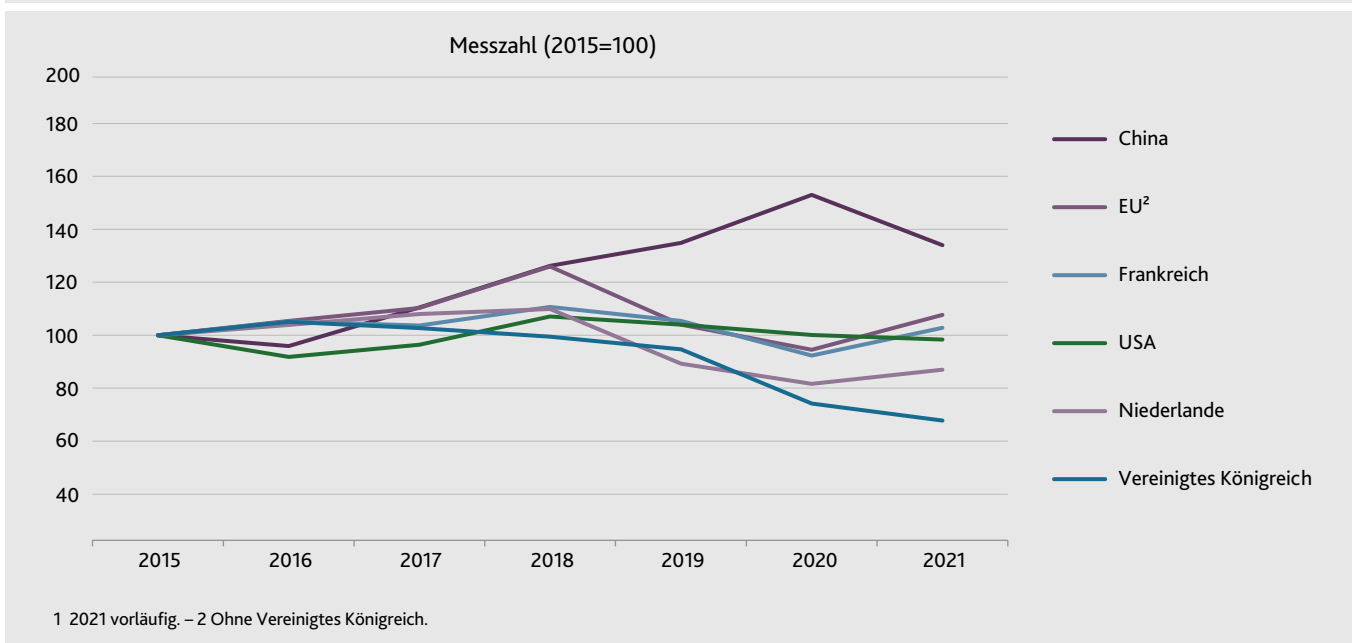
Die Liberalisierungen in Bezug auf den Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr im Rahmen der Einführung des Binnenmarktes gilt als bedeutender Integrationsfortschritt der EU. Mit der Etablierung der neuen Regelungen zum 1. Januar 1993 entwickelten sich vor allem die Exporte der rheinland-pfälzischer Betriebe auf den britischen Markt dynamisch. Einen rapiden Anstieg der Ausfuhren gab es in den beiden ersten Jahren nach Einführung des Binnenmarktes: Rheinland-pfälzische Unternehmen konnten bis 1995 im Vergleich zu 1993 nahezu ein Drittel mehr Waren gen Großbritannien absetzen. Anfang des neuen Jahrtausends begann eine weitere Periode des Aufschwungs. Bis zum Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise im Jahr 2008 stieg das Ordervolumen aus Großbritannien 2007 gegenüber 2001 um rund 57 Prozent auf einen jährlichen Gesamtwert

von 2,9 Milliarden Euro. Infolge der wirtschaftlichen Turbulenzen verringerte sich der Exportwert auf 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2009. Der Erholungsprozess zog sich bis 2013 hin: Erst in diesem Jahr lagen die Exporte in etwa wieder auf dem Vor-Krisen-Niveau von 2007. Der bisherige Exporthöchststand wurde mit einem Volumen von 3,6 Milliarden Euro im Jahr des Referendums 2016 erreicht. Bereits ab diesem Zeitpunkt ließen die Exportaktivitäten nach. Aufgrund dieser Entwicklungen lag der Exportwert 2021 lediglich etwas über dem Niveau vom Jahr 2009.

Die Entwicklungen der Importe seit der Marktöffnung durch den Binnenmarkt 1993 bis zur Verabschiedung des Referendums 2016 lassen sich vor allem anhand von zwei Charakteristika beschreiben: Zum einen lag der Wert der eingeführten Waren auf einem deutlich geringeren Niveau als der Ausfuhrwert. Zum anderen zeigten die Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich eine geringere

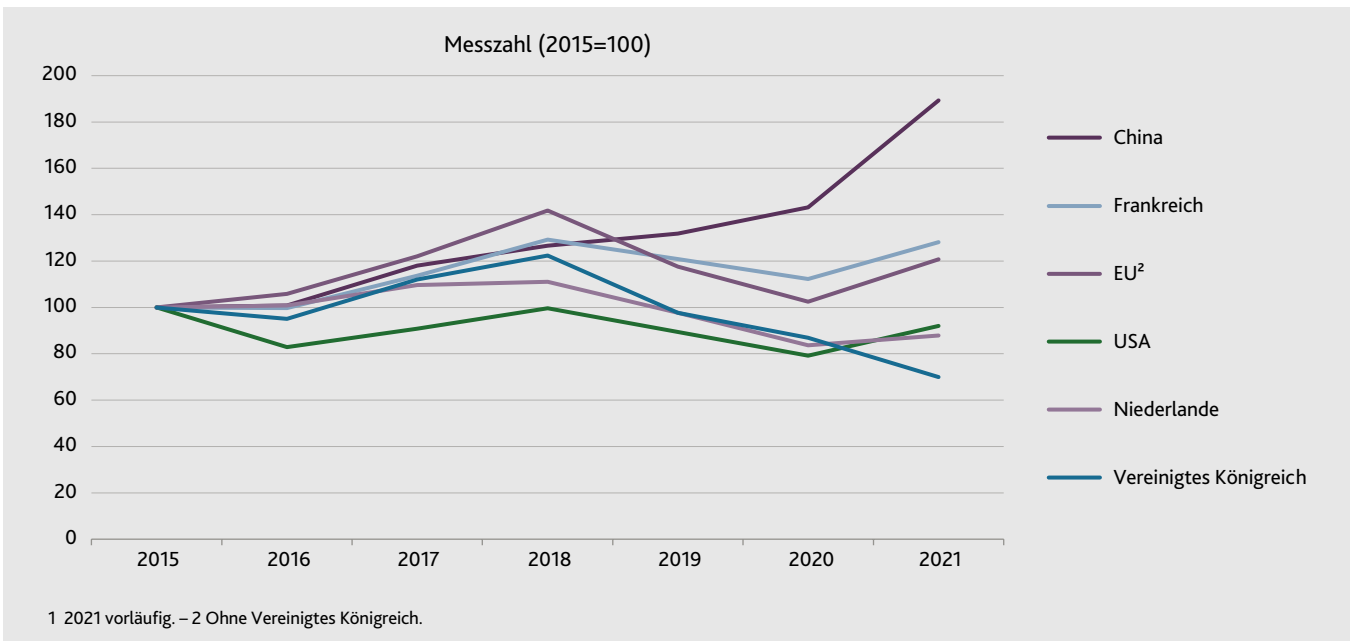
Entwicklung
der Importe
verhaltener

G2 Ausfuhren 2015–2021¹ nach ausgewählten Handelspartnern





G3 Einfuhren 2015–2021¹ nach ausgewählten Handelspartnern



Anfälligkeit gegenüber den oben genannten Einflussfaktoren. Die Schwankungsbreite der Importe fiel somit kleiner aus.

Entwicklung der Importe verhaltener

In den Jahren nach der Einführung des Binnenmarktes lagen die Einfuhren im zweiten Jahr nach dessen Öffnung gegenüber 1993 um „nur“ gut ein Fünftel höher und entwickelten sich damit verhaltener als die Exporte. Der kontinuierliche Anstieg nach der Jahrtausendwende, wie er bei den Ausfuhren zu beobachten ist, stellte sich bei den Einfuhren nicht ein. Hier kam es in einzelnen Jahren (2001, 2003 und 2007) zu zweistelligen Zuwächsen gegenüber 2000; in den übrigen Jahren lagen diese zwischen einem und knapp acht Prozent. Importrückgänge infolge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zeigten sich im Jahr 2009 (–13 Prozent). In den weiteren Jahren vollzog sich ein rasanter Anstieg der britischen Einfuhren auf den heimischen Markt, der auch über das „Schicksalsjahr“ 2016 hinaus

anhielt. Erst im Jahr 2019 sank der Wert der eingeführten Importwaren gegenüber dem Vorjahr. Ähnlich wie im Fall der Exporte lag der Importwert 2021 leicht über dem Niveau von 2009.

Abnehmende Bedeutung des Vereinigten Königreichs als rheinland-pfälzischer Außenhandelspartner

Als logische Folge dieser Entwicklungen verlor das Vereinigte Königreich für die rheinland-pfälzischen Unternehmen als Außenhandelspartner an Bedeutung. Mit der Etablierung des Binnenmarktes 1993 war Großbritannien der zweitwichtigste Exportmarkt mit einem Anteil von 9,3 Prozent. Im Jahr 2015 zählte Großbritannien mit 6,7 Prozent nach Frankreich, den USA und den Niederlanden immer noch zu den vier wichtigsten Handelspartnern. Trotz Referendum änderte sich kaum etwas an diesem Ranking. Erst mit Vollzug des Aus-

2015: Großbritannien viertwichtigster Exportmarkt

2015: Rückgang
auf Platz acht

tritts nahm die Bedeutung der Ausfuhren nach Großbritannien ab. Im Jahr 2020 reduzierte sich der Anteil der Exporte in das Vereinigte Königreich auf 5,2 Prozent. Noch deutlicher fiel der Rückgang 2021 aus, dem ersten Jahr ohne Mitgliedschaft im Binnenmarkt der EU. Der Anteil der ausgeführten Waren rangierte mit 4,3 Prozent auf dem achten Platz. Zu diesem Zeitpunkt waren auch die Exportanteile nach Italien, Polen, Belgien und China höher als die ins Vereinigte Königreich.

Ähnlicher Verlauf des deutschen Außenhandels mit Großbritannien

Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich auch im gesamtdeutschen Kontext. Mit der Einführung des Binnenmarktes 1993 rangierte der britische Absatzmarkt auf dem

zweiten Platz der bedeutendsten Handelspartner Deutschlands. Rund acht Prozent aller Exporte verließen Deutschland mit dem Ziel Vereinigtes Königreich. Während Frankreich in den folgenden Jahren als zentraler Absatzmarkt deutscher Erzeugnisse seine Stellung weitestgehend behaupten konnte, erlangten die USA eine immer größere Bedeutung. Dies ging auch zu Lasten der Exporte nach Großbritannien: Im Jahr des Referendums 2016 lag der Anteil nur noch bei 7,1 Prozent. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Bündnis in 2020 reduzierte sich der Anteil britischer Exporte auf 5,6 Prozent an den Gesamtexporten. Im Jahr 2021 erreichten die Exporte einen neuen Tiefstand: Nur noch 4,8 Prozent aller deutschen Exporte gingen ins Vereinigte Königreich.

Mit Austritt
von Groß-
britannien
deutlicher
Rückgang
der Exporte

T1 Außenhandel von Rheinland-Pfalz 2021¹ nach ausgewählten Handelspartnern

Länder	Ausfuhren				Länder	Einfuhren			
	2015	2019	2021			2015	2019	2021	
	Rang		Mill. EUR			Rang		Mill. EUR	
Frankreich	1	1	1	5 231	China	5	3	1	4 124
USA	2	2	2	4 887	Frankreich	3	1	2	3 733
Italien	5	5	3	3 231	Niederlande	1	2	3	3 128
Niederlande	3	4	4	3 157	Italien	6	5	4	2 977
Polen	9	7	5	3 106	Belgien	2	4	5	2 890
Belgien	7	8	6	2 503	USA	4	6	6	2 633
China	10	9	7	2 385	Spanien	10	7	7	1 999
Vereinigtes Königreich	4	3	8	2 336	Polen	8	8	8	1 988
Spanien	6	6	9	2 335	Österreich	11	9	9	1 822
Österreich	8	10	10	2 285	Schweiz	7	10	10	1 664
Türkei	13	13	11	1 630	Tschechien	12	12	11	1 582
Schweiz	12	11	12	1 504	Ungarn	13	13	12	914
Tschechien	11	12	13	1 351	Vereinigtes Königreich	9	11	13	885
Insgesamt	x	x	x	54 087	Insgesamt	x	x	x	35 407
1 Vorläufig.									

¹ Vorläufig.



Rheinland-Pfalz weniger attraktiv für Importe aus Großbritannien

Importwerte
liegen deutlich
niedriger

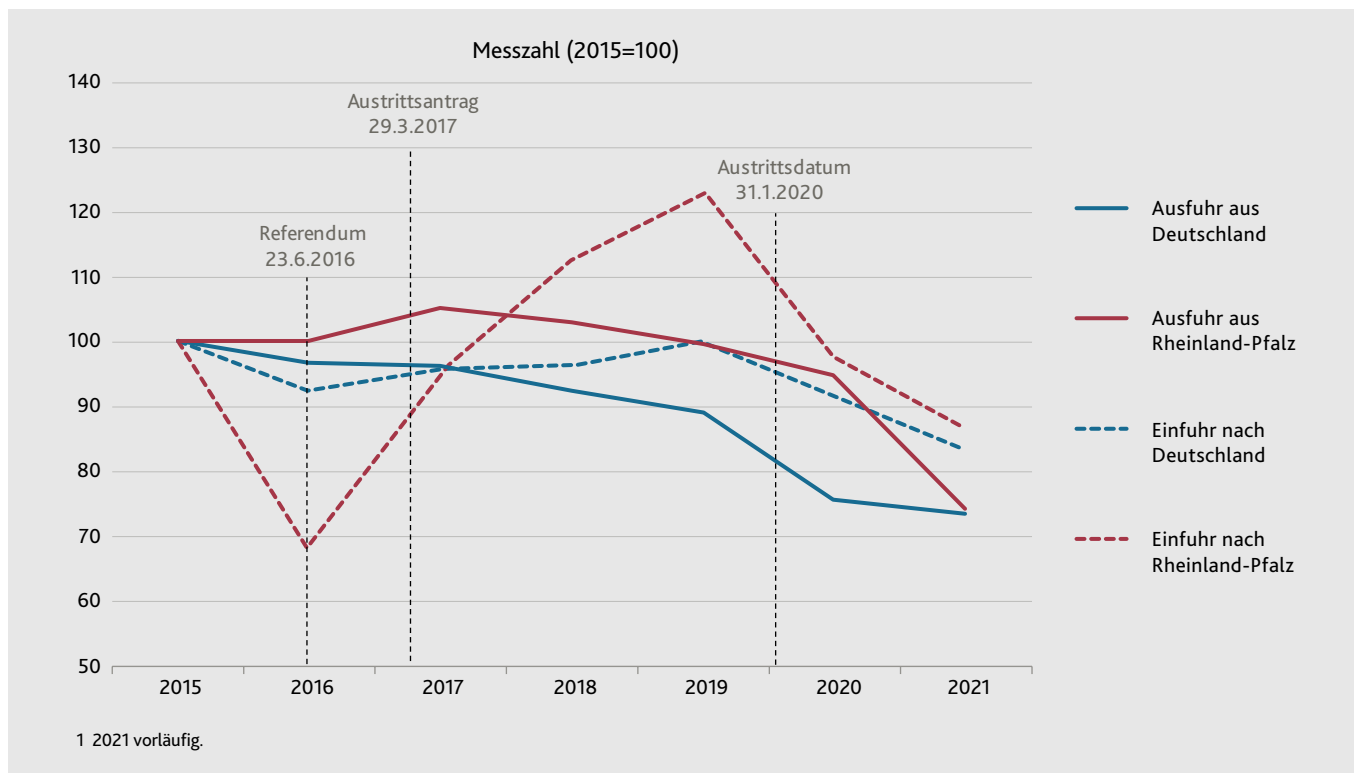
Für die rheinland-pfälzische Wirtschaft waren die Einfuhren aus Großbritannien im Vergleich zu den Exporten von geringerer Bedeutung. Zu Beginn des Beobachtungszeitraumes 1993 rangierten die britischen Einfuhren mit einem Anteil von 4,8 Prozent auf dem neunten Platz. In den Jahren vor bzw. unmittelbar nach dem Referendum änderte sich nichts an dieser Position. Mit dem Austritt zum Jahresbeginn in 2020 reduzierten sich die britischen Einfuhren und belegten in der Rangfolge der Einfuhrländer mit einem Anteil von 3,1 Prozent den zwölften Platz. Bereits ein Jahr später schrumpfte der Wert der eingeführten Güter auf 2,1 Prozent an allen Einfuhren und verschlechterte sich um einen Platz auf Nummer 13.

Bedeutung der britischen Einfuhren für Deutschland größer

Der Anteil der eingeführten Waren aus Großbritannien an den bundesweiten Importen lag 1993 mit der Einführung des Binnenmarktes bei sechs Prozent. Damit standen die britischen Importeure an der fünften Stelle der bedeutendsten Einfuhrländer. Mit dem Eintreten der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2007 nahmen die Einfuhren aus China deutlich zu. In der Folge dieser Entwicklung reduzierte sich der Anteilswert der eingeführten Güter aus Großbritannien trotz gleichbleibendem Wert. Dies änderte sich mit der Verabschiedung des Referendums. Danach gingen mit den Rückgängen in den Anteilen Abnahmen beim Warenwert einher. Mit dem Austritt 2020 entwickelten die rückläufigen Wirt-

Deutliche
Rückgänge ab
2020

G4 Außenhandel von Rheinland-Pfalz und Deutschland mit dem Vereinigten Königreich 2015–2021¹



T2 Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich 2021¹ nach ausgewählten Erzeugnissen

Erzeugnisse	Ausfuhren				Erzeugnisse	Einfuhren			
	insgesamt	Veränderung zu				insgesamt	Veränderung zu		
		2015	2019	2020			2015	2019	2020
	Mill. EUR	%				Mill. EUR	%		
Chemische Erzeugnisse	368,9	9,4	25,4	49,4	Chemische Erzeugnisse	324,9	-38,4	-56,0	-46,3
Kraftwagen und -teile	522,2	-56,8	-38,4	-14,7	Maschinen	89,4	-7,1	-12,7	24,6
Maschinen	417,2	-7,1	-32,6	-7,9	Datenverarbeitung	102,9	12,0	-5,7	0,1
Gummi- und Kunststoffe	242,2	-1,6	-2,7	3,9	Metalle	98,5	-18,4	-40,8	-26,5
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	183,1	-61,0	-61,4	-51,2	Nahrungs-, Futtermittel	42,0	128,6	170,4	28,9
Metallerzeugnisse	95,5	12,4	-28,6	-9,6	Sonstige Fahrzeuge	26,8	288,7	302,8	96,4
Holz, Holzwaren, Kork u. Ä.	50,7	22,4	39,1	35,3	Gummi- und Kunststoffe	44,8	-8,5	-1,2	8,9
Metalle	47,7	-68,9	-32,7	18,1	Kraftwagen und -teile	84,1	-83,3	-60,4	-64,5
Papier und Pappe	47,4	-46,1	40,8	17,0	Metallerzeugnisse	26,6	3,1	2,2	9,2
Leder und Lederwaren	27,6	29,5	17,0	88,0	Glas und andere Glaswaren	20,2	4,2	54,2	12,7
Datenverarbeitung	88,0	15,1	-46,4	-46,6	Elektrische Ausrüstungen	15,3	-45,9	12,5	47,6
Elektrische Ausrüstungen	79,9	-27,1	-65,9	-50,8	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	81,8	-80,6	-74,1	-79,7
Nahrungs-, Futtermittel	96,8	-60,5	-59,5	-59,6	Papier und Pappe	25,1	-49,6	-59,8	-53,1
Sonstige Fahrzeuge	44,0	93,1	25,0	-16,7	Textilien	4,6	227,8	-0,2	55,8
Insgesamt	2 557,5	-32,2	-28,4	-8,6	Insgesamt	1 099,8	-30,1	-28,4	-19,5
1 Vorläufig.									

1 Vorläufig.

schaftsbeziehungen zwischen deutschen und britischen Unternehmen eine neue Dynamik. Innerhalb von einem Jahr sank der Anteil der Importe aus dem Vereinigten Königreich um 0,7 Prozentpunkte auf 2,7 Prozent. Wie in Rheinland-Pfalz entspricht dies im Ranking der Importländer dem 13. Platz.

Wechselnder Exportschwerpunkt im Verlauf des Austrittsprozesses

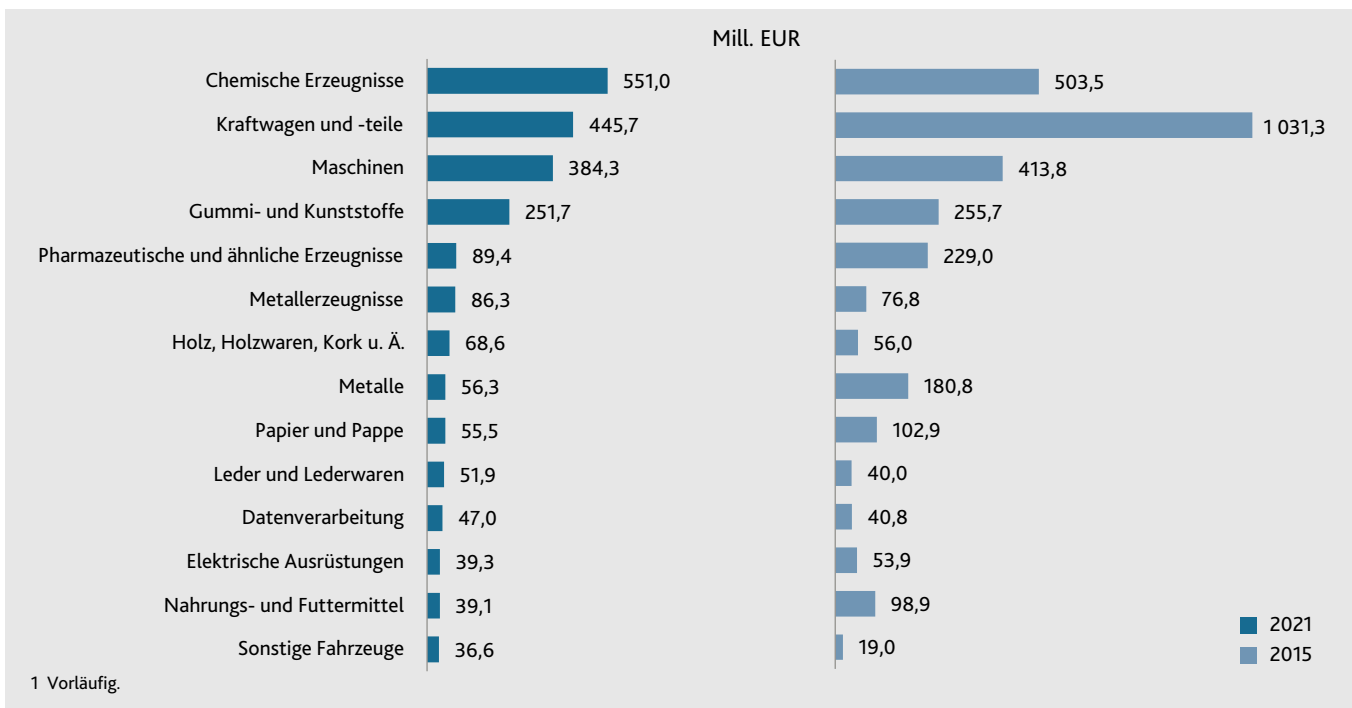
2016: Kraftwagenbranche größtes Gewicht

Zum Zeitpunkt des Referendums zählten Kraftfahrzeuge sowie Kraftwagenteile zu den bedeutendsten Ausfuhrsgütern. Mit deutlichem Abstand machten sie 28 Prozent aller Exporte aus. Mit jeweils rund

13 Prozent folgten die Bereiche „Maschinen“ und „Chemische Erzeugnisse“. Mehr als die Hälfte aller Exporte entfielen somit auf diese drei Gütergruppen, die sich durch eine ausgeprägte Exportorientierung auszeichneten. Mit einem durchschnittlichen Anteil der Auslandsumsätze von jeweils knapp 70 Prozent in 2016 und 2021 lag dieser in den drei Wirtschaftszweigen deutlich über der Exportquote von Rheinland-Pfalz von rund 55 Prozent in diesen beiden Jahren.

In den folgenden Jahren und vor allem in 2021 gingen die Einnahmen aus den Ausfuhren von Kraftwagen sowie Kraftwagenteilen merklich zurück. Betrug die Exporte in diesem Segment 2016 noch rund eine

Exportrückgang in Kfz-Branche

G5 Ausfuhren 2015 und 2021¹ in das Vereinigte Königreich nach ausgewählten Erzeugnissen

2021:
Chemische
Erzeugnisse
mit höchstem
Ausfuhranteil

Milliarde Euro, so hat sich dieser Wert 2021 mit 446 Millionen Euro mehr als halbiert. Zum Großteil handelte es sich hier um LKW mit Kolbenverbrennung und andere Teile und Zubehör. Damit wurden 45 Prozent der Exportrückgänge von rund 1,3 Milliarden Euro von 2016 bis 2021 von der Kraftfahrzeugbranche verursacht. Auch im Maschinenbereich waren die Einnahmen aus den Exporten rückläufig. Hier wurden von 2016 bis 2021 rund 23 Prozent weniger Ausfuhren getätigt. Aufgrund eines Exportanstiegs in 2021 lagen die Ausfuhren der Chemischen Industrie um zwölf Prozent höher. Dies führte zu einem Branchenwechsel an der Spitzenposition der höchsten Exporte: Im Jahr 2021 zählten mit einem Anteil von 24 Prozent die chemischen Erzeugnisse zu den bedeutendsten Ausfuhrsgütern nach Großbritannien.

Die größten Rückgänge der ausgeführten Güter gab es in der Pharmaindustrie. Mit

einem Ordervolumen von 89 Millionen Euro wurden 2021 nur noch 27 Prozent des Exportvolumens von 2016 nachgefragt. Diese Abnahmen machten knapp 20 Prozent der Exportrückgänge in Rheinland-Pfalz aus.

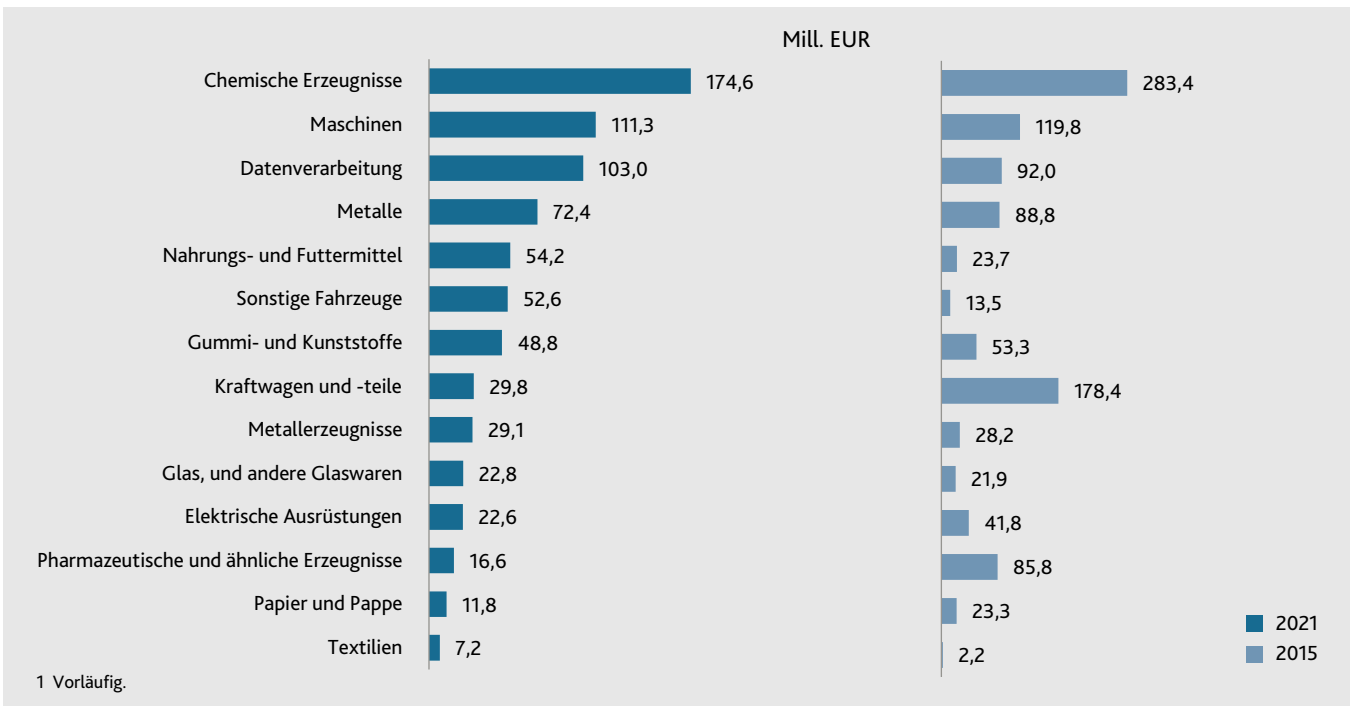
In drei Branchen kam es zu keinem Nachfragerückgang: Bei dem sonstigen Fahrzeugbau sowie der Gruppe der Leder und Lederwaren stieg die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Gütern deutlich an. Die hohen Zuwachsraten von 51 bzw. 52 Prozent sind aufgrund des relativ geringen Exportwertes auch auf Niveaueffekte zurückzuführen. Um knapp 30 Prozent stiegen die Ausfuhren der Gruppe Holz und Holzwaren an.

Einfuhren unterschreiten die Milliarden-Grenze

Nach dem Referendum am 23. Juni 2016 stiegen die Einfuhren bis 2018 nochmals

Einfuhren sinken um mehr als ein Viertel

G6 Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich 2015 und 2021¹ nach ausgewählten Erzeugnissen



deutlich an und lagen bei einem Höchstwert von 1,5 Milliarden Euro – danach fielen sie kontinuierlich ab. Im Jahr 2021 wurden nur noch Waren im Wert von 885 Millionen Euro aus dem Vereinigten Königreich importiert.

Chemische Erzeugnisse mit größtem Importanteil

Die Erzeugnisstruktur der Einfuhren zeigt die engen Verflechtungen der rheinland-pfälzischen und britischen Wirtschaft. Die meisten Importe wurden wie bei den Ausfuhren in den Bereichen chemische Erzeugnisse, Kraftwagen und Kraftwagen-teile sowie Maschinen getätigt. Im Jahr des Referendums wurden rund 23 Prozent Chemische Erzeugnisse eingeführt. Der Anteil der Kraftwagenbranche lag bei 14 Prozent und der Anteil der importierten Maschinen betrug zehn Prozent. Die nachlassenden Geschäftstätigkeiten zeigen sich hier noch deutlicher als bei den Exporten: Gemessen an den Einfuhrausgaben 2016 wurden nach

dem EU-Austritt 2021 nur noch 60 Prozent der Chemischen Erzeugnisse eingeführt. Im Fall der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile lag die Abnahme sogar bei über 80 Prozent. Damit erklären diese beiden Branchen über drei Viertel der gesamten Einfuhrrückgänge nach Rheinland-Pfalz. Bei der Produktgruppe der Maschinen fielen die Rückgänge moderater aus. Die Einfuhren reduzierten sich um zehn Prozent.

Großer Einfluss der britischen Exportrückgänge auf den Gesamtwert

Die rheinland-pfälzischen Exportrückgänge von 2016 bis 2021 sind mit einem Anteil von 73 Prozent auf die Ausfuhrausfälle des britischen Marktes zurückzuführen. Dieser Schwerpunkt lässt sich bei den Importen, sicherlich aufgrund der geringeren Bedeutung des Vereinigten Königreichs für die rheinland-pfälzischen Einfuhren, nicht

73 Prozent der Exportrückgänge auf Großbritannien zurückzuführen



erkennen. Die Rückgänge der Importwerte aus Großbritannien erklären nur rund 4,3 Prozent der gesamten Abnahmen.

Die rheinland-pfälzischen Rückgänge im Bereich der Kraftwagen und Kraftwagenteile beliefen sich im Betrachtungszeitraum von 2016 bis 2021 sogar auf rund 580 Millionen Euro (–29 Prozent). Diese Branche war vor allem von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Bis heute unterbrechen Lieferengpässe bei den Zulieferteilen

Außenhandelsstatistik für Rheinland-Pfalz

Die Außenhandelsstatistik für Rheinland-Pfalz erfasst zum einen die Waren, die von Rheinland-Pfalz aus ins Ausland ausgeführt werden, und zum anderen die Waren, die von dort nach Rheinland-Pfalz eingeführt werden. Die Außenhandelsstatistik wird zentral vom Statistischen Bundesamt für die Bundesrepublik Deutschland erhoben und nach Ländern und Warenarten gegliedert aufbereitet. Die Erfassung der Warenbewegungen mit den Mitgliedsländern der EU (Intrahandel) erfolgt direkt bei den Unternehmen. Die Warenbewegungen mit den Ländern außerhalb der EU (Extrahandel) werden im Rahmen der Zollverfahren ermittelt. Die Importe umfassen alle eingehenden Waren (Generalhandel), während die Exporte den Handel über Zolllager und Freizonen nicht enthalten.

die Fertigungsketten und ziehen somit Produktionsrückgänge nach sich. Trotz dieser Corona-Einflüsse belaufen sich die Nachfragerückgänge bei den Exporten nach Großbritannien auf 29 Prozent. Die Rückgänge bei den Maschinenexporten in das Vereinigte Königreich 33 Prozent der gesamten Abnahmen in diesem Bereich. In einigen Branchen, wie z. B. der Pharmaindustrie oder den elektrischen Ausrüstern, fallen die Exportausfälle nach Großbritannien größer aus als die gesamten Rückgänge. Das heißt, durch Exportzunahmen in andere Länder konnten die Ausfälle aus Großbritannien kompensiert werden.

Eine genauere Abschätzung der Auswirkungen des Brexits auf den rheinland-pfälzischen Außenhandel kann vor allem durch die zeitgleich auftretenden Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht vorgenommen werden. Diese hat wie im Fall des Kraftwagen- und Kraftwagenteilhandels zu sehen ist, zu erheblichen Verwerfungen geführt. Ohne genaue Bezifferung der Einflüsse ist dennoch deutlich geworden, dass der Brexit bei den exportorientierten rheinland-pfälzischen Unternehmen zum Teil zu erheblichen Einbußen geführt hat.

Petra Wohnus, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken“. Inga Haferstock, M.A., ist Mitarbeiterin in diesem Referat.



Unternehmensdemografie in Rheinland-Pfalz

Neue Daten des Unternehmensregisters zu Gründungen und Schließungen von Unternehmen



Von Leonie Diel

Die Unternehmensdemografie betrachtet das Gründungs- und Schließungsgeschehen von Unternehmen und ihren Bestand am Markt. Dabei steht die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit – und nicht die rechtliche Gründung oder Schließung eines Unternehmens – im Fokus. Die Daten hierzu entstammen dem statistischen Unternehmensregister (URS). Bislang wurde die Statistik ausschließlich auf Bundesebene erstellt. Dieser Beitrag erläutert die Methodik und Begrifflichkeiten der Unternehmensdemografie und veröffentlicht erstmals Daten auf Landesebene zum Berichtsjahr 2019. Ab 2023 werden auch Informationen zur regionalen Unternehmensdemografie aufgrund von geänderten EU-Vorgaben verpflichtend, sodass künftig auch Daten auf Kreisebene zur Verfügung stehen werden.

Unternehmensdemografie: Hintergrund und Weiterentwicklung

Wirtschafts-
politik will
Gründungen
fördern

Die Start-up- und Gründerszene genießt in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung eine besondere Aufmerksamkeit. Sie wird als Motor für die Dynamik und Innovationskraft der Wirtschaft und damit einhergehend dem Entstehen von neuen Arbeitsplätzen gesehen. Um die Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer bestmöglich zu gestalten, setzen viele wirtschaftspolitische Maßnahmen am Gründungsgeschehen an.

Auf Landesebene ist die Förderung von Unternehmensgründungen als Ziel im Koalitionsvertrag 2021 bis 2026 formuliert:

Rheinland-Pfalz soll zum „Spitzenland für Unternehmensgründungen“ werden.¹ Dieses Vorhaben wird durch Förderprogramme wie zum Beispiel dem Gründungsstipendium „Start.in.RLP“² oder dem Wettbewerb „startup innovativ“³ gestützt. Des Weiteren hat die Landesregierung das Ziel formuliert, speziell den Biotechnologie-

Verschiedene
Förder-
programme

1 Landesregierung Rheinland-Pfalz: Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026. Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen. Mainz 2021, S. 51.

2 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz: Start.in.RLP. <https://gruenden.rlp.de/de/startinrlp/> [abgerufen am: 3.8.2022].

3 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz: startup innovativ 2022 – mit Sonderedition Smart Services in der Gesundheitswirtschaft. <https://gruenden.rlp.de/de/startseite/startup-innovativ/> [abgerufen am: 3.8.2022].



Daten zur Unternehmensdemografie basieren auf EU-Vorgaben

standort Mainz zu stärken und „zu einem Zentrum für Start-ups aus der Biotechnologie weiterzuentwickeln“.⁴

Zur Beobachtung der realen Entwicklungen und Evaluierung der politischen Maßnahmen können statistische Daten ein wichtiges Instrument sein. Die Vorgaben für die Erstellung von amtlichen Statistiken über Unternehmen werden in der Regel auf EU-Ebene formuliert. Diese wiederum unterliegen verschiedenen Rahmenwerken. Dazu gehört unter anderem der Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice)⁵, der die Eckpfeiler des gemeinsamen Qualitätsrahmens des Europäischen Statistischen Systems darstellt. Im Grundsatz 11 „Relevanz“ wird gefordert, dass die angebotenen Statistiken dem Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer entsprechen.

Unternehmensdemografische Statistiken betrachten echte Gründungen und Schließungen von Unternehmen. Sie liefern Daten, die für die Wirtschaftspolitik und Gründungsförderung von Interesse und daher relevant sind.

Bundesergebnisse der Unternehmensdemografie seit 2009

Die Erfassung von unternehmensdemografischen Daten für Deutschland insgesamt ist seit 2009 (Berichtsjahr 2007) auf europäischer Ebene verpflichtend. Rechtsgrundlage bildet der Anhang IX der EU-Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik.⁶ Diese wird ab Berichtsjahr 2021 durch die Verordnung über

europäische Unternehmensstatistiken⁷ abgelöst.

Mit der Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen werden künftig nicht mehr nur Bundesergebnisse der Unternehmensdemografie an die europäische Statistikbehörde Eurostat geliefert. Die neue Rechtsgrundlage fordert ab dem Berichtsjahr 2021 auch Daten zur regionalen Unternehmensdemografie bis auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte (NUTS 3⁸). Die Ergebnisse werden 2023 zur Verfügung stehen. Der Bedarf von Politik und Wissenschaft an unabhängigen Daten zum Gründungsgeschehen auf regionaler Ebene wird somit in Zukunft besser durch die amtliche Statistik abgedeckt.

Ab 2023 auch regionale Daten

Zum Begriff: Ist jede Gründung ein Start-up?

Ein Start-up beschreibt im allgemeinen Sprachgebrauch (z. B. in Presse und Internet) ein kürzlich gegründetes Unternehmen mit einer innovativen Geschäftsidee und hohem Wachstumspotential. Nicht jedes neu gegründete Unternehmen ist daher ein Start-up. In der amtlichen Statistik ist der Begriff Start-up-Unternehmen bislang nicht definiert.⁹ Ursächlich hierfür ist, dass Start-ups im Speziellen nicht statistisch erfasst werden, sondern eine Teilmenge aller Gründungen bilden.

4 Landesregierung Rheinland-Pfalz: Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026. Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen. Mainz 2021, S. 49.

5 Vgl. Europäische Union: Verhaltenskodex für europäische Statistiken. Luxemburg 2018, S. 17.

6 Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Amtsblatt der EG Nr. L 97, S. 13), zuletzt geändert durch Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/2152 vom 27. November 2019 (Amtsblatt der EU Nr. L 327, S. 1).

7 Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (Amtsblatt der EU Nr. L 327, S. 1).

8 Die NUTS-Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik ist eine geografische Systematik, nach der das Gebiet der Europäischen Union in drei Hierarchiestufen eingeteilt wird. NUTS 3 entspricht in Deutschland den Kreisen und kreisfreien Städten. Vgl. Eurostat: NUTS-Klassifikation (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik). <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/nuts/background> [abgerufen am: 3.8.2022].

9 Vgl. Eurostat: The Statistics Explained Glossary. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Thematic_glossaries [abgerufen am: 3.8.2022].



Was beschreibt die Unternehmensdemografie?

Die Statistik zur Unternehmensdemografie umfasst

- die aktive Population an Unternehmen,
- Unternehmensgründungen,
- Unternehmensüberleben,
- Unternehmensschließungen,
- schnell wachsende Unternehmen

sowie abgeleitete Indikatoren wie z. B.

- Gründungsrate,
- Schließungsrate,
- Überlebensrate und
- Beschäftigungsanteile.

Fokus auf
Schaffung oder
Auflösung von
Produktions-
faktoren

Dabei steht die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit – und nicht die rechtliche Gründung oder Schließung eines Unternehmens – im Fokus. Echte (originäre) Gründungen und Schließungen sorgen für die Schaffung bzw. Auflösung von Produktionsfaktoren (z. B. Beschäftigte, Betriebsstätten, Anlagen). Dies geschieht ohne die Beteiligung anderer Unternehmen.

Bei der Unternehmensdemografie handelt es sich um eine Sekundärstatistik und nicht um eine Befragung beziehungsweise eine Erhebung. Die zentrale Datenbasis stellt das statistische Unternehmensregister (URS) dar, ergänzt um unterjährige Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzbehörden (siehe Textkasten). Diese Daten ermöglichen es, echte (originäre) Gründungen und Schließungen von rein strukturellen Veränderungen zu trennen.¹⁰

Zu den strukturellen Veränderungen zählen beispielsweise Fusionen, Übernahmen, Auflösungen, Spaltungen oder auch Umstruk-

¹⁰ Vgl. Rink, A./Seiwert, I./Opfermann, R.: Unternehmensdemografie: methodischer Ansatz und Ergebnisse 2005 bis 2010. In: Wirtschaft und Statistik, 6/2013, S. 422–439.

Statistisches Unternehmensregister

Das **statistische Unternehmensregister (URS)** ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank mit Informationen zu Niederlassungen, Rechtlichen Einheiten, Unternehmen und Unternehmensgruppen aus allen Wirtschaftsbereichen und deren Beziehungen zueinander. Quellen zur Pflege des statistischen Unternehmensregisters sind zum einen Daten aus Verwaltungs- und Statistikbereichen, wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Finanzbehörden, und zum anderen Aktualisierungsinformationen aus statistischen Erhebungen, die das statistische Unternehmensregister als Auswahlgrundlage nutzen, sowie Daten eines kommerziellen Datenbankanbieters. Das statistische Unternehmensregister wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt und aktualisiert. Es dient als wichtiges Instrument zur rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt dadurch zur Entlastung der Wirtschaft von Erhebungen bei.

Die nationale gesetzliche Grundlage über den Aufbau und die Führung des Unternehmensregisters bildet das **Statistikregistergesetz (StatRegG)**¹¹. Der europäische Rahmen für statistische Unternehmensregister wird durch die **EU-Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken**¹² vorgegeben.

¹¹ Statistikregistergesetz vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Februar 2021 (BGBl. I S. 266) geändert worden ist.

¹² Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (Amtsblatt der EU Nr. L 327, S. 1).



turierungen von Unternehmen. Durch sie werden keine Produktionsfaktoren neu geschaffen oder vernichtet, sondern nur zwischen Unternehmen umverteilt.

Unternehmens-
demografie
verwendet
EU-Unterneh-
mensbegriff

Der Begriff Unternehmen wird in der Unternehmensdemografie seit dem Berichtsjahr 2018 im Sinne der EU-Definition verwendet (siehe Textkasten).¹³ Ein Unternehmen bildet demnach eine wirtschaftende Einheit von einer oder mehreren Rechtlichen Einheiten. Das Unternehmen setzt Produktionsfaktoren zur Erzielung einer Wertschöpfung ein. Werden diese Produktionsfaktoren neu geschaffen oder aufgelöst, gilt dies als Gründung bzw. Schließung des Unternehmens. Die Existenz der einzelnen Rechtlichen Einheiten hingegen ist nicht Gegenstand der Unternehmensdemografie.

Unterschiede der Unternehmensdemografie zur Gewerbeanzeigenstatistik und Insolvenzstatistik

Fokus auf
rechtliche
Gründung oder
Schließung

Die Gewerbeanzeigenstatistik betrachtet die An- und Abmeldung von Gewerben. Die Insolvenzstatistik gibt Auskunft über eröffnete, abgewiesene und beendete Insolvenzverfahren. Beiden gemein ist daher der Fokus auf den Rechtsakt der Gründung beziehungsweise Schließung in Form der jeweiligen Gewerbemeldung, eines Handelsregistereintrags oder der Eröffnung amtsgerichtlicher Verfahren.

Bei Gewerbeanmeldungen handelt es sich um reine Absichtserklärungen. Der Nachweis, ob tatsächlich eine wirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen wird, erfolgt nicht. Darüber hinaus sind beispielsweise die Freien Berufe von einer Anmeldepflicht befreit. Ebenso las-

¹³ Vgl. Rink, A./Seiwert, I.: Aktuelle Entwicklungen in der Unternehmensdemografie. In: Wirtschaft und Statistik, 2/2021, S. 41–58.

Definition des Unternehmens in der amtlichen Statistik

Nach der EU-Definition entspricht ein **Unternehmen (UN)** der kleinsten Kombination Rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten aus.

Ein Unternehmen kann einer einzigen Rechtlichen Einheit entsprechen (einfaches Unternehmen) oder aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen (komplexes Unternehmen).

Eine **Rechtliche Einheit (RE)** ist die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Eine Rechtliche Einheit ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder Einzelunternehmer.

Seit 2016 wird der Unternehmensbegriff nach der EU-Definition schrittweise in der amtlichen Statistik eingeführt. Zuvor wurden Rechtliche Einheiten als Unternehmen bezeichnet.

In der Unternehmensdemografie erfolgte die Umstellung auf die Darstellungseinheit des Unternehmens nach EU-Definition zum Berichtsjahr 2018.



sen sich aus Insolvenzen keine echten Schließungen ermitteln, da eine Insolvenz nicht zwangsläufig zu einer Schließung im Sinne der Unternehmensdemografie – also der Auflösung der Produktionsfaktoren – führt.

Beide Statistiken beziehen sich zudem auf einzelne Rechtliche Einheiten und nicht das Unternehmen nach der EU-Definition.

Ein Vergleich der Unternehmensdemografie mit den Gründungs- und Schließungsdaten der Gewerbeanzeigen- bzw. Insolvenzstatistik ist durch die Verschiedenartigkeit der angewandten Methoden nur eingeschränkt möglich. Die Statistiken bedienen unterschiedliche Informationsbedarfe.

Umfang der Unternehmensdemografie

Auswertung
der Daten in
vier Teilen

Die Ergebnisse zur Unternehmensdemografie umfassen alle Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches (Wirtschaftsabschnitte B bis N und P bis S der WZ 2008¹⁴). Seit dem Berichtsjahr 2018 wird die Grundgesamtheit auf die Marktproduzenten beschränkt, das heißt auf Unternehmen, die den Sektoren 11 (nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften), 12 (finanzielle Kapitalgesellschaften) oder 14 (private Haushalte) der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) angehören. Nicht einbezogen sind Unternehmen der Sektoren 13 (Staat) und 15 (private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Die Auswertung erfolgt in vier Teilen:

1. Unternehmensdemografie aller Unternehmen (Business Demography)
2. Arbeitgeberdemografie (Employer Business Demography)

3. Schnell wachsende Unternehmen (High Growth Enterprises)

4. Regionale Unternehmensdemografie (Regional Business Demography)

Die Unternehmensdemografie aller Unternehmen umfasst sämtliche im Berichtsjahr aktiven Unternehmen, die bestimmte Aktivitätsschwellen – ab Berichtsjahr 2020 ein steuerbarer Jahresumsatz von 22 000 Euro (zuvor 17 500 Euro) und/oder mindestens eine sozialversicherungspflichtig beschäftigte Person – überschreiten.

Die Arbeitgeberdemografie berücksichtigt alle Unternehmen, die im Jahresdurchschnitt mindestens eine abhängig beschäftigte Person haben. Eine Arbeitgebergründung kann auch ein bereits zuvor existierendes Unternehmen sein, welches im Berichtsjahr erstmals eine Beschäftigte oder einen Beschäftigten einstellt. Eine Arbeitgeberschließung kann folglich auch ein Unternehmen sein, welches zwar weiterhin existiert, jedoch seine letzte beschäftigte Person entlässt. Die Arbeitgeberdemografie bildet somit die erstmalige Schaffung bzw. das Verschwinden von Arbeitsplätzen ab.

Als Beschäftigtenwerte werden „Abhängig Beschäftigte“ (Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und geringfügig entlohnt Beschäftigten) und „Tätige Personen“ als Durchschnittswerte nachgewiesen.

Als schnell wachsende Unternehmen werden solche bezeichnet, die über ein durchschnittliches jährliches Wachstum (gemessen an den Beschäftigten) von mehr als zehn Prozent je Jahr über einen Zeitraum von drei Jahren verfügen.

Unternehmens-
demografie:
Daten zur
Unternehmens-
population

Arbeitgeber-
demografie:
Daten zur
Arbeitgeber-
population

Schnell
wachsende
Unternehmen:
hohe Wach-
tumsdynamik

14 Statistisches Bundesamt: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Wiesbaden 2008.



Statistik der Unternehmensdemografie – Begriffe

Gründung

Eine Gründung nach der Definition der Unternehmensdemografie umfasst die Schaffung von Produktionsfaktoren, ohne dass andere Unternehmen an diesem Vorgang beteiligt sind.

Gründungsrate

Die Gründungsrate bezeichnet das Verhältnis der Anzahl der Gründungen zum Bestand an Unternehmen.

Schließung

Eine Schließung nach der Definition der Unternehmensdemografie umfasst die Auflösung von Produktionsfaktoren, ohne dass andere Unternehmen an diesem Vorgang beteiligt sind.

Schließungsrate

Die Schließungsrate bezeichnet das Verhältnis der Anzahl der Schließungen zum Bestand an Unternehmen.

Künftig Regionale Unternehmensdemografie

Die Regionale Unternehmensdemografie liefert künftig Daten bis auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte.

Daten für Rheinland-Pfalz zum Berichtsjahr 2019

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat erstmals die Ergebnisse der Unternehmensdemografie aller Unternehmen sowie der Arbeitgeberdemografie auf Landesebene ausgewertet.

2019: Gründungsrate von 9,6 Prozent

Im Jahr 2019 bestanden insgesamt 152 200 Unternehmen, von denen 14 700 Neugründungen waren. Dies entspricht einer Gründungsrate von 9,6 Prozent für die rheinland-

pfälzische Gesamtwirtschaft (Deutschland insgesamt: 9,4 Prozent). Das höchste Gründungsgeschehen verzeichnete der Abschnitt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (ohne Beteiligungsgesellschaften)“ mit einer Gründungsrate von 16 Prozent gefolgt vom „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (14 Prozent).

Bei der Verteilung der Gründungen über die Wirtschaftsabschnitte trug der Dienstleistungsbereich überdurchschnittlich zum Gründungsgeschehen in Rheinland-Pfalz bei. Dabei entfielen 20 Prozent aller Gründungen auf die „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“. Der „Handel (inklusive Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen)“ machte 15 Prozent und das „Gastgewerbe“ elf Prozent aller Gründungen aus. Weitere 37 Prozent waren Unternehmen der übrigen Dienstleistungsbereiche. Hierzu zählen die Wirtschaftsabschnitte „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (ohne Beteiligungsgesellschaften)“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“.

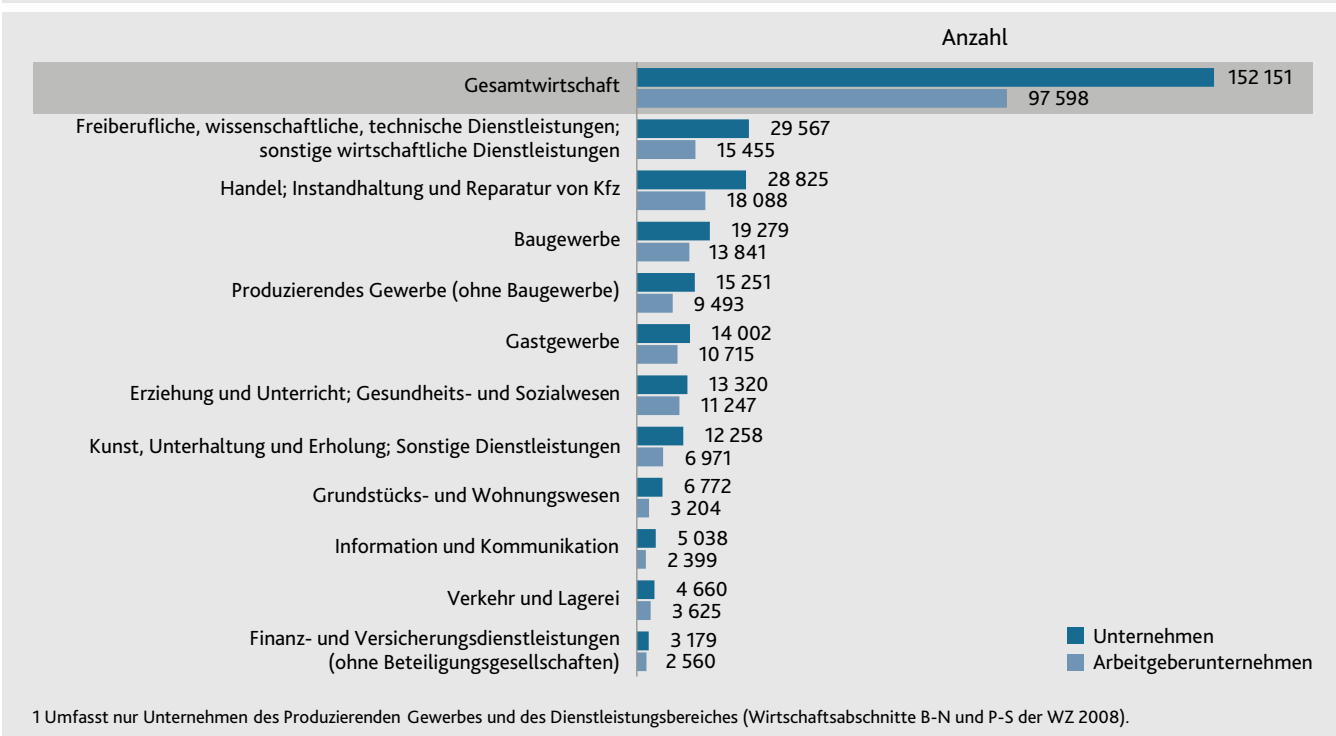
Dienstleistungsbereich birgt die meisten Gründungen

Im Jahr 2019 wurden 19 000 Unternehmen endgültig geschlossen, wodurch sich eine Schließungsrate der Gesamtwirtschaft in Rheinland-Pfalz von 12,5 Prozent ergibt (Deutschland insgesamt: 12,1 Prozent). Die höchsten Schließungsraten verzeichneten die Wirtschaftsabschnitte „Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ (18 Prozent) und „Gastgewerbe“ (16 Prozent).

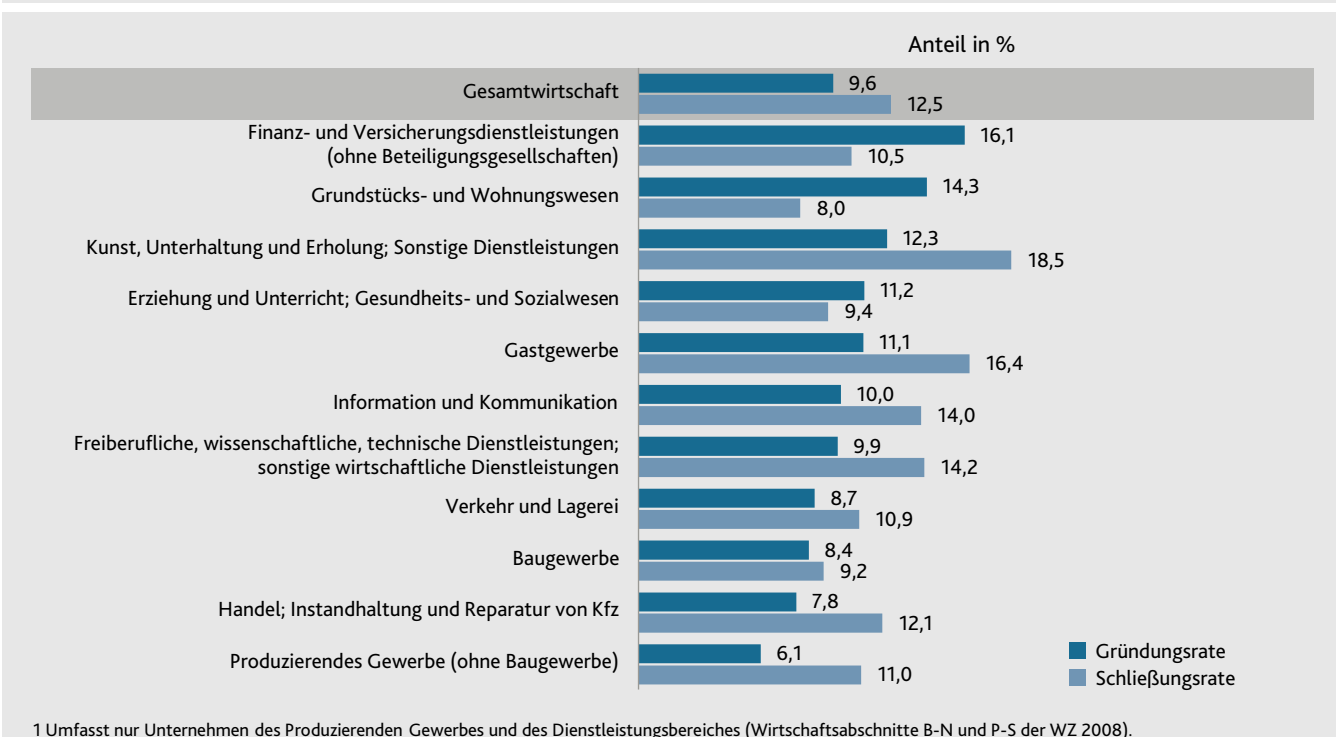
2019: Schließungsrate von 12,5 Prozent



G1 Unternehmen und Arbeitgeberunternehmen 2019 in ausgewählten Wirtschaftszweigen¹

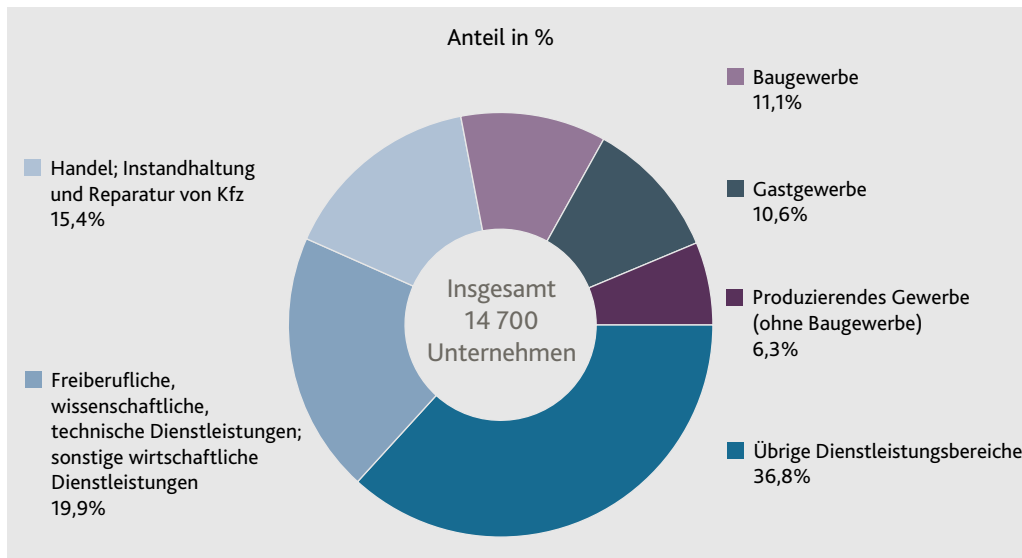


G2 Gründungs- und Schließungsraten 2019 in ausgewählten Wirtschaftszweigen¹

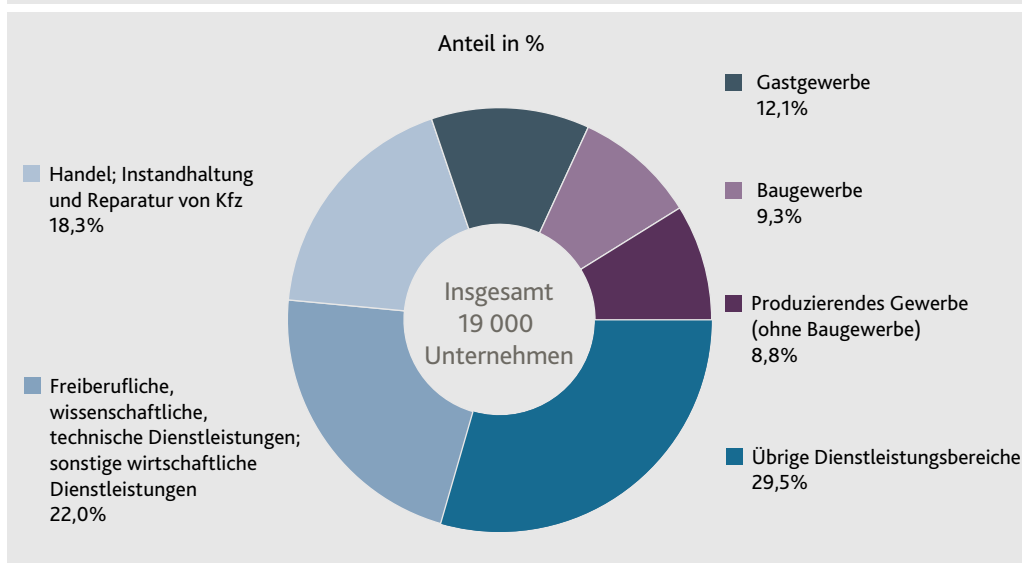




G3 Gründungen von Unternehmen 2019 nach Wirtschaftszweigen



G4 Schließungen von Unternehmen 2019 nach Wirtschaftszweigen



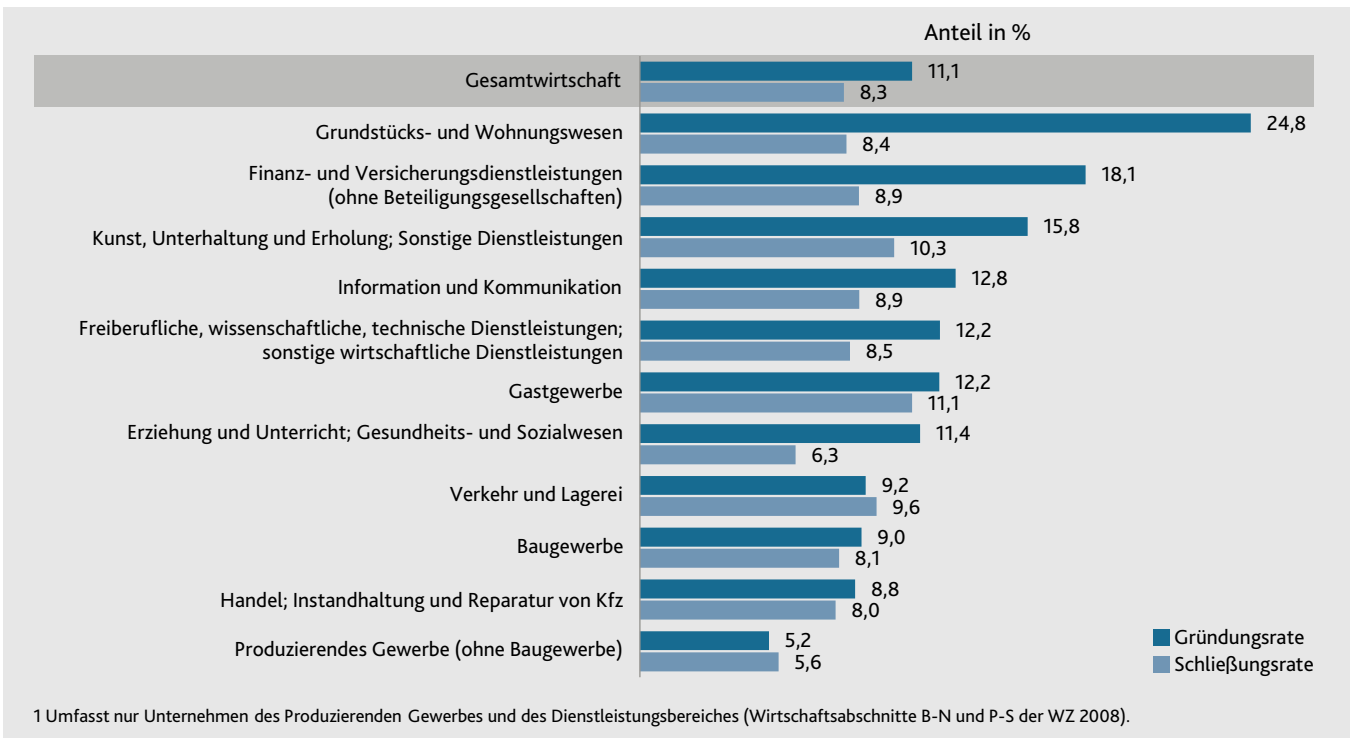
Dienstleistungsbereich auch bei den Schließungen maßgebend

Zum gesamten Schließungsgeschehen trugen – wie auch bei den Gründungen – die Unternehmen des Dienstleistungssektors überdurchschnittlich bei. Der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ machte 22 Prozent aller Schließungen

aus. Auf den „Handel (inklusive Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen)“ entfielen 18 Prozent der Schließungen. Der Bereich „Gastgewerbe“ hatte 2019 einen Anteil von zwölf Prozent an allen Schließungen. Weitere 29,5 Prozent aller Schließungen waren Unternehmen der übrigen Dienstleistungsbereiche.



G5 Gründungs- und Schließungsraten von Arbeitgeberunternehmen 2019 in ausgewählten Wirtschaftszweigen¹



Arbeitgeber-
population:
höhere
Gründungsrate,
geringere
Schließungsrate

Die Arbeitgeberdemografie berücksichtigt nur diejenigen Unternehmen, die im Jahresdurchschnitt abhängig Beschäftigte haben. Die Betrachtung dieser Teilmenge aller Unternehmensgründungen gibt Aufschluss über die mit den Gründungen bzw. Schließungen in Zusammenhang stehenden Arbeitsplätze. Im Jahr 2019 bestanden 97 600 Arbeitgeberunternehmen, von denen 10 800 als solche neu gegründet wurden oder erstmals Personal einstellten. Dies entspricht einer Gründungsrate der Arbeitgeberunternehmen von elf Prozent.

Bei der Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt sich auch bei der Arbeitgeberpopulation die höchste Dynamik im „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (25 Prozent) sowie der „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

(ohne Beteiligungsgesellschaften)“ mit einer Gründungsrate von 18 Prozent.

Ihr Arbeitgebertum beendet haben 8 100 Unternehmen mit abhängig beschäftigten Personen. Die Schließungsrate der Arbeitgeberunternehmen betrug damit 8,3 Prozent. In den besonders betroffenen Wirtschaftsabschnitten „Gastgewerbe“ sowie „Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ betrugen die Schließungsraten elf Prozent beziehungsweise zehn Prozent.

Gastgewerbe
besonders
betroffen

Ausblick

Bisher wurden zwei Teile der Unternehmensdemografie, die Unternehmensdemografie aller Unternehmen und die Arbeitgeberdemografie, für Rheinland-Pfalz ausgewertet und veröffentlicht. Ab dem Berichtsjahr



Regionale
Daten zukünftig
verfügbar

2021 ist die Erstellung und Lieferung von Daten zu allen vier Auswertungsteilen der Unternehmensdemografie an Eurostat verpflichtend, sodass auch Angaben unterhalb der Landesebene zur Unternehmensdemografie, der Arbeitgeberdemografie und den schnell wachsenden Unternehmen zur Verfügung stehen werden.

Die Ergebnisse der Landkreise und kreisfreien Städte liegen für das Berichtsjahr 2021 voraussichtlich in der zweiten Hälfte

des Jahres 2023 vor. Das Datenangebot des Statistischen Landesamtes wird entsprechend erweitert und bietet künftig mehr Informationen zum Gründungs- und Schließungsgeschehen in Rheinland-Pfalz.

Leonie Diel, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensregister, Verdienste, Preise“.



Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021

Jünger, häufiger ohne Bildungsabschluss und stärker von Armut bedroht



Von Dr. Julia Stoffel

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2021¹ hatte mehr als ein Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einen Migrationshintergrund. Dies bedeutet, dass gut 1,1 Millionen der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft nicht durch Geburt besitzen oder von mindestens einem Elternteil abstammen, auf das dies zutrifft. Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger und besitzen häufig eine geringere schulische bzw. berufliche Qualifikation als die übrige Bevölkerung. Auch ihre Beteiligung am Erwerbsleben ist unterdurchschnittlich. Zudem sind sie häufiger von Armut bedroht.

Mikrozensus als Datengrundlage

Datengrundlage,
Begriffe und
Definitionen

Bereits seit 2005 werden im Rahmen des Mikrozensus – einer repräsentativen Haushaltsbefragung – Daten erhoben, um Personen mit Migrationshintergrund abzubilden. Zur Abgrenzung dieses Personenkreises dient im Mikrozensus, dessen Ergebnisse Grundlage dieses Beitrags sind, folgende Definition: Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Im Einzelnen zählen hierzu:

- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,

- (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler,
- Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben, sowie
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.

Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges und ihre Nachkommen gehören hingegen nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ebenso wenig Personen, deren beide Eltern keinen Migrationshintergrund haben, und die mit deutscher Staatsangehörigkeit während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren sind, da in diesem Fall sie selbst wie auch ihre Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt besitzen.

¹ Erstergebnisse.



Bevölkerung mit
und ohne eigene
Migrations-
erfahrung

Der Migrationsstatus bzw. die Bevölkerung mit Migrationshintergrund kann weiter untergliedert werden. So ist es beispielsweise möglich, danach zu differenzieren, ob eine Person zugewandert, d. h. im Ausland geboren, oder nicht zugewandert, also in Deutschland geboren ist. Diejenigen, die im Ausland geboren wurden und somit zugewandert sind, werden auch als Personen mit eigener Migrationserfahrung bezeichnet. Dementsprechend zählt zu den Personen ohne eigene Migrationserfahrung der Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der in Deutschland geboren wurde und folglich nicht selbst zugewandert ist.

Weitere
Differenzierungs-
möglichkeiten

Weiter können anhand der jeweiligen Staatsangehörigkeit Deutsche von Ausländerinnen und Ausländern (einschließlich Staatenlose) oder spezielle Teilgruppen wie

Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Adoptierte identifiziert und getrennt nachgewiesen werden.

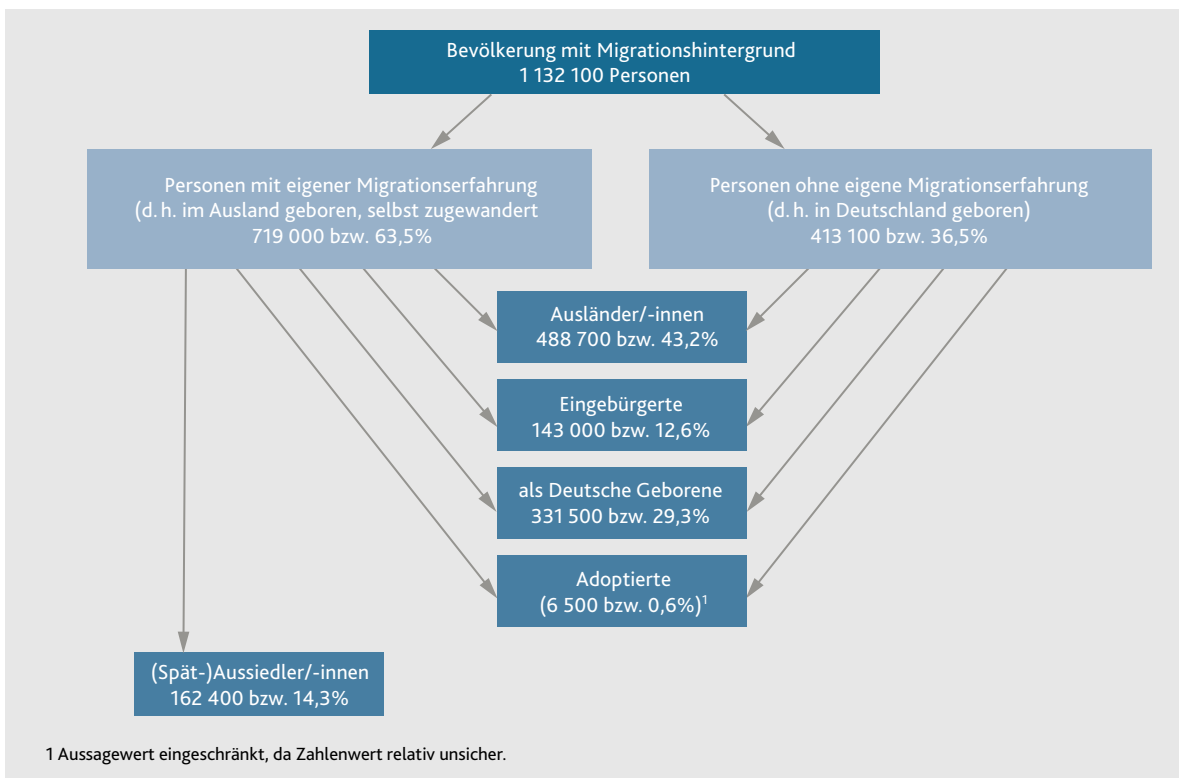
Mehr als eine Millionen Menschen mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2021 lebten in Rheinland-Pfalz über eine Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (1,13 Millionen).² Damit zählten 28 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zu dieser Bevölkerungsgruppe. Mehr als jede bzw. jeder Vierte in Rheinland-Pfalz besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt

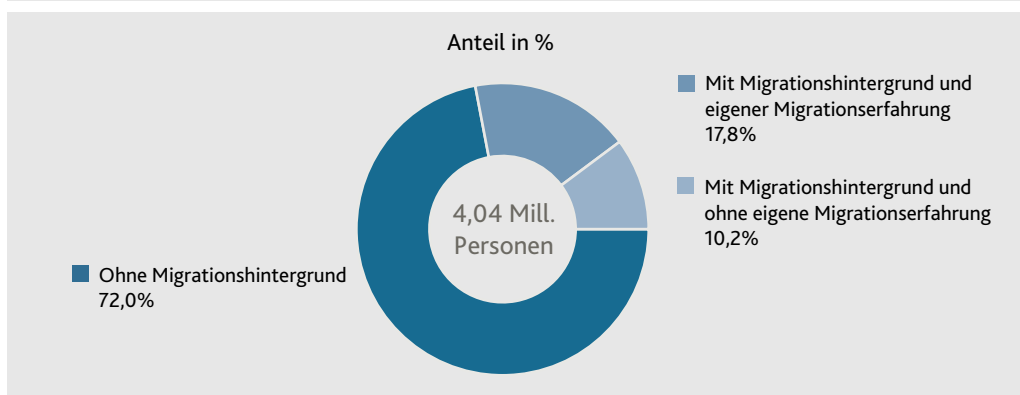
Mehr als jede
bzw. jeder vierte
Rheinland-Pfälzer
hat Migrations-
hintergrund

² Grundlage der Auswertungen ist im vorliegenden Fachbeitrag die Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. Ferner basiert die Darstellung der Ergebnisse auf der definitorischen Abgrenzung „Migrationshintergrund im weiteren Sinn“ (siehe hierzu den Textkasten „Migrationshintergrund im engeren und weiteren Sinn“).

Ü1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021 im Detail



G1 Bevölkerung 2021 nach Migrationshintergrund und Migrationserfahrung



oder stammt von wenigstens einem Elternteil ab, auf das dies zutrifft.

Gut die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund sind Deutsche

Mehr als jede zweite Person mit Migrationshintergrund besaß 2021 die deutsche Staatsangehörigkeit (643 400 Personen bzw. 57 Prozent). Die übrigen 488 700 Personen bzw. 43 Prozent waren Ausländerinnen und Ausländer.

Überwiegend eigene Migrationserfahrung

Fast zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund waren selbst nach Deutschland zugewandert, hatten also eigene Migrationserfahrung (64 Prozent). Diese Gruppe setzte sich wiederum zu 58 Prozent aus Ausländerinnen und Ausländern und 42 Prozent aus deutschen Staatsbürgerinnen und -bü-

gern zusammen. Der Ausländeranteil war damit in der Gruppe der Zugewanderten deutlich höher als in der Gruppe der Menschen ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländeranteil: 17 Prozent).

Vor allem jüngere Menschen mit Migrationshintergrund

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt in den jüngeren Altersgruppen erheblich über dem der mittleren und älteren Jahrgängen der Bevölkerung. Im Jahr 2021 belief er sich bei den unter 6-Jährigen auf rund 41 Prozent und bei den 6- bis unter 18-Jährigen auf 42 Prozent. Bei den 18- bis unter 30-Jährigen betrug er 34 Prozent, und in der Altersgruppe der 30- bis unter 60-Jährigen entsprach der Anteil der

T1 Bevölkerung 2021 nach Migrationshintergrund und Migrationserfahrung

Bevölkerungsgruppe	Bevölkerung	
	1 000	Anteil in %
Menschen ohne Migrationshintergrund	2 911	72,0
Menschen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne	1 132	28,0
Zugewanderte (Menschen mit eigener Migrationserfahrung)	719	17,8
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	417	10,3
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	302	7,5
nicht Zugewanderte (Menschen ohne eigene Migrationserfahrung)	413	10,2
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	71	1,8
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	342	8,5
Insgesamt	4 044	100



Menschen mit Migrationshintergrund mit 30 Prozent etwa dem Gesamtdurchschnitt. Mit 15 Prozent war er am geringsten bei den 60-Jährigen und Älteren.

Migrationshintergrund im engeren und weiteren Sinn

Im Mikrozensus wird zwischen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinn und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn unterschieden. Dies liegt im Frageprogramm des Mikrozensus sowie in dessen Anlage als Haushaltserhebung begründet. So können Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Merkmale keinen direkten Migrationshintergrund haben, jedoch von wenigstens einem Elternteil abstammen, das ausländisch, eingebürgert, (Spät-)Aussiedlerin bzw. (Spät-)Aussiedler oder von einem deutschen Elternteil adoptiert ist, und nicht mit diesem Elternteil im gleichen Haushalt leben, nur in den Erhebungsjahren 2005, 2009, 2013 sowie ab 2017 jährlich identifiziert werden. Sind diese Fälle in die Ergebnisdarstellung einbezogen (d. h., dass alle Informationen auch über die nicht im Haushalt lebenden Eltern genutzt werden), handelt es sich um die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn. Der Nachweis des Migrationshintergrundes im engeren Sinn bedeutet hingegen immer, dass nur jene Informationen über Eltern einbezogen werden, die mit der bzw. dem Befragten im gleichen Haushalt leben.

Die Darstellung der Ergebnisse basiert in diesem Beitrag auf die definitorische Abgrenzung „Menschen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn“.

Zwar war der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Altersgruppe bei den Minderjährigen am höchsten, gleichwohl hatten diese Personen eher selten eigene Migrationserfahrung. So wurden von den unter 6-Jährigen mit Migrationshintergrund 90 Prozent und von den 6- bis unter 18-Jährigen 72 Prozent in Deutschland geboren. In der Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen mit Migrationshintergrund hatte jeweils die Hälfte eigene bzw. keine eigene Migrationserfahrung. Bei den 30- bis unter 60-Jährigen sowie den 60-Jährigen und Älteren wurde – im Gegensatz zu den jungen Jahrgängen – jeweils die überwiegende Mehrheit im Ausland geboren, wiesen also eine eigene Migrationserfahrung auf; der Anteilswert belief sich auf 82 bzw. 90 Prozent.

Zuwanderung – wann, warum, woher?

Die Menschen mit eigener Migrationserfahrung sind diejenigen, die in der Vergangenheit selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugewandert sind. Von den 2021 in Rheinland-Pfalz lebenden Zugewanderten kamen 40 Prozent in den letzten elf Jahren – insbesondere im Jahr 2015 – nach Deutschland. Gut ein Viertel der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen mit eigener Migrationserfahrung wanderte in den 1990er-Jahren nach Deutschland ein (26 Prozent). Zwischen 2000 und 2009 sind knapp 14 Prozent zugezogen, gut elf Prozent vor 1980 und 9,4 Prozent in den 1980er-Jahren.

Nach dem Hauptgrund für den Zuzug nach Deutschland befragt, gab etwa die Hälfte der insgesamt in Rheinland-Pfalz lebenden Zugewanderten familiäre Gründe an (49 Prozent). Hierunter fallen die Famili-

Jüngere haben eher selten eigene Migrationserfahrung

40 Prozent der Zugewanderten kamen seit 2010 nach Deutschland

Familiäre Gründe sind das Hauptmotiv der Zuwanderung

T2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021 nach Altersgruppen und Migrationserfahrung

Altersgruppe	Bevölkerung mit Migrationshintergrund			
	insgesamt	mit eigener Migrationserfahrung		ohne eigene Migrationserfahrung
	1 000	Anteil an der jeweiligen Altersgruppe in %		
unter 6 Jahre	96	40,7	(10,1)	89,9
6 – 18 Jahre	183	41,9	28,5	71,5
18 – 30 Jahre	184	33,8	50,0	50,0
30 – 60 Jahre	494	30,0	82,4	17,6
60 Jahre und älter	176	14,9	89,9	10,1
Insgesamt	1132	28,0	63,5	36,5
() Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert relativ unsicher.				

() Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert relativ unsicher.

T3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021 nach Zuzugsjahr und Hauptmotiv der Zuwanderung

Zuzugsjahr	Bevölkerung mit Migrationshintergrund				
	Familiäre Gründe	Arbeit/ Beschäftigung	Flucht, Verfolgung, Vertreibung, Asyl	Sonstige Hauptgründe	Zusammen
	Anteil in %				
vor 1980	6,8	2,6	(0,9)	(1,2)	11,5
1980–1989	5,2	(0,9)	(1,3)	1,9	9,4
1990–1999	15,6	2,0	3,1	4,9	25,5
2000–2009	7,8	1,9	(0,8)	3,4	13,9
2010–2021	14,2	11,1	8,6	5,8	39,7
Insgesamt	49,5	18,7	14,7	17,1	100

() Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert relativ unsicher.

enzusammenführung sowie die Familien-
gründung. In allen hier betrachteten Zeit-
abschnitten des Zuzugs wurden jeweils
familiäre Gründe am häufigsten genannt.
Seit 2010 spielten aber auch die Arbeits-
perspektive sowie Flucht, Verfolgung, Ver-
treibung oder Asyl eine zunehmende Rolle.

Knapp zwölf Prozent der in Rheinland-Pfalz
lebenden Bevölkerung mit eigener Migra-
tionserfahrung wurden in Polen geboren,
gefolgt von Kasachstan (9,3 Prozent), der
Russischen Föderation (8,7 Prozent) und der
Türkei (7,3 Prozent). Weitere wichtige Her-
kunftsländer sind Syrien und Rumänien mit

jeweils 5,8 Prozent. Die in einem dieser sechs
Länder geborenen Zugewanderten machten
2021 annähernd die Hälfte der Bevölkerung
mit eigener Migrationserfahrung in Rhein-
land-Pfalz aus (49 Prozent).

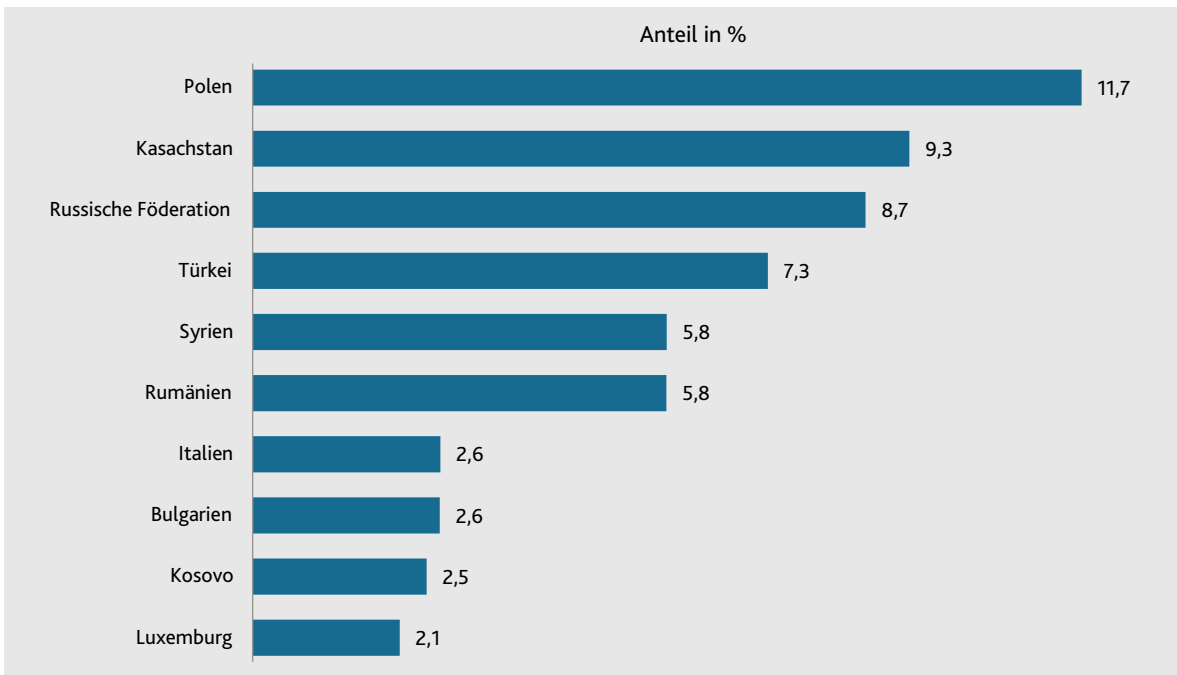
Über die Hälfte der in Polen geborenen
Zugewanderten kamen entweder seit 2010
(37 Prozent) oder in den 1980er-Jahren
(21 Prozent) nach Deutschland. Als Haupt-
motiv für den Zuzug nach Deutschland
gaben fast die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz
lebenden Menschen polnischer Herkunft
familiäre Gründe an (49 Prozent), gefolgt
von Arbeit und Beschäftigung (29 Prozent).

Polen

Polen ist Geburts-
land Nr. 1 unter den
Zugewanderten



G2 Die zehn häufigsten Geburtsländer der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung 2021



Kasachstan
und Russische
Föderation

Die aus Kasachstan und der Russischen Föderation stammenden Mitbürgerinnen und Mitbürger wanderten überwiegend in den 1990er-Jahren ein (75 Prozent bzw. 63 Prozent). Dieses Zuwanderungsgeschehen dürfte in engem Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetunion stehen. Für die Menschen dieser beiden Herkunftsländer waren familiäre Gründe mit Abstand das bedeutendste Motiv für die Migration (Kasachstan: 71 Prozent, Russische Föderation: 67 Prozent).

Türkei

Die Mehrheit der in der Türkei geborenen Zuwanderer reisten entweder vor 1980 (31 Prozent) oder in den 1990er-Jahren (26 Prozent) ein. Auch das Gros der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten gab familiäre Gründe als hauptsächliches Zuzugsmotiv an (71 Prozent).

Syrien und
Rumänien

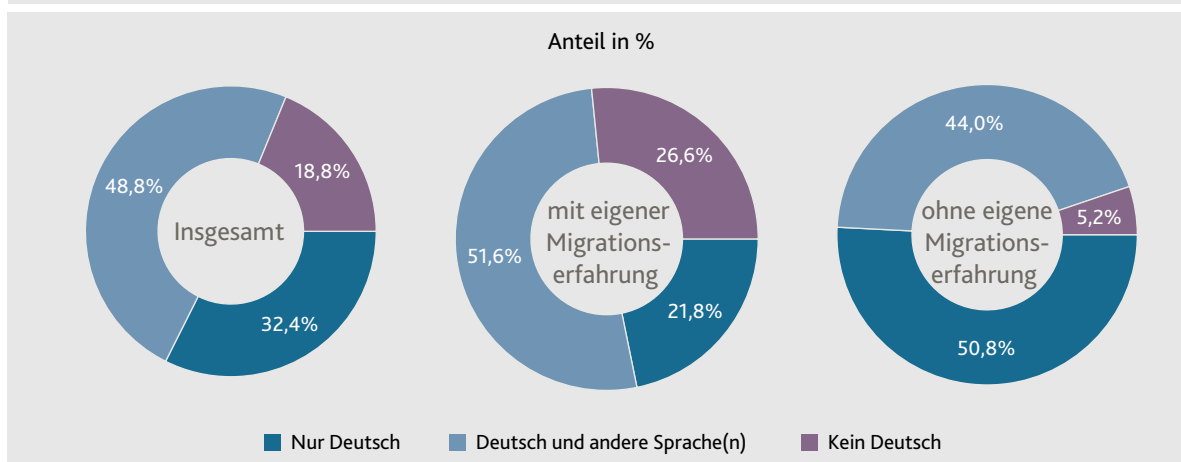
Die rheinland-pfälzischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Syrien oder Rumänien

geboren wurden, kamen größtenteils seit 2010 nach Deutschland, insbesondere die Menschen aus Syrien (94 Prozent; Rumänien: 67 Prozent). Vor dem Hintergrund des syrischen Bürgerkrieges verlegten mehr als drei Viertel der in Syrien geborenen Zuwanderer aufgrund von Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland (77 Prozent). Die Aussicht auf einen (besseren) Arbeitsplatz bewog 42 Prozent der Bürgerinnen und Bürger rumänischer Herkunft nach Deutschland einzureisen. Die für Rumänien seit 2014 geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfte hierbei eine entscheidende Rolle gespielt haben. Etwa ebenso viele der aus Rumänien stammenden Zugewanderten kamen aus familiären Gründen nach Deutschland (41 Prozent).

Fast drei Viertel der in Rheinland-Pfalz lebenden Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung waren bei der Einreise nach

Einreise im Schnitt
mit 24 Jahren

G3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021 nach Migrationserfahrung und zu Hause gesprochener Sprache



Deutschland im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren (74 Prozent), gut ein Viertel war jünger als 15 Jahre (26 Prozent). Nur sehr wenige Zugewanderte hatten bereits das 65. Lebensjahr vollendet. Im Durchschnitt waren die Zugewanderten bei Einreise 24 Jahre alt.

Das Gros der Menschen mit Migrationshintergrund spricht zu Hause (auch) Deutsch

Nur Deutsch:
32 Prozent

Im Jahr 2021 sprach annähernd ein Drittel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund zu Hause ausschließlich Deutsch (32 Prozent). Mehr als die Hälfte dieses Personenkreises waren deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger, die in Deutschland geboren wurden (54 Prozent).

Deutsch und andere Sprache(n):
49 Prozent

Fast jede bzw. jeder Zweite mit Migrationshintergrund gab an, neben Deutsch mindestens noch eine andere Sprache zu Hause zu sprechen (49 Prozent). Rund 32 Prozent dieser Personen sprachen jedoch in erster Linie Deutsch. Am zweit- bzw. dritthäufigsten wurde Russisch (14 Prozent) bzw. Tür-

kisch (elf Prozent) als vorwiegend zu Hause gesprochene Sprache genannt.

Beinahe ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund sprach zu Hause kein Deutsch (19 Prozent). Bei diesen Personen handelte es sich größtenteils um Ausländerinnen und Ausländer mit eigener Migrationserfahrung (79 Prozent). Die Menschen, die zu Hause kein Deutsch sprachen, unterhielten sich am häufigsten auf Arabisch (zwölf Prozent), Polnisch (zwölf Prozent), Rumänisch (9,3 Prozent) oder Russisch (8,7 Prozent).

Ausschließlich andere Sprache(n):
19 Prozent

Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Schnitt deutlich jünger

Dass vor allem jüngere Menschen einen Migrationshintergrund aufweisen, spiegelt sich auch in der unterschiedlichen Altersstruktur der Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund wider. So fiel der Anteil der Jüngeren (unter 15 Jahren) bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 21 Prozent wesentlich höher aus als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (elf Prozent). Die Anteilswerte der Perso-

Nur zehn Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund 65 Jahre oder älter



Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Neben der seit 1996 integrierten europäischen Arbeitskräfteerhebung wird seit dem Erhebungsjahr 2020 auch die bisher separat durchgeführte europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen im Mikrozensus erhoben. Die Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten ist seit dem Erhebungsjahr 2021 ebenfalls Bestandteil des Mikrozensus. Durch die Integration dieser neuen Bestandteile ergeben sich viele neue Auswertungsmöglichkeiten. Der neugestaltete Mikrozensus ist jedoch auch mit methodischen Änderungen verbunden. Neben dem Fragenprogramm wurden die Konzeption der Stichprobe, sowie mit der Einführung eines Online-Fragebogens auch die Form der Datengewinnung verändert.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenbene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Bildungsstand. In vierjährigen Abständen werden zudem themenspezifische Zusatzprogramme (unter

anderem zum Pendlerverhalten und zur Wohnsituation der Bevölkerung) erhoben.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, die zum Teil zweimal pro Jahr befragt werden.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse, denen eine geringe Fallzahl zugrunde liegt (70 oder weniger), nicht veröffentlicht und Ergebnisse, denen 71 bis unter 120 Fälle zugrunde liegen, in veröffentlichten Tabellen in Klammern gesetzt.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Die Entwicklungen von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgen im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes in Folge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt. Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011. Die aktuelle gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

nen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) unterschieden sich bei den beiden Bevölkerungsgruppen weniger stark; die Anteile beliefen sich 2021 auf 68 Prozent (mit Migrationshintergrund) bzw. 63 Prozent (ohne Migrationshintergrund). In der Folge bedeutet dies, dass nur jede zehnte Person mit Migrationshintergrund zu den Älteren ab 65 Jahren zählte (zehn Prozent), aber jede vierte Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer ohne Migrationshintergrund bereits das 65. Lebensjahr vollendet hatte (26 Prozent).

Menschen mit Migrationshintergrund durchschnittlich elf Jahre jünger

Die unterschiedlich starke Besetzung der einzelnen Altersklassen bzw. -jahre wirkt sich auch auf das Durchschnittsalter aus. Im Jahr 2021 waren die Menschen mit Migrationshintergrund im Mittel 36 Jahre alt und damit elf Jahre jünger als die Bürgerinnen und Bürger ohne Migrationshintergrund (Durchschnittsalter: 47 Jahre).

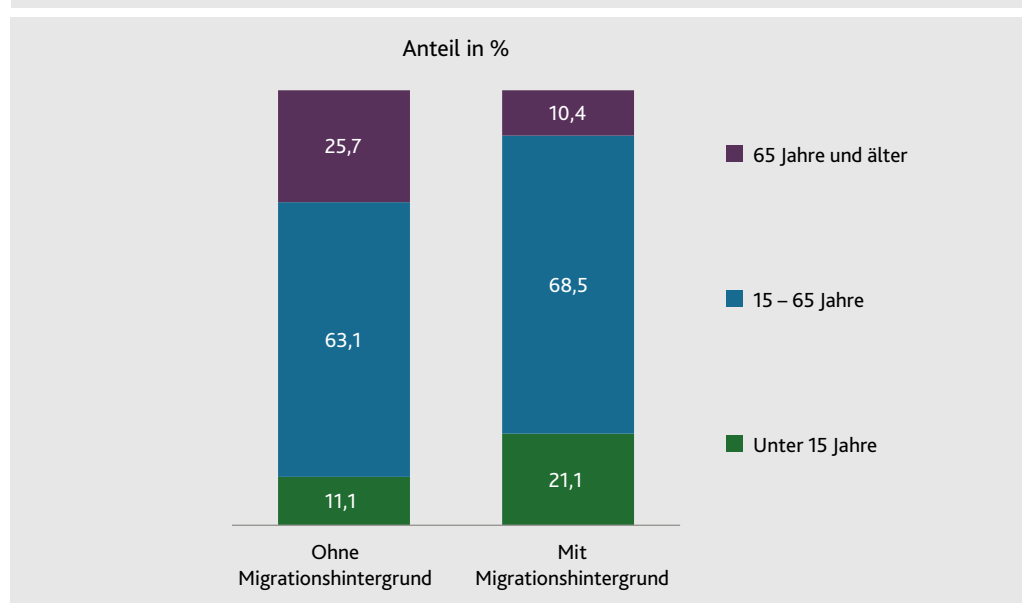
Das Alter ist eine wichtige Determinante in Bezug auf weitere soziodemografi-

sche Merkmale wie z. B. Familienstand, Schulbildung, Erwerbstätigkeit oder Einkommen, die sich wiederum ebenfalls beeinflussen. Die unterschiedliche Altersstruktur muss daher bei der Interpretation bzw. bei Vergleichen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger ohne Abschluss

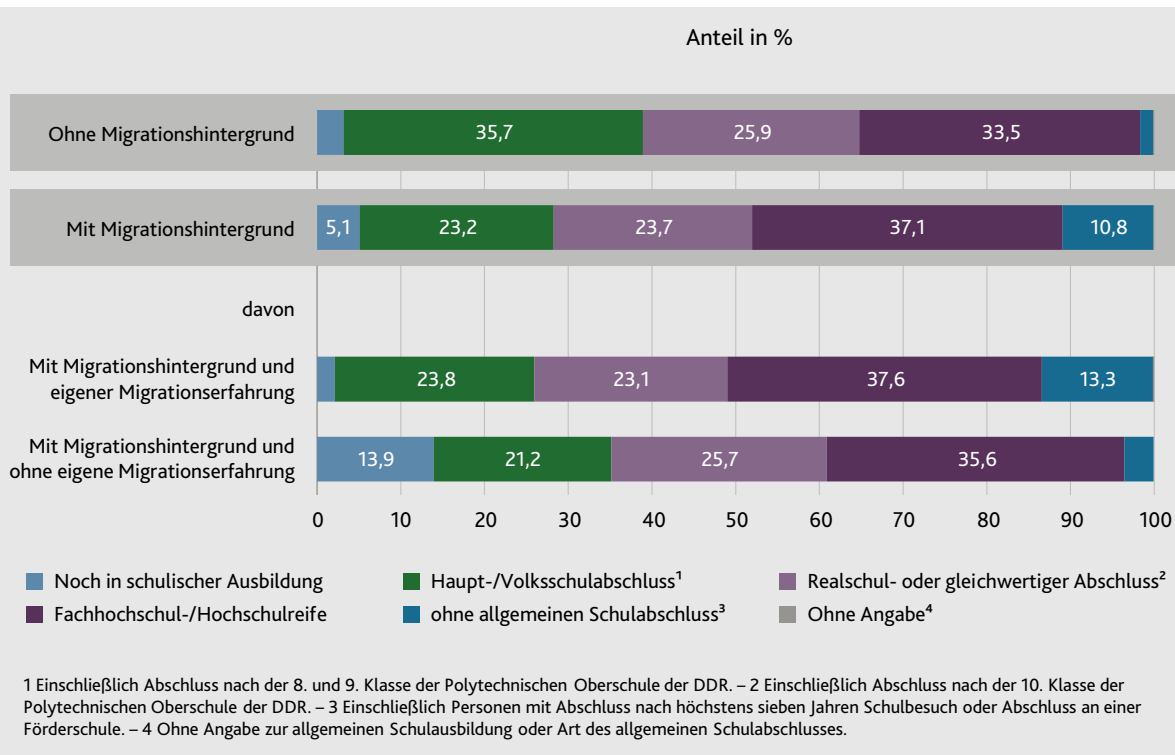
Die schulische und berufliche Qualifikation können sich bedeutend auf die (späteren) Erwerbs-, Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen auswirken. Je besser die Qualifikation, desto höher dürfte die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt sein und damit die Möglichkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen. Ebenso können sich Unterschiede in der schulischen und beruflichen Qualifikation auf die Höhe des Erwerbseinkommens und eine mögliche Armutsgefährdung auswirken.

G4 Bevölkerung 2021 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen





G5 Bevölkerung ab 15 Jahren 2021 nach Migrationshintergrund und höchstem allgemeinen Schulabschluss



Vor allem Zuge-
wanderte ohne
Schulabschluss

Bei der Erhebung 2021 gaben elf Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen allgemeinbildenden Schulabschluss zu besitzen.³ Hierbei fällt auf, dass insbesondere den Zugewanderten ein Schulabschluss fehlte (13 Prozent). Von den Menschen ohne Migrationshintergrund besaßen hingegen nur 1,5 Prozent keinen allgemeinbildenden Schulabschluss.

Kaum Unterschiede
bei höheren
Schulabschlüssen

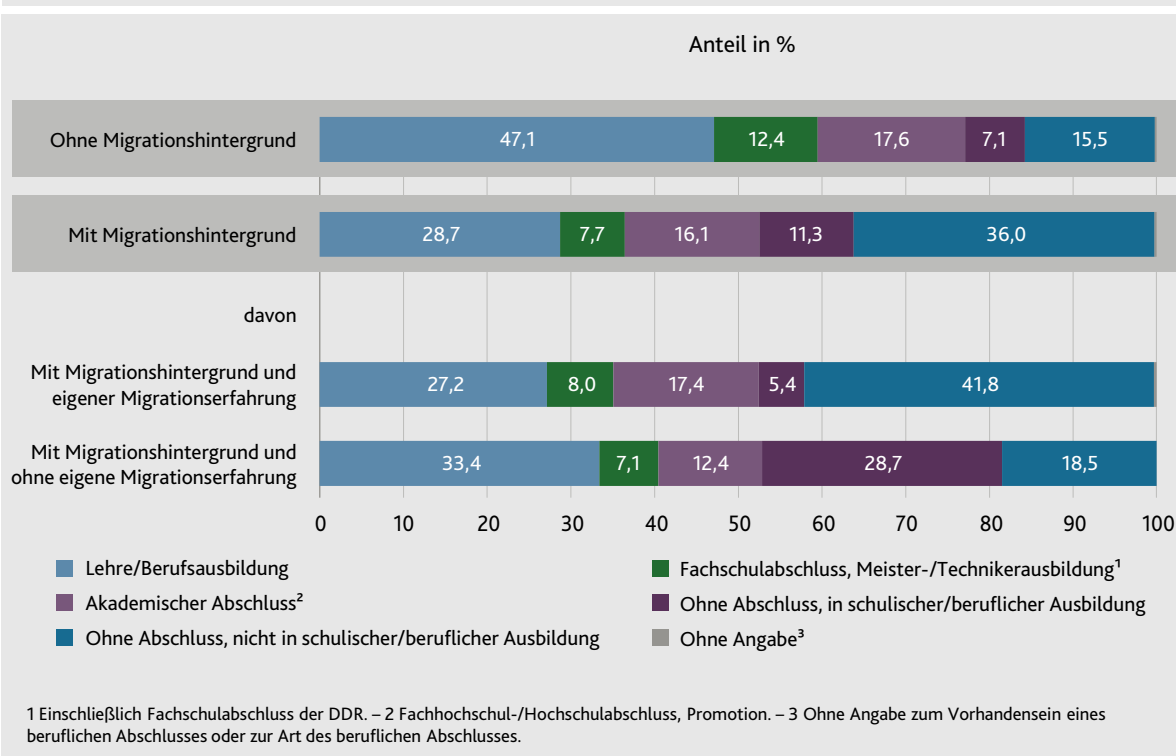
Auf der anderen Seite verfügten die Menschen mit Migrationshintergrund – relativ betrachtet – etwas häufiger über einen höheren Schulabschluss. Der Anteil derer mit Fachhochschulreife oder Abitur belief sich bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt auf 37 Prozent

³ Im Abschnitt zur schulischen und beruflichen Bildung werden nur Personen ab 15 Jahren betrachtet.

(Zugewanderte: 38 Prozent) gegenüber 34 Prozent bei den Personen ohne Migrationshintergrund.

Auch mit Blick auf die berufliche Qualifikation konnten Menschen mit Migrationshintergrund weitaus seltener einen berufsqualifizierenden Abschluss vorweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2021 besaßen 36 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund keinen beruflichen Abschluss und befanden sich weder in schulischer noch beruflicher Ausbildung. Für die Teilgruppe der Zugewanderten belief sich dieser Anteil sogar auf 42 Prozent. Bei den in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund bzw. der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund traf dies auf „nur“ 18 respektive 16 Prozent zu.

Vor allem Zuge-
wanderte ohne
beruflichen
Abschluss

G6 Bevölkerung ab 15 Jahren 2021 nach Migrationshintergrund und beruflichem Bildungsabschluss

Kaum Unterschiede bei akademischen Abschlüssen

Die akademischen Abschlüsse betreffend lagen die beiden Bevölkerungsgruppen etwa gleichauf. So konnten 18 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund bzw. 16 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund einen Abschluss als Bachelor oder Master, ein Diplom oder eine Promotion vorweisen.

Geringere Beteiligung am Erwerbsleben von Menschen mit Migrationshintergrund

Niedrigere Erwerbstätigenquote

Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Dies zeigt sich z. B. an der Erwerbstätigenquote, die in Rheinland-Pfalz 2021 für die Menschen ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter

65 Jahren mit 79 Prozent bedeutend höher ausfiel als für die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund der gleichen Altersgruppe (68 Prozent).

Außerdem waren Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren häufiger erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Erwerbslosenquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (6,5 Prozent) war zweieinhalbmal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2,6 Prozent). Dies ist ein Indiz dafür, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt hat als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Höhere Erwerbslosenquote

Mehr als ein Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen

Mehr Nicht-erwerbspersonen



Beteiligung am Erwerbsleben

Nach dem – im Mikrozensus angewandten – Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen.

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmer/-innen einschließlich Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn und Gehalt zu beziehen. Daneben gelten auch Personen als erwerbstätig, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. wegen Urlaub oder Krankheit).

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen

aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass das Verfügbarkeitskriterium bei den veröffentlichten Erwerbslosenzahlen der Mikrozensusdaten erst ab 2005 berücksichtigt wird.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind. Es handelt sich um Personen, die keine – auch keine geringfügig – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbstätigenquote** ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre).

Die **Erwerbslosenquote** gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an.

Alter zählte zu den Nichterwerbspersonen (27 Prozent). Hierbei handelte es sich größtenteils um Personen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle im Haushalt und in der Familie sehen. Bei den Alterskolleginnen und -kollegen ohne Migrationshintergrund belief sich dieser Anteil auf knapp 19 Prozent und war damit deutlich niedriger.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei niedrigen Einkommensklassen überrepräsentiert

Ein niedrigeres schulisches und berufliches Bildungsniveau sowie eine geringere Beteiligung am Erwerbsleben können letztlich zu einem geringeren Einkommen bzw. zu einer höheren Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen führen.

Fast jede bzw. jeder Fünfte mit Migrationshintergrund verdient weniger als 500 Euro netto im Monat

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund erzielten 2021 tendenziell geringere Einkommen. Während 19 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund – nach eigenen Angaben – monatlich weniger als 500 Euro netto mit nach Hause brachten, waren es zwölf Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund. Weiterhin musste ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund mit 500 bis 1 000 Euro monatlich auskommen (20 Prozent) im Gegensatz zu 14 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Bei höheren Einkommensklassen kehrt sich das Verhältnis um: So verfügten knapp 16 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund über ein persönliches monatliches Nettoeinkommen in Höhe von 3 000 Euro oder mehr gegenüber neun Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund. Neben der beruflichen Qualifikation wirken sich auch weitere Faktoren, wie beispielsweise die Berufswahl oder die Berufserfahrung, auf die Höhe des erzielten Erwerbseinkommens aus.

Jede bzw. jeder Zehnte mit Migrationshintergrund auf öffentliche Leistungen angewiesen

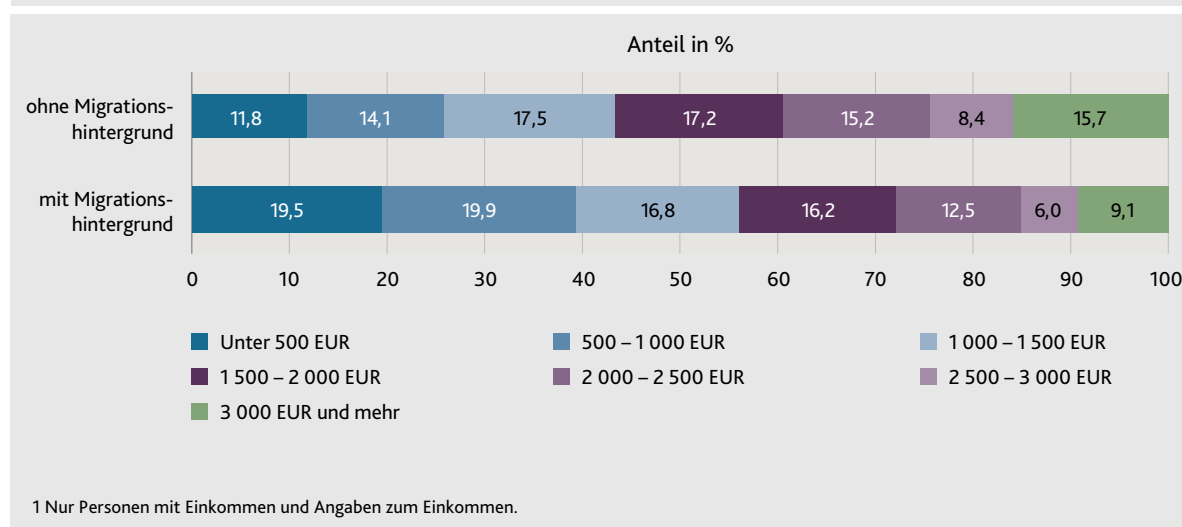
Die eigene Erwerbstätigkeit ist dennoch – sowohl für Menschen mit als auch für Menschen ohne Migrationshintergrund – die wichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts. Im Jahr 2021 bestritten 43 Prozent (Bevölkerung mit Migrationshintergrund) bzw. 46 Prozent (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit.

Mehrzahl lebt von eigener Erwerbstätigkeit

Mit 35 Prozent bezogen relativ mehr Menschen mit Migrationshintergrund die Mittel für ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus Einkünften von Angehörigen (z. B. von Eltern, Partnerin oder Partner). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der entsprechende Anteilswert auf nur 21 Prozent. Die größere finanzielle Abhängigkeit von Angehörigen liegt zumindest teilweise darin begründet, dass der Anteil der jungen Menschen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich höher ist als in der

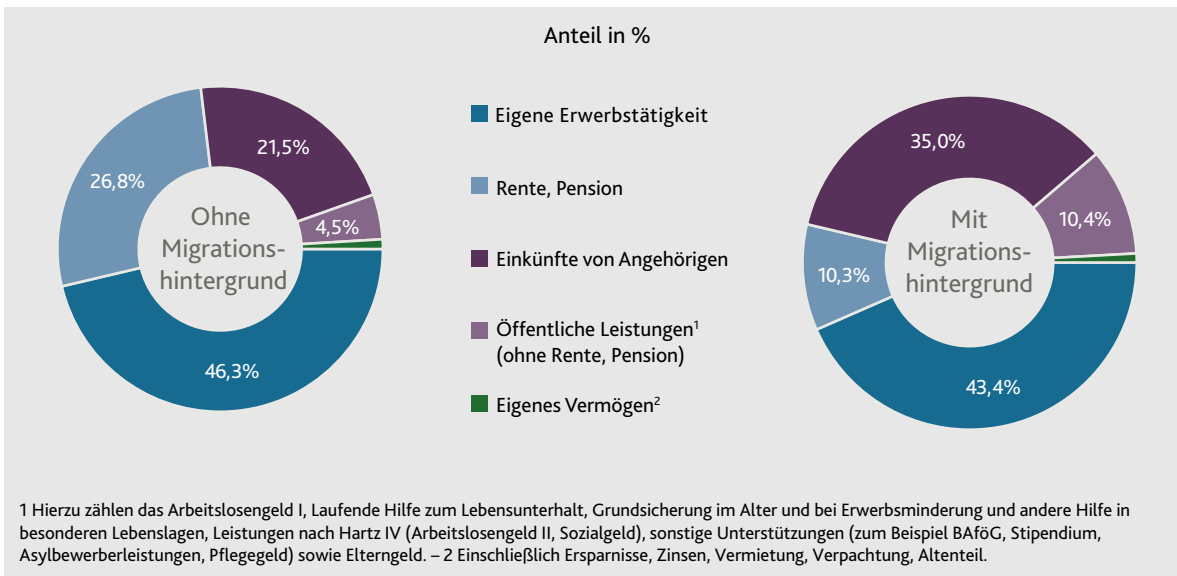
Öfter auf Angehörige angewiesen

G7 Bevölkerung¹ 2021 nach Migrationshintergrund und persönlichem monatlichen Nettoeinkommen





G8 Bevölkerung 2021 nach Migrationshintergrund und überwiegendem Lebensunterhalt



Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Es liegt nahe, dass Kinder überwiegend von den Einkünften ihrer Eltern abhängig sind.

Geringer Anteil an Rentenbeziehern

Ebenfalls aufgrund der jüngeren Altersstruktur und damit einhergehend verhältnismäßig vieler Menschen mit Migrationshintergrund, die noch keine traditionellen Lebensläufe mit Ausbildung und langjähriger Erwerbstätigkeit vorweisen konnten, bestritt auch nur ein vergleichsweise geringer Anteil den überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Rente oder Pension (zehn Prozent), für deren Auszahlung zumeist eine frühere Erwerbstätigkeit sowie ein bestimmtes Alter Voraussetzung sind. Der entsprechende Anteil bei den Personen ohne Migrationshintergrund belief sich auf 27 Prozent.

Häufiger von öffentlichen Leistungen abhängig

Arbeitslosengeld I, Transferleistungen, wie beispielsweise das Arbeitslosengeld II oder die Sozialhilfe, sowie sonstige Formen öffentlicher Leistungen (ohne Renten und Pensionen) wurden weitaus häufiger von

Menschen mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen. Im Jahr 2021 gaben zehn Prozent dieser Bevölkerungsgruppe an, überwiegend aus diesen Quellen die notwendigen Mittel für ihren Lebensunterhalt zu beziehen. Der entsprechende Anteil bei den Personen ohne Migrationshintergrund lag bei 4,5 Prozent.

Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Armut bedroht

Vor dem Hintergrund der dargestellten Ergebnisse verwundert es nicht, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Armut bedroht sind als jene ohne Migrationshintergrund. Die Armutsgefährdungsquote⁴ (gemessen am Bundesmedian) belief sich 2021 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf 27,6 Prozent

Armutsgefährdungsquote mehr als doppelt so hoch

4 Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Sie ist – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Hauptwohnsitzhaushalten) beträgt.



und war damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund (12,2 Prozent). Noch größer war das Armutsrisiko für die Teilgruppe der Ausländerinnen und Ausländer. Für sie lag das Risiko, armutsgefährdet zu sein, bei 35,7 Prozent.

Fazit

Im Jahr 2021 lebten in Rheinland-Pfalz 1,13 Millionen Menschen, die entweder selbst oder von denen wenigstens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besaßen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund belief sich damit auf mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Personen mit Migrationshintergrund haben häufiger keinen allgemeinbildenden Schulabschluss oder berufsqualifizierenden Abschluss, sind eher erwerbslos und deutlich häufiger armutsgefährdet als Personen ohne Migrationshintergrund. Allerdings ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in sich vergleichsweise heterogen, sodass eine Beurteilung ihrer allgemeinen Lebenschancen nicht pauschal, sondern unter Zuhilfenahme einer detaillierten Analyse, erfolgen sollte.

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Private Haushalte“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 131	130 933	128 144
5 752	134 121	128 093	127 942
126 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	125 873	103 801
95 409	94 429	125 677	103 801
	125 677	103 801	69



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 096 ^{1,2}	4 103 ^{1,2}	4 098	4 099	4 099	4 107	4 108	4 134
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	477 ^{1,2}	493 ^{1,2}	486	487	488	503	505	533

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 576	1 544	590	889	1 087	453	1 172	861	1 416
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 136	3 221	2 943	3 233	3 078	2 746	2 703	2 703	2 779
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,4	9,4	9,3	9,1	7,9	8,6	7,7	8,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 098	4 214	3 873	3 909	4 005	4 456	4 186	4 707	4 403
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,0	12,3	12,3	11,2	11,9	12,8	13,3	13,4	12,9
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	10	7	13	5	5	11	9	14
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	2,4	4,0	1,6	1,8	4,1	3,3	5,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-962	-994	-930	-676	-927	-1 710	-1 483	-2 004	-1 624
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,8	-2,9	-3,0	-1,9	-2,8	-4,9	-4,7	-5,7	4,8

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 786	11 297	9 408	10 907	10 033	10 996	11 470	37 284	21 455
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 052	5 369	4 444	4 963	4 388	5 604	6 665	31 867	15 278
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 367	9 612	8 309	8 999	8 807	8 870	8 644	9 473	10 238
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 809	3 918	3 501	3 712	3 526	3 772	3 906	4 150	4 486
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 418	1 685	1 099	1 908	1 226	2 126	2 826	27 811	11 217
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 203	13 300	12 184	13 192	12 860	12 317	12 042	13 319	14 929

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2018	2019	2020			2021			
			30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 412	1 435	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454	1 478	-
* Frauen	1 000	656	667	667	678	677	674	677	689	-

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2018	2019	2020			2021			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	155	170	174	181	178	183	190	195	...
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	410	422	423	429	431	429	434	439	...
* darunter Frauen	1 000	334	342	343	347	349	347	350	354	...
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	14	15	11	13	15	15	...
* produzierendes Gewerbe	1 000	434	442	436	441	436	436	436	443	...
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	312	319	316	322	320	316	319	326	...
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	227	225	223	228	228	230	233	237	...
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425	435	440	448	451	450	450	457	...

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose	Anzahl	117 912	112 137	113 175	111 106	110 431	95 369	100 370	106 231	109 573
* Frauen	Anzahl	51 857	50 284	50 850	50 189	50 672	42 719	46 746	50 678	52 758
* Männer	Anzahl	66 055	61 853	62 325	60 917	59 759	52 649	53 623	55 552	56 815
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	55 862	48 647	47 039	46 692	46 185	38 516	38 334	39 818	41 443
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	62 051	63 490	66 136	64 414	64 246	56 853	62 036	66 413	68 130
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,0	5,0	4,9	4,9	4,2	4,5	4,7	4,9
* Frauen	%	4,9	4,7	4,8	4,8	4,8	4,0	4,4	4,8	5,0
* Männer	%	5,5	5,2	5,2	5,1	5,0	4,4	4,5	4,7	4,8
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,0	4,3	4,2	4,6	4,8	3,3	3,6	4,2	4,8
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,2	3,0	3,3	4,2	2,6	3,0	3,8	5,1
* Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,9	5,0	4,8	4,7	4,4	4,5	4,6	4,6
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,4	5,5	5,5	5,3	5,3	4,9	5,0	5,1	5,1
* Ausländer/-innen ⁹	%	13,1	12,1	12,1	11,8	11,6	9,9	11,7	13,2	13,8
* Deutsche	%	4,2	4,0	4,1	4,0	4,0	3,5	3,4	3,5	3,6
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	104 908	66 290	51 351	35 569	33 570
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	30 971	37 337	36 683	39 471	40 893	46 667	46 896	47 713	48 151

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni		März	April	Mai	Juni
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	229 300	221 882	229 639	228 182	225 848	208 203	205 800	204 709	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 854	110 346	113 934	113 323	112 175	103 554	102 437	101 951	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	153 669	149 423	155 455	154 390	152 738	139 561	137 922	136 992	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	62 673	59 122	60 661	60 393	59 722	55 985	55 358	55 140	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 655	57 242	58 710	58 472	57 832	54 172	53 567	53 348	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	554	628	622	614	657	625	534	609	547
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	489	551	557	523	542	512	467	516	484
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	4	2	13	3	3	-	4
Unternehmen	Anzahl	70	66	69	79	93	78	60	81	48
private Haushalte	Anzahl	480	558	549	533	551	544	471	528	495
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 173	1 319	1 198	1 371	1 523	1 764	1 263	1 370	1 080
* Umbauter Raum	1 000 m ³	730	822	746	880	920	965	711	868	688
* Wohnfläche	1 000 m ²	135	154	142	163	176	182	134	158	127
Wohnräume	Anzahl	5 308	5 968	5 637	6 216	6 608	6 966	5 277	6 128	5 146
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	253	305	259	315	351	406	285	368	285

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	104	121	111	133	114	138	117	140	134
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	13	8	10	10	10	13	11	13
Unternehmen	Anzahl	68	76	72	86	82	80	68	83	74
private Haushalte	Anzahl	23	32	31	37	22	48	36	46	47
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	29	25	8	98	7	13	124	8	41
* Umbauter Raum	1 000 m ³	839	846	938	786	525	1 194	746	864	722
* Nutzfläche	1 000 m ²	168	117	166	112	72	126	969	139	99
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	120	127	105	126	73	139	103	121	110

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 382	1 575	1 389	1 652	1 798	2 042	1 565	1 570	1 353
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 140	7 038	6 539	7 289	7 684	8 044	6 202	7 145	6 234



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 443	11 053	11 189	10 734	10 165	12 021	9 630	9 805	9 730
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 604	1 376	1 489	1 254	1 065	1 581	1 236	1 039	928
darunter										
* Kälber	t	9	7	7	6	5	6	8	5	4
* Jungrinder	t	8	9	6	7	5	11	12	3	2
* Schweine	t	9 791	9 640	9 668	9 443	9 072	10 410	8 349	8 734	8 778
* Eierzeugung ²	1 000	19 395	21 737	22 910	23 038	22 304	23 426	22 717	23 083	21 621

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 044	1 021	1 018	1 020	1 025	1 025	1 027	1 026	1 025
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	257 903	255 993	254 678	255 431	255 993	257 390	257 525	257 870	258 020
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 098	31 790	31 850	30 389	32 265	35 259	30 709	32 879	31 123
* Entgelte	Mill. EUR	1 127	1 157	1 161	1 206	1 242	1 161	1 260	1 595	1 259
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 021	8 263	8 102	8 064	8 806	10 934	9 787	10 324	10 651
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 844	4 549	4 584	4 368	4 629	6 235	5 584	6 000	5 807
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 006	2 276	2 400	2 226	2 354	2 826	2 523	2 773	2 600
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	86	82	91	88	123	96	103	106
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 086	1 352	1 037	1 379	1 736	1 751	1 585	1 448	2 138
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 092	2 543	2 618	2 427	2 477	3 449	3 162	3 358	3 193
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	980	1 106	1 191	1 120	1 119	1 494	1 261	1 423	1 354
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 905	4 658	4 658	4 433	4 905	6 027	5 430	5 900	5 989
Exportquote ⁶	%	55,6	56,4	57,5	55,0	55,7	55,1	55,5	57,2	56,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	95,3	119,9	116,9	118,0	147,5	132,8	114,9	106,5	121,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,3	112,9	116,5	113,6	113,8	121,7	108,3	114,7	104,3
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	87,5	125,1	125,0	129,4	129,1	127,2	106,2	92,7	100,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	176,8	199,3	214,1	207,8	203,6	277,7	259,0	261,6	240,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	90,1	122,7	81,2	86,8	346,7	186,9	162,7	113,6	256,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	102,2	112,2	116,0	111,2	111,3	116,3	102,7	114,9	97,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	79,1	130,1	134,8	152,1	134,0	114,1	118,0	95,7	101,4

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	170	170	169	169	170	171	171	171	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 084	10 083	10 015	10 015	10 012	10 136	10 124	10 132	10 146
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 228	1 246	1 243	1 158	1 251	1 375	1 163	1 280	1 181
* Entgelte ³	Mill. EUR	48	49	56	47	48	46	53	53	47

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	353	311	377	206	153	395	300	279	286
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	340	297	364	194	143	371	284	265	262

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	22 582	23 927	24 207	24 286	23 604	24 163	24 349	24 425	24 387
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 297	2 384	2 642	2 499	2 584	2 655	2 420	2 671	2 554
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	440	432	463	427	479	491	456	497	480
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	754	831	954	924	847	902	804	888	853
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 103	1 121	1 225	1 148	1 258	1 263	1 160	1 286	1 221
darunter Straßenbau	1 000 h	591	596	664	617	684	668	638	707	679
* Entgelte	Mill. EUR	80	85	86	84	91	85	89	94	95

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Bauhauptgewerbe ¹	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	365	363	362	354	422	379	363	407	425
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	73	68	65	62	74	83	83	84	87
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	125	135	153	140	165	139	125	140	159
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	166	160	143	152	182	157	155	183	179
darunter Straßenbau	Mill. EUR	82	83	75	80	95	77	81	100	96

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	385	485	379	488	487	484	480	499	499
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 524	18 926	16 235	18 767	18 816	19 137	18 985	19 750	19 555
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 859	5 610	4 712	5 610	5 606	5 652	5 571	5 745	5 611
* Entgelte	Mill. EUR	149	170	155	160	166	168	184	171	181
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	537	588	706	445	552	609	747	506	637

Handel⁵Großhandel⁶

Großhandel ^{p. 6}	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Beschäftigte	2015=100	102,5	103,2	103,2	103,5	102,9	103,7	103,9	104,2	104,5
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	109,9	117,6	122,3	112,7	120,8	140,4	131,3	138,4	141,8
* Umsatz real ⁷	2015=100	106,8	107,8	114,3	103,8	110,5	114,2	106,9	111,3	114,8

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	105,4	105,4	105,3	105,3	105,4	104,4	104,3	104,5	104,3
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	118,3	120,0	117,9	119,9	129,4	133,8	130,1	131,3	127,8
* Umsatz real ⁷	2015=100	112,4	111,5	109,8	111,5	120,6	118,0	113,5	112,8	109,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1,2}**

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Beschäftigte	2015=100	108,4	106,0	106,6	106,4	104,8	105,3	105,2	105,2	104,8
* Umsatz nominal ³	2015=100	115,7	120,2	127,6	118,3	131,3	138,1	112,5	129,5	123,6
* Umsatz real ³	2015=100	108,3	109,4	117,7	108,7	120,0	118,8	96,2	109,7	104,4

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	84,7	79,2	65,2	68,9	83,9	86,1	91,4	94,7	95,6
* Umsatz nominal ³	2015=100	76,8	75,5	34,1	45,5	86,9	90,8	109,8	131,0	130,0
* Umsatz real ³	2015=100	67,8	65,0	29,9	39,7	75,2	76,2	90,9	107,1	105,0

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	458	408	82	206	526	411	666	843	902
* darunter von Auslandsgästen	1 000	70	57	11	15	44	55	111	145	158
* Gästeübernachtungen	1 000	1 287	1 184	345	663	1 516	1 076	1 764	2 144	2 346
* darunter von Auslandsgästen	1 000	218	177	45	54	130	157	314	420	441

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 561	1 517	1 256	1 326	1 413	1 186	1 440	1 541	1 952
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 079	1 017	861	919	974	705	1 029	1 000	1 474
* Getötete Personen	Anzahl	11	10	12	13	9	8	13	10	12
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	2	6	3	6	4	3	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	4	4	4	-	4	3	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	2	2	1	-	2	1	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	4	-	-	2	3	1	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 361	1 278	1 082	1 159	1 214	890	1 310	1 233	1 834

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
schwer verletzte Personen	Anzahl	257	227	203	229	242	136	232	211	302
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	98	93	95	79	86	73	104	73	93
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	69	57	55	78	82	13	51	65	92
Radfahrer	Anzahl	55	46	31	42	52	21	40	50	92
Fußgänger	Anzahl	20	20	16	17	13	16	22	17	15

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 034	11 070	11 762	12 028	13 460	13 347	9 710	11 146	11 374
darunter										
Kraftträder	Anzahl	992	882	1 343	1 262	1 442	1 478	1 231	1 327	1 260
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	9 583	8 680	8 947	9 165	10 422	10 127	7 210	8 546	8 761
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	975	917	1 060	1 018	1 073	833	744	828
Zugmaschinen	Anzahl	380	413	453	455	466	581	397	456	435

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	47 670	53 808	46 254	51 647	52 112	55 209	56 046	61 922	...
Personenkilometer ³	Mill.	510	546	508	492	518	577	595	625	...

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Güterempfang	1 000 t	1 031	1 001	1 241	975	1 098	1 069	984
* Güterversand	1 000 t	838	823	1 022	835	898	789	792

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 071	4 516	5 051	4 426	4 282	4 887	5 562	5 008	5 426
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	313	338	361	341	354	346	358	363	387
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 716	4 134	4 653	4 054	3 892	4 468	5 100	4 500	4 886

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2020	2021			2022				
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	29	31	32	35	33	27	43	33	37
*	Halbwaren	Mill. EUR	144	172	177	163	164	200	201	235	236
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 543	3 931	4 444	3 857	3 696	4 240	4 856	4 232	4 613
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	906	1 099	1 171	1 022	1 002	1 343	1 455	1 387	1 388
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 637	2 832	3 273	2 834	2 693	2 897	3 402	2 846	3 225
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 707	3 115	3 471	3 060	2 996	3 372	3 807	3 473	3 710
darunter in/nach											
	EU-Länder (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 195	2 514	2 860	2 517	2 482	2 794	3 178	2 941	3 148
	Belgien	Mill. EUR	185	215	206	204	188	315	328	314	297
	Luxemburg	Mill. EUR	50	54	62	51	63	51	65	56	59
	Dänemark	Mill. EUR	45	50	57	49	57	52	60	55	62
	Finnland	Mill. EUR	29	32	36	35	30	26	41	37	38
	Frankreich	Mill. EUR	392	436	493	445	439	495	571	498	568
	Griechenland	Mill. EUR	78	79	124	60	27	29	76	66	62
	Irland	Mill. EUR	27	27	37	26	22	19	27	24	39
	Italien	Mill. EUR	218	271	285	251	275	325	357	331	365
	Niederlande	Mill. EUR	247	263	327	253	257	333	327	321	355
	Österreich	Mill. EUR	171	190	213	200	192	194	210	214	213
	Schweden	Mill. EUR	66	71	79	82	70	71	87	82	86
	Spanien	Mill. EUR	176	195	209	202	203	219	251	238	245
	Portugal	Mill. EUR	25	39	46	38	41	27	33	29	39
	Großbritannien	Mill. EUR	213	195	210	186	184	203	244	206	230
*	Afrika	Mill. EUR	97	105	116	94	118	131	146	124	147
*	Amerika	Mill. EUR	583	609	651	630	518	698	809	748	816
	darunter nach USA	Mill. EUR	415	407	412	413	326	507	549	511	543
*	Asien	Mill. EUR	640	632	750	589	598	634	736	610	674
	darunter nach China	Mill. EUR	227	199	258	188	191	192	227	182	185
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	43	54	62	52	53	51	64	53	79

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 951	3 497	3 752	3 442	3 616	3 899	4 264	3 897	4 546
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	308	331	366	307	354	397	391	365	460
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 518	2 981	3 231	2 972	3 087	3 306	3 582	3 220	3 743
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	41	43	40	39	41	42	50	50
* Halbwaren	Mill. EUR	204	242	216	217	266	375	389	336	406
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 283	2 698	2 972	2 715	2 781	2 891	3 151	2 834	3 288

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2020	2021			2022				
			Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	501	629	624	601	608	791	804	712	883
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 782	2 070	2 348	2 114	2 173	2 099	2 347	2 122	2 405
davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 127	2 473	2 693	2 410	2 432	2 696	2 942	2 821	3 080
darunter aus											
	EU-Ländern (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	EU-Ländern (27)	Mill. EUR	1 804	2 130	2 329	2 070	2 084	2 319	2 536	2 493	2 717
	Belgien	Mill. EUR	198	241	255	229	232	298	338	348	322
	Luxemburg	Mill. EUR	42	43	43	44	43	41	58	57	57
	Dänemark	Mill. EUR	40	47	44	44	43	51	42	37	34
	Finnland	Mill. EUR	13	13	11	10	11	16	19	13	17
	Frankreich	Mill. EUR	272	311	337	309	288	365	384	351	379
	Griechenland	Mill. EUR	15	20	19	16	38	11	31	13	31
	Irland	Mill. EUR	45	62	109	78	48	65	57	102	41
	Italien	Mill. EUR	200	248	260	240	258	274	286	265	314
	Niederlande	Mill. EUR	248	261	321	262	231	304	295	341	372
	Österreich	Mill. EUR	138	152	157	177	156	136	160	166	210
	Schweden	Mill. EUR	26	34	34	25	77	30	34	32	42
	Spanien	Mill. EUR	144	167	160	154	134	152	157	158	177
	Portugal	Mill. EUR	21	28	30	28	25	30	43	38	43
	Großbritannien	Mill. EUR	92	74	82	69	70	84	102	61	75
*	Afrika	Mill. EUR	50	58	77	63	63	120	118	99	152
*	Amerika	Mill. EUR	247	291	351	260	325	364	356	283	432
	darunter aus USA	Mill. EUR	189	219	294	181	224	299	236	194	297
*	Asien	Mill. EUR	516	666	624	700	788	704	833	682	869
	darunter aus China	Mill. EUR	260	344	373	370	337	375	419	361	412
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	7	6	7	6	13	10	7	7

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 611	2 800	2 791	2 620	2 836	3 101
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	428	463	398	437	456	512
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 827	1 933	1 760	1 838	2 031
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 265	2 305	1 904	1 950	1 974	2 538
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	354	341	262	372	277	397
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 454	1 448	1 221	1 092	1 212	1 597

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Insgesamt	Anzahl	280	452	440	474	455	464	388	420	401
davon										
* Unternehmen	Anzahl	52	42	45	49	46	61	44	55	57
* Verbraucher	Anzahl	146	294	264	298	289	291	229	255	236
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	66	97	107	106	105	87	96	99	88
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	16	20	24	21	15	25	19	11	20
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	65	81	55	54	48	68	57	149	45

Handwerk²

	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	99,3	98,5	X	98,1	98,0	99,7	98,4	97,6	97,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	100,0	100,8	X	81,2	101,3	104,3	117,9	94,1	108,2

Preise

Preise	Einheit	2020	2021			2022				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	105,3	108,6	108,5	109,5	109,6	116,3	116,2	117,2	118,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	106,0	107,0	106,9	107,0	107,1	108,7	108,7	108,8	108,9

Verdienste⁷

	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 186	4 328	3 919	3 867	3 970	4 017	4 053
* Frauen	EUR	3 761	3 894	3 548	3 527	3 602	3 661	3 698
* Männer	EUR	4 360	4 506	4 072	4 008	4 121	4 164	4 199
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 891	8 054	7 072	7 039	7 151	7 164	7 189
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 932	5 041	4 611	4 566	4 652	4 697	4 740
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 569	3 695	3 379	3 308	3 416	3 475	3 505
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 888	2 997	2 757	2 698	2 809	2 828	2 868
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 450	2 522	2 369	2 283	2 369	2 453	2 458

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

**noch: Verdienste¹**

	Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 391	4 542	4 034	3 943	4 103	4 113	4 149
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 039	4 194	3 857	3 830	3 789	3 825	3 930
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 567	4 726	4 152	4 112	4 225	4 229	4 279
* Energieversorgung	EUR	5 790	5 869	5 130	5 153	5 299	5 214	5 212
* Wasserversorgung ²	EUR	3 846	3 882	3 652	3 562	3 622	3 637	3 642
* Baugewerbe	EUR	3 744	3 891	3 586	3 307	3 655	3 699	3 676
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 048	4 181	3 842	3 816	3 878	3 952	3 989
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 826	4 006	3 491	3 401	3 547	3 708	3 724
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 100	3 199	2 961	2 934	2 960	2 999	3 100
* Gastgewerbe	EUR	1 977	2 029	(1 871)	(1 395)	1 631	2 379	2 375
* Information und Kommunikation	EUR	5 396	5 527	4 994	5 026	5 093	5 158	5 187
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 645	5 666	4 861	4 894	4 875	4 954	4 963
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(4 408)	4 592	(4 056)	(3 969)	4 031	(4 047)	(4 107)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 969	5 234	4 609	4 624	4 669	4 702	4 783
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 914	3 105	2 876	2 801	2 954	3 008	3 033
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 175	4 248	4 070	4 096	4 128	4 128	4 128
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 752	4 848	4 659	4 694	4 703	4 692	4 728
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 192	4 279	4 034	3 970	4 037	4 044	4 084
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 939	2 918	(2 633)	(2 273)	(2 482)	3 117	3 160
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 871	3 930	3 718	3 591	3 678	3 732	3 777

Geld und Kredit³

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	126 521	120 254	121 852	123 861	124 993	127 152	127 965	130 771	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 028	7 893	7 260	7 836	7 658	7 822	7 268	8 279	...

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit¹**

Einheit	2019	2020		2021				2022	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 769	7 786	7 561	7 487	7 165	7 282	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	106 823	108 239	109 774	111 843	113 532	115 210	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	118 999	121 013	122 220	124 234	125 171	127 715	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	111 247	113 250	114 535	116 732	117 688	120 128	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 752	7 763	7 685	7 502	7 483	7 587	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 853	2 848	2 773	2 918	2 794	3 056	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	123 655	129 485	133 504	134 822	134 646	137 653	138 529	139 990	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	90 972	92 738	93 083	96 046	96 165	97 267	...
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 545	15 147	14 741	14 917	15 662	16 062	...
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	1 772	1 638	1 505	1 458	1 410	1 422	...
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 215	25 299	25 317	25 232	25 292	25 239	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	131 613	133 021	132 836	135 790	136 322	137 789	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	118 494	123 943	127 164	129 363	129 059	131 459	131 609	133 238	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	4 449	3 658	3 777	4 331	4 713	4 551	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 891	1 801	1 810	1 863	2 207	2 201	...

Steuern

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	5 641	3 476	8 046	5 273	2 824	11 528	5 815
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	1 457	2 395	1 577	954	1 625	3 011	1 277
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	1 357	917	849	841	1 585	1 044	853
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	565	-	-	-	642	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	-63	580	373	46	-23	714	11
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	59	547	187	32	55	477	481

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).



noch: Steuern

Einheit	2020	2021			2022			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	21	32	108	2	9	7	96	-3	5
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	23	101	-	-	-	91	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	103	277	-5	349	159	27	-89	779	-72
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-18	-22	-	-	-	-102	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 852	3 534	4 184	1 080	6 469	4 320	1 199	8 518	4 537
Umsatzsteuer	Mill. EUR	515	579	746	499	560	566	559	527	-78
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 337	2 955	3 438	581	5 908	3 754	640	7 991	4 616

Zölle

Mill. EUR	223	254	223	225	242	329	285	310	301
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	87	49	13	24	31	28	21	79	12
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	2	3	-31	8	8	1	-13	-1
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	59	46	10	54	22	20	20	92	14

Landessteuern

Mill. EUR	104	110	96	131	105	96	103	151	92
-----------	-----	-----	----	-----	-----	----	-----	-----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	27	25	32	38	30	26	28	27	20
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	56	64	53	69	67	50	54	55	55
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	17	16	7	21	4	15	14	64	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	2	3	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	3	2	3	3	3

Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	651	955	722	673	713	866	1 570	1 545	1 047
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	4	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	148	151	135	143	161	162	140	151	162
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	479	785	564	514	536	682	1 407	1 369	859
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	14	20	12	10	16	19	21	21

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2020	2021	2020	2021				2022	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Mill. EUR	1 157	1 475	1 759	660	1 239	1 334	2 668	1 544	1 545
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	428	730	490	497	490	633	1 299	1 295
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	463	484	899	7	491	430	1 007	72
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	93	91	211	-4	82	87	199	1
									84

Einheit	2020	2021				2022			
	Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Mill. EUR	1 136	1 386	1 170	1 764	1 135	1 255	1 143	2 003	1 041
Mill. EUR	104	110	96	131	105	96	103	151	92
Mill. EUR	526	725	489	953	612	327	555	1 293	493
Mill. EUR	336	348	440	258	280	278	542	363	282
Mill. EUR	85	114	-27	247	158	19	-10	304	5
Mill. EUR	45	110	30	273	91	14	25	239	240
Mill. EUR	9	14	48	1	4	3	42	-1	2
Mill. EUR	51	139	-2	175	79	14	-45	389	-36
Mill. EUR	497	541	583	680	390	777	458	559	409
Mill. EUR	334	374	469	477	352	359	354	482	-50
Mill. EUR	162	167	114	203	38	418	104	77	458
Mill. EUR	6	8	1	-	20	39	19	-	34
Mill. EUR	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Mill. EUR	3	3	0	-	8	16	8	-	14

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 140	2 631	2 717	1 591	4 064	2 655	1 261	5 855	3 030
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	13	24	31	28	21	79
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	614	811	624	1 085	696	409	689	1 373
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 764	2 078	483	3 318	2 178	532	4 403
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	8	1	-	20	39	19	-
									34

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im August 2022

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Gerichtliche Ehelösungen und Aufhebungen von Lebenspartnerschaften 2021
Kennziffer: A203 202100

Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2021 – Ergebnisse der Flächenerhebung (tatsächliche Nutzung)
Kennziffer: A5013 202100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2022 (vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung)
Kennziffer: C1013 202200

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im Juli 2022
Kennziffer: C2013 202203

Ernteberichterstattung über Obst im Juli 2022
Kennziffer: C2033 202202

Schweinebestände und Schweinehaltungen am 3. Mai 2022
Kennziffer: C3083 202221

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2022 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202206

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Juni 2022
Kennziffer: E1033 202206

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juni 2022
Kennziffer: E1113 202206

Bauhauptgewerbe im Juni 2022 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202206

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im Mai 2022

Kennziffer: E4023 202205

Investitionen in der Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen 2020
Kennziffer: E4043 202000

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2022
Kennziffer: F2033 202206

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 2021
Kennziffer: F2073 202100

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2021
Kennziffer: G1013 202100

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Mai 2022
Kennziffer: G1023 202105

Aus- und Einfuhr im Juni 2022
Kennziffer: G3023 202206

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juni 2022
Kennziffer: G4023 202206

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2022
Kennziffer: H1023 202205

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2021 – Hilfe zum Lebensunterhalt, Empfängerinnen und Empfänger, Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1143 202100

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Haushalte der staatlichen Ebene 2021
Kennziffer: L3025 202200



Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Mai 2022
Kennziffer: Z1013 202205

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse –
Ausgabe 2022 – Ergebnisse der Revision 2019
Kennziffer: P1115 202200

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe August 2022
Kennziffer: Z2201 202208

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © tostphoto – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte